

DER KAMPF

Jahrgang 5

1. Juni 1912

9. Heft

H. Weber: Der Wahlrechtskampf in Ungarn

Die Geschichte Ungarns ist die Geschichte des Kampfes zwischen der Fürstengewalt und der Adelherrschaft.

Nachdem die Habsburger in den Erblanden und in Böhmen den rebellierenden Adel niedergeworfen, die Landstände ihrer Macht beraubt, den bürokratischen Absolutismus aufgerichtet und das Bündel von Ländern, die sie erworben hatten, zu einem Einheitsstaat mit einheitlicher Gesetzgebung und Verwaltung zusammengeschweisst hatten, gingen sie daran, auch in Ungarn die Macht des Adels zu brechen, auch dort auf den Trümmern der ständischen Verfassung den Absolutismus aufzurichten, auch Ungarn dem grossen einheitlichen Staate einzuverleiben.

Was in Oesterreich gelungen war, misslang in Ungarn. Der Adel verteidigte die alte ständische Verfassung, den Reichstag und die Komitate, als Stützen seiner Macht. Er verteidigte die Selbständigkeit Ungarns gegen Oesterreich als die Grundlage seiner Herrschaft. Er wehrte die Zertrümmerung der ungarischen Verfassung und die Einverleibung Ungarns in das Gesamtreich ab, weil die Selbständigkeit und die alte Verfassung Ungarns ihm die Herrschaft über das Land sicherten.

In diesem Kampfe zwischen der Fürstengewalt und der Adelherrschaft appellierte bald die Krone, bald der Adel an das Volk. Im XVIII. Jahrhundert trat die Fürstengewalt als Befreier des Volkes von der Adelherrschaft auf: Maria Theresia und Josef II. boten den ungarischen Bauern Milderung der Robot, Ermässigung der Abgaben, Aufhebung der Leibeigenschaft an, um die Bauern gegen den Adel zu mobilisieren. Im XIX. Jahrhundert gebärdete sich der Adel als Vorkämpfer des Volkes: Kossuth befreite die Bauern von Robot und Abgaben, um sich im Kampfe gegen die Fürstengewalt auf die Volksmasse zu stützen. Mochte aber bald die, bald jene Macht in dem Jahrhunderte langen Kampfe obsiegen: immer blieb das Volk geknechtet. Der Absolutismus unter Bach, die Adelherrschaft der Deak'schen Periode — beide waren Fremdherrschaft, gestützt auf die Knechtung und Ausbeutung der Volksmassen.

Der Wahlrechtskampf in Ungarn ist die letzte Phase des alten Kampfes zwischen der Fürstengewalt und der Adelherrschaft. Die Frage, ob der König oder das Parlament des Adels über die Bajonette der ungarischen Truppenkörper verfügen soll, war der Ausgangspunkt des Kampfes. In diesem Kampfe appellierten beide Mächte an das Volk. Zuerst bot die Fürstengewalt durch die Regierung Fejervary-Kristoffy dem Volke die Wahlreform an, um seine Hilfe gegen das rebellierende Adelsparlament zu erlangen. Dann bot der Adel durch die Justhpartei dem Volke das gleiche Wahlrecht an, um seine Unterstützung im Kampfe gegen die Fürstengewalt zu erkaufen. Am 23. Mai aber fand das Volk die beiden Mächte geeinigt gegen sich: die Soldaten des Kaisers standen schützend vor dem Adelsparlament, das nunmehr bereit ist, der Fürstengewalt die Wehrreform zu bewilligen, um die Adelherrschaft vor der drohenden Wahlreform zu retten.

* * *

Der Ausgleich vom Jahre 1867 hatte die Macht zwischen dem König und dem Adelsparlament geteilt. Aber jede Erneuerung des Ausgleiches, jede Ausgestaltung des Heeres hatte der Adel benützt, um neue Zugeständnisse zu erlangen.

Im Jahre 1903 forderte der König die Erhöhung des Rekrutenkontingents. Die Unabhängigkeitspartei glaubte die Gelegenheit günstig, neue Zugeständnisse zu erobern. Sie forderte die magyarische Kommandosprache für die ungarischen Truppenkörper. Die Krone weigerte sich, diese Forderung zu erfüllen. Sie erblickte im magyarischen Kommando den Anfang der Auflösung des gemeinsamen Heeres, der Bildung einer selbständigen ungarischen Armee, der Uebertragung der Heeresgewalt von der Krone auf das Parlament. Im Armeebefehl von Chlopy erklärte der Kaiser am 16. September 1903, er werde sich nie und nimmer „der Rechte und Befugnisse begeben, welche dem obersten Kriegsherrn verbürgt sind. Gemeinsam und einheitlich, wie es ist, soll Mein Heer bleiben“. Die Weigerung der Krone, die magyarische Kommandosprache zuzugestehen, wurde von der Unabhängigkeitspartei mit der Obstruktion gegen die Erhöhung des Rekrutenkontingents beantwortet. Die Regierungen Szell und Khuen konnten die Obstruktion nicht brechen. Am 6. Oktober 1903 wurde Graf Stephan Tisza zum Ministerpräsidenten ernannt.

Tisza begriff, dass der Adels Herrschaft schwere Gefahr drohe, wenn sie der Krone die Verfügung über die bewaffnete Macht streitig zu machen wagt. Er versuchte darum, die Obstruktion durch eine neue Geschäftsordnung zu brechen. Am 18. November 1904 setzte er die neue Hausordnung durch; als aber der Präsident Perczel den Versuch wagte, die neue Hausordnung anzuwenden, wurde er von der Opposition mit Gewalt daran gehindert. Nun löste Tisza das Abgeordnetenhaus auf. Aber der Adel fühlte sich stark genug, den Kampf gegen die Krone aufzunehmen. Die Komitate weigerten sich, die Wahlen nach Tiszas Wunsch zu leiten. Bei den Neuwahlen am 26. Jänner 1905 siegte die Koalition der oppositionellen Parteien. Tisza fiel. Das neue Parlament erklärte seine Geschäftsordnung für nichtig und rechtswidrig. Die neue Mehrheit forderte die magyarische Kommandosprache als Preis für die Erhöhung des Rekrutenkontingents.

Nun nahm die Krone den Kampf auf. Am 13. Juni 1905 wurde die Regierung Fejervary-Kristoffy gebildet: Zum erstenmale seit 1867 keine parlamentarische Regierung, aus der Parlamentsmehrheit berufen, sondern eine Regierung des Königs, zum Kampfe gegen das Parlament bestimmt. Das Parlament verweigerte dieser Regierung Steuern und Rekruten, die Komitate weigerten sich, Steuern und Rekruten einzuheben. Die Regierung antwortete mit Gewalt: sie berief einen Jahrgang der Ersatzreserve zur Dienstleistung ein, sie schickte in die widerstrebenden Komitate königliche Kommissäre, sie trieb schliesslich am 19. Februar 1906 das Parlament mit einer vom Obersten Fabrizius kommandierten Kompagnie Soldaten auseinander. Zugleich aber appellierte sie vom Adelsparlament an die Volksmassen. Im August 1905 kündigte sie die Wahlreform an. Im Dezember veröffentlichte Kristoffy seinen Wahlreformentwurf: allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht für alle, die des Lesens und Schreibens kundig sind. Die Krone wandte sich vom Adel ab; sie entschloss sich, gegen den rebellierenden Adel die Bürger, Bauern und Arbeiter auszuspielen. Um die Kraft ihrer neuen Politik zu stärken, gab sie in Oesterreich dem Drängen der Arbeitermassen nach und führte zunächst hier die Wahlreform durch.

Der Adel fühlte die Grundlagen seiner Herrschaft bedroht. Er beschloss, der Drohung der Krone zu weichen. Wenn schon die Wahlreform unvermeidlich ist, dann wollen wir sie durchführen, damit sie unseren Bedürfnissen angepasst werde — so dachte der nunmehr in der Koalition organisierte Adel. Er schloss jetzt seinen Pakt mit der Krone. Die Führer der Koalition übernahmen am 8. Mai 1906 unter Wekerles Präsidium die Regierung. Sie verpflichteten sich, Budget und Rekruten, Ausgleich und Handelsverträge zu bewilligen und dann die Wahlreform durchzuführen, die hinter dem Entwurf Kristoffys nicht zurückbleiben dürfe. Nun lauerten sie auf eine Gelegenheit, sich der übernommenen Pflicht zur Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes zu entledigen. Die Annexion Bosniens gab sie ihnen. Sie stimmten der Annexion zu; dafür erlangten sie die Erlaubnis zur Einbringung des Wahlreformentwurfes Andrassys, der die öffentliche Abstimmung aufrecht erhielt und die Wahlreform durch ein schändliches Pluralwahlrecht vollständig entwertete. Am 5. Oktober 1908 wurde die Annexion Bosniens verkündet. Am 11. November 1908 wurde Andrassys Schandreform vorgelegt.

Andrassys Plan entfesselte den Widerstand aller Demokraten im Lande. Zugleich aber schwand auch im Adel der Glaube an die Koalition. Drei Jahre hatten die Sachwalter der Unabhängigkeit Ungarns regiert. Aber kein Stückchen ihres Programms hatten sie verwirklichen können. Sie mussten die militärischen Streitfragen unerledigt lassen, den Ausgleich mit Oesterreich erneuern, sie konnten die Errichtung einer selbstständigen ungarischen Notenbank nicht durchsetzen. Nichts hatte ihre Herrschaft gebracht, als die Schändung ihrer Führer durch endlose Korruptionsaffären. Die Stimmung im Adel schlug um. Am 26. April 1909 bat Wekerle um seine Entlassung. Am 11. November spaltete sich die Unabhängigkeitspartei in die Gruppe Kossuth und die Gruppe Justh. Am 18. Jänner 1910 wurde Graf Khuen zum Ministerpräsidenten ernannt. Er ging daran, die alte liberale Partei unter neuem Namen wiederherzustellen. Mit der Krone Frieden zu schliessen, Wehrvorlagen und Bankprivileg zu bewilligen, dafür aber der immer noch drohenden Gefahr einer demokratischen Wahlreform zu entgehen — das war das Programm der neugebildeten „Nationalen Arbeitspartei“. Stephan Tisza führte sie in den Wahlkampf. Die Regierungsmacht und die Hilfe der die Komitate verwaltenden adeligen Klüngel sicherten ihr den Sieg. Bei den Neuwahlen am 1. Juni 1910 wurde die Koalition zerschmettert. Die Nationale Arbeitspartei verfügt über die Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Nun wurde zunächst die Erneuerung des Bankprivilegs durchgesetzt. Dann sollte die Wehrreform bewilligt werden. Die Erhöhung des Rekrutenkontingents, die im Jahre 1903 den Anlass zu den wechselvollen Kämpfen gegeben, stand wiederum auf der Tagesordnung. Die beiden Flügel der Unabhängigkeitspartei nehmen wiederum den Kampf gegen sie auf.

Eine kleine Gruppe des Adels, von der Justh-Partei vertreten, nahm die Sache der Demokratie in ihre Hand. Die Krone hatte den Widerstand des Adels gebrochen, die Mehrheit des Parlaments zur bedingungslosen Bewilligung der Wehrvorlagen gewonnen, indem sie das Adelsparlament mit der demokratischen Wahlreform bedrohte. Nun beschloss der von Justh geführte Teil des Adels, die Demokratie, die bisher eine Waffe der Krone gegen das Adelsparlament gewesen, zur Waffe des Parlaments gegen die Krone zu machen. Die Justh-Partei verkündete das Programm: Zuerst eine demokratische Wahlreform, dann erst die Wehrreform! Dieses Programm sollte die demokratischen Schichten des Bürgertums und die Arbeiterschaft in die Gefolgschaft des rebellierenden Adels bringen; es sollte ihm helfen, eine Wahlreform durchzusetzen, die den Einfluss der Regierungen auf die Wahlen schwächen, die Kraft des Parlaments gegen die Krone stärken würde; es sollte statt der Krone den Adel den Volksmassen als Vorkämpfer ihrer Rechte erscheinen lassen.

Aber die Mehrheit des Adels wollte von diesem Programm nichts hören. Sie ist überzeugt, dass eine demokratische Wahlreform die Ablösung der Adelherrschaft durch die Herrschaft der Bourgeoisie und das Ende der magyarischen Alleinherrschaft im Lande herbeiführen würde. Die Nationale Arbeitspartei wollte die Wehrreform bedingungslos bewilligen. Die Kossuth-Partei forderte Gegenkonzessionen der Krone an das Parlament. Beide Parteien waren aber einig in der Ablehnung der von der Justh-Partei geforderten Wahlreform.

Monatelang obstruierte die Justh-Partei das Parlament. Die Regierung Khuen wollte sie isolieren; zu diesem Zwecke forderte sie Zugeständnisse der Krone an das Parlament, um die Kossuth-Partei für die Wehrreform zu gewinnen. Das Parlament sollte in einer Resolution aussprechen, dass die Krone nicht durch Einberufung der Reservisten und Ersatzreservisten das Rekrutenbewilligungsrecht des Reichstages hinfällig machen dürfe. Aber dieser Plan scheiterte an dem Widerstande der Krone; der Kaiser soll erklärt haben, er würde lieber auf die Krone verzichten als einer Einschränkung seiner Befehlsgewalt über das Heer zustimmen. So entschloss sich die Mehrheit, die Wehrreform bedingungslos anzunehmen. Khuen fiel. Lukacs wurde zum Ministerpräsidenten ernannt. Stephan Tisza wurde zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt, um die Obstruktion der Justh-Partei mit Gewalt zu brechen. Aeusserlich war das Bild vom November 1904 wiederhergestellt: wieder wollte die Regierungspartei unter Tiszas Führung durch einen Bruch der Geschäftsordnung die Obstruktion

brechen, um die Wehrvorlagen durchzusetzen. Aber während im Jahre 1904 der kampf-lustige Adel die Partei Tizas mit einem gewaltigen Schlag hinwegfegte, stand jetzt der Adel auf Tizas Seite. Sein Klasseninteresse gebot ihm, die Wehrvorlagen zu bewilligen, um der Pflicht zur Wahlreform ledig zu werden; die Furcht um seine Vorrechte gebot ihm, sich gegen die Justh-Partei zu stellen, deren Wahlreformpläne seine Herrschaft bedrohten.

Die Justh-Partei sah sich isoliert. Sie hatte gehofft, die Hilfe einer höfischen Gruppe zu finden. Man munkelte in Ofen-Pest, dass der Thronfolger, der Kriegsminister, der Generalstab immer noch die Wahlreform wünschen. Aber die Hoffnung musste trügen. Der Hof hatte seine Macht für die Wahlreform eingesetzt, als das Adelsparlament ihm die Wehrreform verweigerte. Wie konnte er jetzt die Obstruktion der Wahlreformpartei fördern, da die Mehrheit zur Bewilligung der Wehrreform bereit war und nur die Wahlreformpartei sie daran hinderte?

Auch von der Kossuth-Partei war keine Hilfe zu erlangen; auch sie stand ja der Wahlreform feindlich gegenüber. So war die Justh-Partei vereinsamt. Und nun begannen auch ihre Reihen zu wanken. Die adelige Gefolgschaft begann den Führer zu verlassen. Es war klar, was nun geschehen werde: Tisza wird die Obstruktion brechen, die Wehrreform wird bedingungslos bewilligt und dafür verzichtet die Krone auf die Wahlreform! Tisza, der Todfeind der Demokratie, wird wieder zum Herrn Ungarns!

In diesem Augenblick erhoben sich die Arbeiter Ungarns. Sie hatten unter Fejervary und unter Wekerle auf die Hilfe der Krone gerechnet — die Krone hat die Wahlreform aufgegeben! Sie hatten dann auf Justh gebaut — Justh ist von der eigenen Gefolgschaft verlassen! Sie hatten auf ihr Recht gehofft und sollten nun erfahren, dass die Wahlreform den Grossen nur ein Spielball gewesen, eine Waffe im Kampfe gegeneinander, die beim Friedensschlusse zum alten Eisen geworfen wird! Die Erbitterung der enttäuschten Hoffnungen führte die Arbeiter auf die Strasse. So kam es zum blutigen Kampfe am 23. Mai.

Fürstengewalt und Adelsherrschaft hatten im Kampfe gegeneinander an das Volk appelliert. Nun, da sie einig geworden und seiner nicht mehr bedurften, stand es da, anders, grösser, heldenhafter als sie geglaubt!

Mit diesem Tage beginnt ein neuer Abschnitt in Ungarns Geschichte. Die Geschichte Ungarns war einmal die Geschichte des Kampfes zwischen Fürstengewalt und Adelsherrschaft. Sie ist es heute nicht mehr. Das Volk ist zu reif geworden, als dass es bald dieser, bald jener der beiden historischen Mächte als willenslose Gefolgschaft dienen könnte. Es nimmt sein Geschick in seine eigene Hand. Wenn sie, die es gestern im Kampfe gegeneinander benützt, miteinander Frieden schliessen und es nach Hause schicken wollen, dann steht es in seiner Heldengrösse auf, zerreisst mit starker Hand ihren Pakt und nimmt den Kampf, der ihnen Mittel für ihre Zwecke war, aus eigener Kraft zu eigenem Zwecke auf.

Fürstengewalt und Adelsherrschaft haben im Kampfe gegeneinander selbst die Wahlreform auf die Tagesordnung gestellt, selbst die Arbeiter auf die Strasse gerufen. Sie werden die Geister, die sie riefen, nimmermehr los werden.

Friedrich Austerlitz: Die Deutschbürgerlichen von heute

Die Wandlungen darzustellen, die die Zeit in und an einer Partei hervorgebracht hat, ist einleuchtenderweise keine leichte Sache. Denn es wechseln die Bedingungen, unter denen die politischen Parteien wirken, und so gefällig ist die Entwicklung nicht, dass sie im Flusse des beständigen Wechsels die selbe und gleiche Situation hervorbringen würde, auf dass man die Probe auf die Ueberzeugungstreue der Partei haarscharf unternehmen könnte. Und wer könnte schliesslich entscheiden, welche Stellung die richtige war, ob nicht am Ende die falsche gewesen sei, die in der zweiten Entscheidung verleugnet ward? Ueberdies setzt sich das Leben und Wirken einer Partei

in unserem so politisierten Zeitalter aus einer wahren Fülle von Tatsachen zusammen, aus einer ungleich grösseren Fülle als in der Zeit der politischen Privilegien, daher die Bilanz nun schwieriger ist als jemals vorher. Die Reden in Versammlungen und in den Parlamenten, die Wahlaufrufe und Wahlversprechen, die Abstimmungen in zahllosen Körperschaften, daneben die unaufhörlich sprudelnde Quelle der Zeitungsartikel: all das ergibt, von den sagenhaften Parteiprogrammen ganz abgesehen, eine solche Zahl und Mannigfaltigkeit der Tatsachen, aus denen auf die geistige Verfassung einer Partei geschlossen wird, dass sich der Ueberblick eher trübt, als dass er schärfer würde. Dennoch drängt sich das Bedürfnis hervor, an den politischen Tatsachen einmal nachzuprüfen, welche Veränderungen durch die Demokratisierung des Wahlrechtes, dieses bedeutsamsten Entwicklungshebels unserer zeitgenössischen Politik, in der Ideologie des deutschen Bürgertums geschehen sind, welche Veränderungen das politische Parteiwirken der deutschen Bourgeoisie von da an erfahren hat. Für das deutsche Proletariat, das mit diesem Bürgertum in so schweren und weitverzweigten Kämpfen liegt, ist diese Nachprüfung keine blosse Doktorfrage, vielmehr eine Ueberprüfung der Bedingungen seines täglichen und geschichtlichen Klassenkampfes.

So schwer es ist, in dem vielverschlungenen Gestrüpp der österreichischen Kämpfe die entscheidenden Merkmale herauszufinden, so lassen sich dennoch in der vordemokratischen Epoche bei den Deutschbürgerlichen zwei Phasen erkennen: die eine, in der der Kampf von der freiheitlichen Ideologie bestimmt war, und die andere, in der die nationalen Momente das Uebergewicht erlangten; in der ersten galt der Kampf dem Staate, in der anderen trat der Machtkampf der Nationen untereinander in den Vordergrund. Natürlich waren die „Verfassungstreuen“, die das Konkordat beseitigten und deren Gesetze es sind, auf denen sich das konstitutionelle Oesterreich aufbaute, auch „gute Deutsche“; und die Nationalen, die sie von Taaffe an abzulösen beginnen, hätten es als Schimpf empfunden, wenn ihre freiheitliche Gesinnung in Zweifel gezogen worden wäre; aber der Unterschied war doch nicht zu übersehen: den Verfassungstreuen war das erste der Staat, den Nationalen war er das zweite. Ueberflüssig zu sagen, dass dieser Entwicklung ökonomische Tatsachen zugrunde lagen: bei den Verfassungstreuen war das Grossbürgertum die führende Schicht, bei den Nationalen das kleine und Kleinbürgertum. Und das Mass der Wahlberechtigung ermöglichte die politische Ausprägung dieser ökonomischen Differenz: die Verfassungstreuen waren die politische Partei der Deutschen, als der Zensus zwanzig Kronen betrug; die Nationalen kamen empor, als die Fünf-Guldenmänner ihre Stimme in die Wagschale werfen konnten. In jeder Hinsicht erschien nun das Aufkommen der Nationalen als ein fruchtbarer Fortschritt. Während der Liberalismus der Verfassungstreuen einen ausgesprochen bourgeoisen Charakter aufwies, mit den Bedürfnissen und Triebkräften der breiten Massen jede Berührung scheute — was, wie an den Menschen, auch an der Zeit lag — war der volkstümliche Einschlag der kleinbürgerlichen Parteien, der Lueger-Demokratie in Wien und der Jungnationalen in Deutschösterreich, unverkennbar. Es war der erste Ansturm gegen die berüchtigte Staatsautorität, die sich aus Schlamperei, Ueberhebung und Verstocktheit zusammensetzte, und er wurde mit frischer Rede und mutiger Tat unternommen.

Die jungen Leute, die damals ins Parlament kamen, hatten jedenfalls eine andere Vorstellung vom Volke, als sie den altliberalen Herren eigen war. Es kann schon sein, dass der Blick, der sich von dem heutigen Deutschtum entsetzt abwendet, das Vergangene nun heller und glänzender sieht, als es in Wirklichkeit war; aber ganz bestimmt war von den deutschbürgerlichen Parteien das Geschlecht, das die Taaffesche Bedrängnis auf den Plan gerufen hatte, das wackerste: welches Wort ihm wohl auch am lieblichsten erklingen wird. Selbstverständlich in allen Befangenheiten der kleinbürgerlichen Ideologie verstrickt, aber trotzdem konnte auch der Volksgenosse Arbeiter bei ihnen auf einen gewissen unbefangenen Sinn für seine augenblicklichen Forderungen rechnen.

Das hat sich nun von 1897 her, allmählich zwar, aber ununterbrochen geändert, und ist heute von Grund aus anders. Was können wir als das wahre Merkmal, als das eigentliche Wesen der deutschbürgerlichen Politik von heute feststellen? Es ist nicht mehr das Verhältnis zum Staate, was ihre Ideologie bestimmt, denn der Krieg um die

Form des Staates, der sich einstmals in dem Kampfe zwischen Ländern und Staat darstellte und den Inhalt der österreichischen Politik bis in die Achtzigerjahre bildete, der ist längst zu Ende und das Primat ist für den Staat längst sichergestellt. Und trotz des Ueberschwanges der nationalen Rede, trotz des Ueberflusses der nationalen Streitigkeiten, trotz der Hochflut der äusserlich nationalen Tätigkeit ist es auch nicht die nationale Sache, nicht der Gegensatz und Machtkampf der Nationen, von dem die geistige Verfassung des deutschen Bürgertums unserer Tage bestimmt wird, aus dem seine Ideologie erfliesst. Diese ist heute weit mehr, und sie wird es immer deutlicher und ausschliesslicher, der Klassengegensatz ist ihr bürgerlicher Klassencharakter. Bürgerlich waren natürlich auch die Vorfahren und an bourgeoisem Bewusstsein hat es keiner ihrer Parteien gemangelt. Aber, und das ist nun der eigentliche Unterschied, jenes bürgerliche Bewusstsein war noch primitiv, nur das Produkt der ökonomischen Abstammung, der bewusst gegensätzliche Charakter fehlte ihm noch. Die grossbürgerliche Partei der Verfassungstreuen wusste überhaupt nichts vom Volke der Arbeiter und wenn deshalb ihre politische Tätigkeit jede Sorge um die Bedürfnisse der Arbeiterschaft vermissen liess, so blieb ihnen auch jeder Hass gegen das Proletariat ferne, war in ihnen das Klassenbewusstsein noch nicht aufgewuchert. Und dem zweiten Geschlecht, jenen Nationalen, die heute im Aussterben begriffen sind und von denen nur Vereinzelte das konsequente Urteil über die Nationalverbändlerei beirren, ist eher eine lebhaftes Sympathie für die breiten Massen, ein echtes Gefühl für Arbeiternot und Arbeiterstreben nachzurühren; von dem bedenkenlosen Hass gegen die Sozialdemokraten, der heute in gleicher Abscheulichkeit die Christlichsozialen wie die neuen Deutschen des Nationalverbandes erfüllt, ist in der Luegerdemokratie wie bei den Jungdeutschen nichts zu finden. Jene teils gleichgültige, teils wohlwollende Stellung, die die früheren Deutschbürgerlichen zu der organisierten Arbeiterpartei eingenommen haben, ist heute, einige Eingänger und Ueberbleibsel ausgenommen, spurlos verschwunden; und der Inhalt der deutschbürgerlichen Politik von heute, ihre Ideologie, ihr gesamtes Wesen ist heute ausschliesslich der brutale Klassengegensatz, der bewusste Gegensatz gegen die Sozialdemokratie, der tendenziöse Hass gegen die Partei der organisierten Arbeiter. Was sie denken und fühlen, all ihr Handeln und Unterlassen wird von diesem Hass gefärbt, geht auf diesen Hass zurück, dieser Hass ist heute ihr eigentliches politisches Sein.

Dass diese Umwandlung, die eine Reduzierung der bürgerlichen Politik auf die roheste Scharfmacherei ist, seinen Ausgang von der Demokratisierung des Wählens nimmt, ist nicht zu bezweifeln, wengleich der Prozess darum um so bedenklicher wird. Denn die Erscheinung sollte eigentlich auch das Bürgertum stutzig machen: dass die Verallgemeinerung und Verbreitung des politischen Rechtes für das Bürgertum zur Folge hat, dass ihm die sittlichen Begriffe entswinden, dass die Demokratie bei ihm nur Laster aufspriessen lässt, dass der Inbegriff seiner Politik die plumpe Mandatsgier geworden ist. Es ist schwer zu sagen, ob es die Verhältnisse sind, aus denen solche Politiker hervorkommen, wie sie immer deutlicher der Typus neudeutscher Politik werden, oder ob die Erbärmlichkeit der Personen, die diese Politik bevölkern, zu jenen Verhältnissen führt; sicher ist aber, dass sich als der deutsch-bürgerliche Politiker unserer Tage der Mann präsentiert, der nur einen Gedanken hat: den an sein Mandat und der diesem Gedanken alles Tun und Lassen unterordnet. Denn was ist in Wahrheit der Urgrund ihres aberwitzigen Hasses gegen die Sozialdemokraten — eines Hasses, der mit dem von dem Gange der Entwicklung bewirkten Klassengegensatz nicht verwechselt werden darf? Natürlich haben sie ihre Gründe, einen Schock guter Gründe sogar, und wir kennen diese Litanei schon auswendig. Die einen haben den Vorwand, dass wir nicht genug national seien, dass wir für den albernen Firlefanz, aus dem sich ihre „nationale“ Politik zusammensetzt, nicht die notwendige Ehrfurcht besitzen; die anderen, dass wir die Monarchie, den Patriotismus, die Religion und was dergleichen Reliquien mehr sind, bezweifeln und untergraben. Wer lacht nicht, wenn er derlei in dem stelzbeinigen Pathos der Schwindler vortragen hört? Thron, Altar, Nation — du lieber Himmel, es steckt ja nur das Mandat dahinter! Weil wir so ungemütlich sind, sie alle zu bedrohen, weil sie in jedem Wahlbezirk, in jedem Wahlkampfe auf die Sozialdemokratie stossen: das ist die simple Tatsache, die ihren Hass hervorruft, ihn nährt,

sie dazu geführt hat, diesem Hass in dem deutschbürgerlichen Tun die erste Stelle einzuräumen. Darum aber ist diese neuzeitliche deutsche Politik eine Entartung: weil sie den Klassenkampf zur Schmutzkonzurrenz herabwürdigt.

Nun wird ja auch in anderen Staaten gewählt und Sozialdemokraten gibt es überall. Sie geben auch allerorten den Bürgerlichen zu schaffen. Warum ist die Tatsache dieser Schmutzkonzurrenz doch nur auf Oesterreich beschränkt? Nehmen wir das Deutsche Reich, wo doch die Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien nicht wenig beunruhigt, wo sie doch auch in jedem Bezirk auf die sozialdemokratische Gefahr stossen, wo es auch Stichwahlen gibt, bei denen man Wahlhilfe braucht. Aber hat es sich jemals merkbar gezeigt, ob ein Fortschrittler oder ein Nationalliberaler die Stichwahlhilfe der Konservativen oder des Zentrums gegen den Sozialdemokraten genossen hat — welche Stichwahlhilfe unseren modernen Nationalverbändlern doch geradeaus vom Gesicht abzulesen ist? Dass nun unsere deutschbürgerliche Politik auf diese tiefe Stufe gesunken ist, wird zwei Ursachen haben. Die eine liegt unzweifelhaft in der Minderwertigkeit der Personen: es nehmen nämlich die kleinen zähen Streber überhand, die sich an das Mandat wie eine Klette hängen, die Berufs- und Geschäftspolitiker allerkleinsten Formats, für die die paar Gulden Diäten eine grosse Rolle spielen und für die eine Wahlniederlage der Sturz aus allen Himmeln ist. (Wenn sie durchfallen, sind sie am grässlichsten, da lärmten sie die ganzen Jahre noch aufdringlicher, um sich vor der Vergessenheit zu bewahren.) Das ist, um gewählt zu werden, um sich „oben“ zu erhalten, zu jeder Jämmerlichkeit fähig, kriecht dem lieben Wähler in den Hintern, denkt das ganze liebe Jahr nur an die Wiederwahl, hat nichts im Kopf als eben das Mandat, muss also auch, wie die Exempel des Nationalverbandes zeigen — die Namen drängen sich einem förmlich auf — des Wertes der Stichwahlhilfe bis zur kompletten Hörigkeit bewusst sich zeigen. Und der zweite Grund wird wohl sein, dass die Argumente, womit man anderswo gegen die Sozialdemokraten agitiert, in Oesterreich nicht zu Gebote stehen. Anderswo können diese Argumente nämlich auch der Hinweis auf die Grösse und Macht, auf den Glanz des kapitalistischen Staates, des Vaterlandes sein. Aber mit derlei Hinweisen, mit dem Argument „Oesterreich“, würde man gegen die Sozialdemokratie wohl blutwenig ausrichten; und weil sie gegen uns nichts Ernstliches und Durchschlagendes aufzutreiben vermögen, so musste die bürgerliche Agitation um das geliebte Mandat der tolle Tanz werden, als welche wir sie bei jeder Wahl erleben: da mit dem Appell an die Vernunft nichts zu machen wäre, müssen sie den Scharfmachergeist peitschen und schüren und der dummen bürgerlichen Welt weismachen, dass mindestens der Weltuntergang anbricht, wenn nicht der betreffende Schriftleiter oder Gemeindevorsteher gewählt wird. Auch die Formen der bürgerlichen Wahlagitation — und Wahlagitation ist bei ihnen alles! — sind die abenteuerlichen Formen der Schmutzkonzurrenz geworden.

Da nun die deutschbürgerliche Politik zum alleinigen Inhalt die Furcht vor der Sozialdemokratie hat — wohlgemerkt, nicht die Furcht vor der Bewegung, an deren Endpunkt die Diktatur des Proletariats steht, sondern eben die Furcht, dass ihnen der Sozialdemokrat das Mandat wegnehmen könnte — und diese Furcht sie alle schreckt, so müssen sich jene überlieferten Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien, von denen sie behaupteten, dass sie unüberbrückbar wären, immer mehr verflüchtigen. Wie gründlich das geschieht, ersieht man am besten aus der Tatsache, dass die zwei bürgerlichen Parteien, die, als sie zum erstenmal auftraten, gegeneinander am heftigsten standen, die Deutschradikalen und die Christlichsozialen, nun einander am nächsten gekommen sind, sich so angenähert haben, dass sie wirklich nur noch an ihrer Parteitickette zu unterscheiden sind. Beide Parteien kommen in ihrer heutigen Gestalt zum erstenmal ins Parlament im Jahre 1897. Nun denke man nach, was das für ein Gegensatz war, der damals Herrn Wolf von den Luegerleuten schied! Es war ohne Zweifel der stärkste Gegensatz, der innerhalb der deutschösterreichischen Politik sich ausprägte. Und es war keine beiläufige und zufällige Episode, die zu der berühmten Schimpferei der beiden Lager führte, an die man immer wieder erinnert; in dem Parlament vom Jahre 1901 schrien die Wolfeute einmal den Lueger aus reinem Spass nieder! Das schien wirklich wie Feuer und Wasser; Lueger galt den Deutschradikalen (es tut nichts, dass sie damals anders hiessen) als die Schande der Deutschen, Herr Wolf den Christlich-

sozialen als der Auswurf der Menschheit. Und heute sind sie ein Herz und eine Seele! Dass sie füreinander Wahlauftritte erlassen, füreinander stimmen, dass Prinz Liechtenstein von den Wolfleuten als von „Verbündeten“ und „Brüdern“ redet, das alles, obwohl es seltsam und erstaunlich erscheint, ist nicht das Entscheidende. Sondern dass sie, die ehemals zwei Weltanschauungen, die Weltgegensätze posierten, nun ganz und gar dieselben sind, dass in ihrem Reden und Schreiben, in ihren Auffassungen und Handlungen nun auch nicht der geringste Unterschied zu erkennen ist. Dabei haben freilich die Christlichsozialen von ihrer „Ursprünglichkeit“ sehr wenig abgeben müssen. Bei ihnen hat es genügt, dass sie dem Repertoire ihrer Schwindeleien nun auch die gewissen nationalen Phrasen einverleibt haben (Verwandlung des Luegerschen „Lasst mir meine Böhme in Ruh!“ in Neumayers „Wien muss deutsch bleiben!“) und dass sie, die früher eine „Volkspartei“ sein wollten, sich furchtbar anti-kapitalistisch gebärdeten und mit dem Acheron gerne kokettierten, nun den christlichen „Sozialismus“ über Bord geworfen haben und in der plattesten Bejahung unserer herrlichen Gesellschaftsordnung exzellieren. Ungleich mehr haben die Deutschradikalen von den Christlichsozialen angenommen und übernommen; die haben ihnen das Wilde ordentlich abgewöhnt. Zuerst (das war die erste Stichwahlhilfe) mussten sie, worauf sie einstmals als auf ihre Erfindung und ehrene Konsequenz so stolz waren, das Los von Rom abschwören: und sie haben es so gründlich abgeschworen, dass sie nächstens den, der sie an die Jugendschwärmerei erinnert, einen Schädiger des Deutschtums schelten werden. Dann hat man ihnen den Antiklerikalismus abgewöhnt und auch diese Bekehrung ist restlos gelungen. Welches tiefe Verständnis für die Wichtigkeit der Religion, welche Duldsamkeit für die Frommheit offenbaren nun die ehemaligen Romstürmer! Nur keinen Kulturkampf und überhaupt keine solchen Sachen, die die Einigkeit der bürgerlichen und nationalen Parteien (lies: das Mandatsgeschäft) stören könnten, keine überflüssigen Angriffe, keine gehässigen Auseinandersetzungen, das ist nun die Stimmung der deutschradikalen Antiklerikalen, die die Stichwahlnot ausser Tätigkeit gesetzt hat. Dann hat man ihnen den schwarzgelben Patriotismus anerkennen lassen und die ehemaligen Hohenzollernschwärmer, die zu Habsburger Jubiläen irredentische Anthologien veranstaltet haben und von dem „einigen Reich“ sangen, darinnen die glorreiche Grossmacht ein simpler Bundesstaat werden sollte, sind heute durchtränkt von dem k. k. Veteranengeist und in dem gebenedeiten Stiefelwichspatriotismus von keinem Christlichsozialen zu übertreffen. Und vor allen haben sich die erlesenen Gefässe des Deutschtums dem christlichsozialen Polizeigeist assimiliert, jener Polizei- und Nadergesinnung, die unausgesetzt mit dem „roten Schrecken“ operieren möchte, immer nach Polizei und Militär schreit, in der immer der Wunsch nach Ausnahmgesehen gegen die umstürzlerischen Sozialdemokraten mitspringt; in die ekelhafte Thron-, Altar- und Gesellschaftsschützerie, die bisher das Monopol der schwarzen Horde war, teilen sich nun die Deutschradikalen als würdige Kompagnons. Diese prächtige Uebereinstimmung zeigt sich an jedem Ereignis; wenn ein Narr auf den italienischen König ein Attentat verübt, wenn das Junkergelichter in Preussen die Schutzleute gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten aufbietet, wenn das Oligarchengelichter in Budapest die Arbeiter zur Verzweiflung treibt: man kann darauf schwören, dass der radikale Schmock genau dasselbe Polizei- und Denunziantengeschimpfe über die umstürzlerischen Sozialdemokraten, über die rote Gefahr, über den revolutionären Schrecken, dasselbe elendblöde Verleumdungsgeschwätz produzieren werde, wie es die Uebung des klerikalen Schmocks ist. Die „Reichspost“ und die „Ostdeutsche Rundschau“, die Schriftleiterpresse und die Piusvereinspresse, das ist nun derselbe Text und die gleiche Melodei. Die Furcht vor der Sozialdemokratie, die Furcht vor den Arbeitern hat sie zusammengeführt, und da sie alle das Mandat gegen denselben Feind zu verteidigen haben, muss Inhalt und Form ihrer Agitation immer ähnlicher werden. Nehmt dem Deutschradikalen den Namen und schätzt ihn nach seinem Tun ein, nach seinen Reden und Schreiben, und ihr werdet ihn von den geeichten Schwarzen nicht auseinanderkennen.

An den feinen Deutschradikalen ist dieser Assimilationsprozess wegen ihrer Vergangenheit besonders fasslich zu studieren; aber er ist natürlich nicht auf sie beschränkt, wie die ganze Nationalverbändlerei, ein paar Leute aus vergangenen besseren Tagen vielleicht abgerechnet, auf diese einige bürgerliche Partei schon heute gestimmt

ist. Denn dies ist eben das Merkmal dieser neudeutschen Politik, dass sie alle Gegensätze abstumpft, alle Ueberlieferungen auslöscht, alle Gesinnungen kastriert, dass in dem Brei dieser einen einigen bürgerlichen Partei (die Firmen werden im Handelsregister nur deshalb nicht gelöscht, weil das Geschäft unter verschiedenen Namen besser zu betreiben ist) alle Laster zusammenfliessen können und jeder Eigennutz darin sein Genüge findet. Das deutsche Bürgertum organisiert sich heute nicht mehr nach wirtschaftlichen Tatsachen, auch nicht nach politisch-ideologischen Motiven, seine Erscheinungsform und sein Erkennungszeichen ist lediglich das Antisozialdemokratische. Darin nun, in der Angst vor der Sozialdemokratie und in dem Hasse gegen die Sozialdemokratie können sich alle finden, und haben sich gefunden. Da kommen als erste Interessenten an dem Kampfe wider die Sozialdemokraten die eigentlichen Unternehmer, für die die Unterbindung der Entwicklung der Arbeiterklasse ein unmittelbarer Vorteil der eigenen Tasche ist. Die haben die Konjunktur der einigen deutschen und bürgerlichen Partei schon bei den letzten Wahlen begriffen, in welchen neben dem Bienert'schen Dispositionsfonds und den christlichsozialen Provisionen das Fabrikantengeld die grösste Rolle spielte, und die möchten bei der nächsten das Geschäft in der grosszügigsten Weise entfalten. Natürlich kommt der Volksgenosse Ausbeuter nicht in seiner wahren Gestalt, kann sich nicht mit seinem eigentlichen Bedürfniss hervortrauen: weil sich lange Arbeitszeit und elender Lohn als deutsche Nationalgüter nicht leicht präsentieren lassen. Also kommt er als um das Deutschtum besorgter, um die monarchische Staatsform bekümmertes, die bürgerliche Gesellschaftsordnung hütender Mann, und da er noch Geld mitbringt, viel Geld sogar, kann er der freudigsten Aufnahme versichert sein. Die kleinen unter den Ausbeutern, die Wald- und Wiesenlehrlingsschinder, schützen die Erhaltung des selbständigen Mittelstandes vor, beileibe nicht wegen ihres Profits, sondern nur wegen der Harmonie der Ordnung. Der agrarische Eigennutz vermummt sich als die gesellschaftliche Notwendigkeit des bodenständigen Ackermannes. Die Antreiber aller Grade und Arten, jene Fabrikbureaukratie, die im Namen und in Vollmacht des anonymen Kapitalisten das Gewerbe der Arbeiterbedrängnis in der Fabrik übt und ihre Verachtung gegen den Arbeiter in der Politik fortsetzen will, rückt natürlich als Retter der deutschen Scholle aus, die der internationale Sozialdemokrat preisgegeben haben soll. Und in dem holden Bund aller derer, die die Sozialdemokratie fürchten und hassen, hat auch der Arbeiterverräther Platz, der Streikbrecher in der Politik, der Mietling des Unternehmertums, der mit irgend einem Vorwand (Deutschtum, Christentum) den Klassenverrat bemäntelt und zu der Krippe hinüber sich schleicht. Hört das Bürgertum auf, bürgerlich zu sein, und wird es sein Ideal, bloss antisozialdemokratisch zu sein, so ist es mit Charakter und Ueberzeugung, mit Sittlichkeit und Idealismus, mit dem Hausrat aus Grossvaters Zeiten, für den der Nationalverbändler von heute nur ein verächtlich Lächeln hat, rasch zu Ende. Für die eine und einige bürgerliche Partei, die nur antisozialdemokratisch sein will und nichts als dieses sein will, werben alle Laster.

Und so sehen wir diesen Typus des neuen Deutschtums, den Kandidaten und Abgeordneten, immer deutlicher hervortreten, schon in etlichen Exemplaren leibhaftig herumgehen. Vor allem ist er natürlich die Verkörperung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie; diese modernen Betriebe zur fabrikmässigen Erzeugung von Verleumdungen wider die Arbeiterpartei, deren wir in Oesterreich gleich mehrere haben, erfolgen ja für seinesgleichen. Und im übrigen ist es sein Bestreben, mit aller Welt gut Freund zu sein. Natürlich respektiert er die religiöse Ueberzeugung, der klerikale Bruder muss ja stichwahlhelfen. Da ihm jede wahre Mannhaftigkeit, jeder echte Bürgerstolz fehlt, ist er natürlich auch ein k. k. Patriot: was er so benennt, dass es das Interesse des Deutschtums erforderlich mache, mit der Dynastie in gutem Einvernehmen zu leben. Er hat die „Wacht am Rhein“ zu einem patriotischen Lied erniedrigt, die Volkshymne zu einem nationalen erhoben; das berühmte „Dreifarb“ hängt er aus, um einen durchreisenden Erzherzog zu feiern. Wenn ihm der Bezirkshauptmann nicht pariert, schimpft er wie ein Rohrspatz, aber sogleich wird er auch gegen die Sozialdemokratie die Autorität verteidigen. Seine Bildung sind Zeitungsausschnitte, seine Reden Variationen über ein gegebenes Thema: die Schlechtigkeit der Sozialdemokraten. Feig zur Opposition und feig zur Regierungspartei: die Summe seiner Charakterlosigkeit ist jener National-

verband, der bei jeder Sache „die Abstimmung freigibt“. Vor den Wählern jammert er über schwere Lasten des Militarismus, vor dem betressten General ruft er: Hoch die Armee! Vordringlich und kriecherisch: daraus setzen sich seine gesellschaftlichen Sitten zusammen. Er redet gerne von den hehren Aufgaben des Volksvertreters und ist mit „Interventionen“ für seine Drahtzieher in allen Vorzimmern anzutreffen. Ununterbrochen besorgt, sich recht oft gedruckt zu sehen; schimpft zuhause über die Judenpresse und schmiert sich in Wien an jeden jüdischen Reporter heran. . . . So schaut sie nun aus, die Auslese des deutschen Volkes, und darum ist es wohl nicht überraschend, dass jede Wahl das Niveau der deutschbürgerlichen Vertretung senkt, dass ihr Durchschnitt die Grössen von Znaim und Leitmeritz werden, dass als ihr einziges Erfordernis die billigste Rederoutine und Zeitungsgelahrtheit — zu Broschüren reicht es nicht — gelten wird. Kein Wunder dann, dass sie sich, wie gesagt, an das Mandat wie Zecken klammern, nichts im Kopfe haben als die Erhaltung des Mandats, dass diese Mandatspolitik der ganze Inhalt der deutschbürgerlichen Politik von heute geworden ist.

Die Entartung jener Schichten und Gruppen des deutschen Bürgertums, denen aus ihren ökonomischen Notwendigkeiten die geschichtliche Pflicht auferlegt wäre, die freiheitliche und demokratische Entwicklung dieses Staates vorwärtszuführen, könnte an den mannigfachsten Tatsachen nachgewiesen werden; aber in ihrem Verhältnis zur Sozialdemokratie zeigt sie sich doch am deutlichsten und fühlbarsten. Denn jener Hass, den wir zu analysieren hatten, der im Lichte der lebendigen Tatsachen freilich mehr komisch als fürchterlich ist, ist darum ein so gewisses Merkmal der Entartung, weil damit das deutschösterreichische Bürgertum selbst das schuldig bleibt, was das Bürgertum nun überall leistet: die Arbeiterbewegung als ein gesellschaftliches Produkt, als eine geschichtlich gewordene Erscheinung zu begreifen und zu würdigen. Aber just deshalb ist der Weg, den inmitten des bürgerlichen Chaos die Sozialdemokratie zu wandeln hat, ihr so sicher vorgezeichnet: zu beharren bei ihrer geschichtlichen Sendung, ihre programmatischen Grundsätze eifersüchtig zu hüten, aus der Klarheit und Geradheit ihres Zieles die Sicherheit ihres politischen Handelns zu gewinnen. Und die Unkultur unserer Feinde mit der Reinheit unserer guten Sache zu besiegen.

Karl Renner: Das Elend des Reiches

Wieder einmal feiert der österreichische Leichtsinn eine wahre Orgie. Es geht uns ja herrlich gut — was sollte dem Staat auch fehlen? Die Minister regieren uns fleissig, zum mindesten beziehen sie jeden Ersten ihren Gehalt, halten allwöchentlich ihren grossen Audienztag und lesen täglich ihre Akten. Die Vaterlandsverteidiger machen eifrig Links- und Rechtsum, halten Stallwache und putzen die Knöpfe. Die Männer der öffentlichen Sicherheit regeln den Strassenverkehr und achten auf Taschendiebe. Die Herren Bürgermeister und Stadtväter denken allerorts an Baulinien und ihre sonstigen Geschäfte. Was sollte also unserem hohen, altherwürdigen Staatswesen mangeln? Nimmt man noch die erfreuliche Feststellung Kürnbergers hinzu, dass auch die Bürger fleissig bei ihren Weibern liegen und Kinder zeugen, so mag man geruhsam sich auf dem Kanapee strecken, so sind wir Oesterreicher geborgen.

Diese sorglose Stimmung, diese absolute Indolenz der Regierung, diese Gedankenlosigkeit der offiziellen Presse, diese völlige Gleichgültigkeit des Parlaments, kurz, das gesamte Kanapeebhagen des Oesterreichertums erinnert an die abendliche Bordmusik auf einem Ozeandampfer, der eben die Region des Treibeises kreuzt. Seit mehr als einem Jahrhundert, vielleicht länger her, hat es keinen Abschnitt österreichischer Geschichte gegeben, der so trostlos gewesen wäre wie der gegenwärtige. Das Reich, der Staat, die Länder, die Gemeinden, alles am Stranden und Versanden, vielleicht hart vor einer Katastrophe. Aber bringt das irgendeinen der patentierten Staatslenker nur einen Augenblick aus der Ruhe? Sie gleichen darin alle jenem Badeni, von dem am 29. März 1897 in einer Thronrede die Abgeordneten, „unterstützt durch die friedliche Gestaltung der auswärtigen und der inneren Verhältnisse“, zum einträchtigen

Zusammenwirken aufgefordert wurden. Genau acht Monate später strafte der Tribünensturm und der Polizeieinbruch im Parlament diesen Optimismus schmähslich Lüge: Deutsche und Tschechen standen im offenen Bürgerkrieg und der ahnungslose Friedensbote Badeni floh nach jähem Sturze aus Wien!

Vor der allgemeinen Strandung stehen wir. Das reichste Kronland Oesterreichs, das mehr als den sechsten Teil des Staatsbodens ausmacht, in dem beinahe ein Viertel der Bevölkerung wohnt, das glorreiche Königreich Böhmen ist politisch und finanziell bankrott. Man hat einen gefürsteten Grafen zum Vizekönig gemacht, aber unversöhnt bleiben die beiden Völker, die das Land bewohnen. Seit Jahren schleppt sich die laute Obstruktion im offenen Landtag, seit Jahren die heimliche Friedensverschwörung der Ausgleichskommission fort, beide ohne jedes sichtbare Ergebnis. Der böhmische Ausgleich ist am Verenden. Mit ihm aber muss auch der jetzige Waffenstillstand im Parlament scheitern. Währenddem die adeligen Vermittler in Prag die mittlere Linie zwischen Wolf und Klofač zu suchen vorgeben, um hinter der Spiessbürgerangst vor dem Wahlrecht des Proletariats ihre Kurienprivilegien zu schützen, sind die Finanzen des Landes völlig derout geworden und die Herren des Landtags könnten ohne die heimliche, ungesetzliche Hilfe des Staates nicht einmal ihren Schullehrern den Gehalt zahlen. Das ist das staatliche Niveau der Türkei unter Abdul Hamid! Der Finanzreferent des Landesausschusses bittelt sich beim Schatzamt des Staates, bei der Landesbank, bei den Wiener Geldinstituten durch — wie lange noch? Wer kann den endlichen Bankrott hemmen oder wer wird Lust haben, seine Passiven zu decken? Wenn man selbst annimmt, dass der Ausgleich von jenen Landesverwüsterern und Staatsverelendern, welche sich bei uns sonderbarerweise staaterhaltende Parteien, Patrioten und Regierungsparteien nennen, geschlossen würde: wer wird die Kriegskosten zahlen, die heute schon unerschwinglich geworden sind und allein schon der Anlass zu neuem Kriege werden müssen? Wenn sie nicht immer feiger sind, den Ausgleich zum Scheitern zu bringen, als ihn zu schliessen, welchen anderen Ausweg werden sie einschlagen, als ihn durch faule Kompromisse zu versumpfen?

Aber was schiert das die Herren Minister und ihre Auftraggeber? Haben sie sich ernstlich nur die Mühe gegeben, von dem Haufen der Hindernisse nur einen Strohhalm wegzuheben? Eine Prämie, ein Königreich, ja, das Königreich Böhmen selbst dem, der nur eine einzige Idee vom Gewicht einer Flaumfeder aufweist, die Bienenrath oder Stürgkh zum Friedensschluss in Böhmen beigesteuert hätten! Vom Nachtwächter verlangt man, dass er tute, das weiss jedermann. Aber den Mann hat noch niemand entdeckt, der wüsste, was für ein Quentchen Idee oder Tatwille zum Beruf eines österreichischen Ministerpräsidenten auslangt, zumal in der böhmischen, der sogenannten Schicksalsfrage Oesterreichs. Ich fürchte, dafür sind Strohhalm und Flaumfeder ein Zyklopenmass.

Mit seltener Ausdauer, mit erstaunlicher Seelenruhe haben die Ministerien von ihren kurulischen Stühlen aus zugeschaut, was und ob etwas in Böhmen wird — eine Beschäftigung, die mit einem Ministergehalt wahrhaftig reichlich entlohnt ist. Nicht einmal mit dem Hauch einer Mahnung haben sie den Werdeprozess des neuen böhmischen Homunkulus gestört, in dem Deutschtum und Tschechentum zusammenfliessen sollen. Wenn das Werk auch in der Retorte gelänge, wie unter Taaffe 1890, so springt das Glas und sein Inhalt wird zur Gallerte, wenn es an die offene Luft kommt. Heraus aber muss es nun bald, sehr bald, weil Gläubiger nicht so lange Zeit haben als österreichische Minister. Dann wird mit einem Schlage offenbar werden:

Böhmen, ein Viertel Oesterreichs, liegt auf der Sandbank.

Ebenso schlimm gestalten sich mählich die Dinge in Galizien. Dies aufstrebende Land — aufstrebend nicht vermöge der Regierungstätigkeit, sondern einzig wegen der obigen, von Kürnberger gerühmten, dort besonders regsamen Bürgertugend — dies Land, welches ein Viertel unseres Bodens und beinahe ein Drittel unserer Bevölkerung umfasst, sieht gleichfalls seinen Landtag seit langem obstruiert, seine Finanzen verfallen, und keinen Ausweg aus dem Jammer. Der Landtag steht wie der böhmische vor einer Wahlreform und, wie dort die Feudalherren, hintertreiben hier die Schlachzizen die Demokratisierung des Landes, indem sie den polnischen Chauvinismus vorschieben wie ihre böhmischen Jagd- und Schnapsfreunde die deutsche Spiessbürger-

angst vor dem Sozialismus. Auch die Autonomie Galiziens muss stranden, sofern kein gestaltender Wille eingreift. Nun sehe man doch einmal unsere Regierung: Könnte sie sich weniger engagieren, wenn diese schwere Erschütterung ein Mondviertel träfe, als jetzt, da sie ein Viertel des Staates trifft? Wundert man sich dann noch, dass schon jetzt von Zeit zu Zeit in die Parlamentsidylle eine kleine ukrainische Obstruktion einbricht? Aber bald wird auch Galizien auf der Sandbank liegen. Und daneben Tirol, das die Autonomie der Italiener nicht fertigbringt, und das Küstenland und Dalmatien! Drei Vierteile des Staatsgebietes verfallen allmählich der Anarchie.

Das wird kaum wahrgenommen! Liesse die hohe Regierung nicht ab und zu einmal einen Redner der Freien Schule wegen Beleidigung des Papstes anklagen oder einen Artikel wegen sonst einer ihrer gewichtigen Kirchensorgen konfiszieren, man vergässe ganz, dass wir regiert werden! Die Regierung wäre am besten als „unauffindbar“ zu bezeichnen.

Ueber Nacht aber wird der helle Streit aus den Kronländern in das Parlament hinüberschlagen, ein Funke wird genügen und wir stehen vor derselben Situation wie in den Badenitagen!

Mit welcher Sorgfalt werden alle grossen, für den Bestand des Staates entscheidenden Probleme offen gehalten, durch beharrliche Reizung und peinigende Oberflächenbetastung verschärft und gesteigert, bis das Unheil verheerend losbrechen muss. Man nehme nur die Behandlung der Italiener. Ende Oktober 1901 gefiel es Innsbrucker deutschen Studenten, ihre italienischen Studienkollegen aus den Vorlesungen, die seit langen Jahren für Italiener eingerichtet waren, hinauszuprügeln. Ein paar deutschnationale Führer, deren provinzieller Gesichtskreis und Bierpathos diese Beleidigung einer dem Deutschtum befreundeten Nation auf dem Gewissen hat, meinten sich wohl mit dieser schweren politischen Schädigung der deutschen Nation berühmt machen zu können und hetzten die Jugend auf die „Wälschen“. Koerber schon bemühte sich das Uebel zu heilen. Er verlegte die Vorlesungen in ein Gebäude von Wilten, die akademische Jugend demolierte es. Da will man die Universität nach Rovereto verlegen, die Hof- und Militärkamarilla vereitelt es. Man sucht sie nach Wien zu bringen, überallhin, nur nicht nach Triest, wohin sie gehört. Und heute, elf Jahre nach der Innsbrucker Heldentat, narrt man die Italiener noch immer! Ist das Vernunft? Ist das zu ertragen? Italienische Studenten haben inzwischen einmal an den Wiener Hochschulen von den Schusswaffen Gebrauch gemacht. Hat das unsere hohen Staatslenker und Parlamentsweisen beunruhigt? Versprechungen hat man gemacht und nicht gehalten — das ist alles! Welch konsequentes System! Ein Funke wäre auszutreten, was tun? Man häuft Zunder darauf, immer mehr, turmhoch, bis endlich die zerstörende Explosion losbricht. So hat denn diese konsequente Taktik aus einer Studentenprügelei eine Staatsgefahr gemacht, indem man die nationale Empfindlichkeit ganz Italiens reizte. Und zum guten Ende bewilligen wir um eine Milliarde Dreadnoughts gegen Italien, weil wir vor zehn Jahren ein paar Studenten nicht vor den Experimenten einiger nationalistischer Gerne-grosse zu warnen vermochten! Oder weil wir ein Schulhaus im Werte von 200.000 K für italienische Vorlesungen irgendwo in Oesterreich unterzubringen nicht den Verstand haben!

Die Leute aber, die dieses Land und Volk so lächerlich zugrunde regieren, alle die schwätzenden Abgeordneten, hochmütigen Herrenhäusler, goldbetressten Minister und Hofschranzen beider Geschlechter, all das, was in diesem Lande sich heute bürgerliche, nationale, staatliche Politik nennt, hat noch die Stirn, sich staaterhaltend, vaterländisch, patriotisch zu nennen und zu tun, als hätten sie das Wohl der Völker in Pacht.

Da hatten wir einen Ministerpräsidenten, namens Bienenrath, wir haben jetzt einen, namens Stürgkh. Beiden ist eine gewisse Amtsklebigkeit eigen, beiden hat es nicht an Zeit zum Wirken gefehlt und bekanntlich braucht gut Ding Weile. An Weile, an langer Weile hat es nicht gebrochen, aber wo ist denn ein einziges gutes Ding? Wo ist nur ein Gesetzeswerk, das ihres Geistes Schöpfung wäre, wo ist nur eine einzige politische Tat?

Wahrlich, der Gegner muss sich ihrer erbarmen, ihrer schämen! Im Jahre 1907 wurden zwischen den Ministerien Beck und Weckerle die Branntweinsteuervorlagen ver-

einbart, die man uns Sozialdemokraten aufzunötigen beabsichtigt. Fünf Jahre sind inzwischen dahingegangen, die vier Finanzminister Korytowski, Bilinski, Meyer und Zaleski haben die Finanzreform „unentwegt“ vertreten. Und bis heute ist nicht der erste Paragraph des Branntweinsteuergesetzes auch nicht in irgend einem Subkomitee gelesen oder gar angenommen. Die gleichzeitig begonnene deutsche und englische Finanzreform ist längst erledigt, ja überholt. Inzwischen aber schreitet das Deutsche Reich an die Aufhebung des Branntweinkontingents und macht dadurch dessen Fortbestand auch in Oesterreich unmöglich. Dadurch ist der tragende Balken dieser Reform entzweigegangen und alle Geheimkonventikel beim Finanzminister können an der Tatsache nichts ändern, dass auch die „grosse“ Finanzreform gestrandet ist.

Damit aber bricht auch die Idee der Sanierung der Landesfinanzen zusammen, ohne dass eine neue Basis für sie sichtbar würde, damit aber wird der Bankerott der grossen Kronländer akut. Freilich, solange die Gehalte für die I. und II. Rangsklasse noch jeden Ersten erfolgt werden, dürfte diese Aussicht die Kanapeestimmung oben nicht stören.

* * *

Die vorgeführten Umstände sollten, wie wir meinen, allein schon ausreichen, die staatliche und bürgerliche Politik aufzupeitschen. Aber sie sind nicht einmal alle, ja nicht einmal die gewichtigsten Symptome einer drohenden Erschütterung. Deren Herd ist ausgebreiteter und gefährlicher.

Seit einem Jahre liegt der Wehrgesetzentwurf den beiden Parlamenten in Wien und Budapest vor und stösst da wie dort auf Hindernisse, die von kleinen Fraktionen auszugehen scheinen, von Minderheiten, deren Einspruch in anderen Parlamenten kaum wirksam wäre und auch bei uns dem oberflächlichen Blick mutwillig, ja als Kaprize vorkommt. Man könnte sich einbilden, dass mit einem einzigen energischen Schritt über diese Steine des Anstosses hinwegzukommen wäre, falls nur starke Männer dies- und jenseits der Leitha Hand anlegten. Hinter dem Wehrgesetz aber lauern grössere Konfliktsmöglichkeiten. Denn es ist eine Lebens- und Willensäusserung all der Oesterreich und Ungarn gemeinsamen Faktoren, die man kurz das „Reich“ nennt, das in dem gleichen Grad eine Realität ist, als jene Faktoren die reale Macht in Oesterreich-Ungarn haben: Wir meinen den Kaiser, den Kronprinzen, den Hof, den Generalstab, die Armee und dazu alle Nationen, Parteien und Klassen, die an der Gemeinsamkeit und ihren Trägern hängen, von ihr etwas erwarten oder befürchten, von ihr etwas ertrotzen oder erschleichen wollen.

Die Wehrgesetzfrage offenbart die bestehende Reichskrise. Dürfte man sie bloss als militär-technische oder demokratische Frage behandeln, so wäre sie leicht gelöst, und die Ueberraschungen, die sie mit sich bringt, wären gar nicht zu verstehen. Nun narren wir uns in Oesterreich, wie noch gezeigt werden soll, unablässig dadurch, dass wir derlei Fragen als technische nehmen und ausser acht lassen, dass jeder kleinste, jeder provinzielle Zwischenfall bei gemeinsamen Angelegenheiten in der Regel die Rolle des Riegels an der Schleuse spielt, welcher, ganz unauffällig und leichtlich geöffnet, den ganzen Strom der Reichsfragen in Bewegung und die innere Politik beider Reichshälften unter Wasser setzt.

Bevor wir näher auf dieses Kräftespiel eingehen, wollen wir den Zustand unseres Reiches — im obigen Sinne dieses Wortes — kurz darstellen.

Die Annexion der Reichsländer Bosnien und Herzegowina war technisch ein papierener Akt, eine Rechtstiteländerung, und dennoch hat sie Oesterreich und Ungarn, die äussere und innere Politik der zwei Reichsteile auf das tiefste erschüttert. Wegen dieser Lappalie mussten wir uns mit ganz Europa auseinandersetzen und vermögen auch jetzt noch nicht die letzten Nachwirkungen abzusehen. Nun sind Bosnien und die Herzegowina glücklich angeeignet, aber gerade damit stehen wir nicht am Ende, sondern am Anfang der Krise.

Erstens haben wir Bosnien einen Landtag mit einer verkünstelten und haltlosen Verfassung gegeben, in dem die Obstruktion ebenso chronisch werden muss wie im

böhmischen oder galizischen Landtag. Augenblicklich versucht Bilinski den Frieden des Landtages mit Investitionsmillionen zu erkaufen — wir wissen von Koerber her, wie lang derlei nachhält: man nimmt die Millionen und obstruiert weiter. Denn kein Land lässt sich auf die Dauer durch so künstliche Allianzen regieren, wie wir sie in Sarajevo installiert haben, durch eine Allianz zum Exempel von mohammedanischen Grundherren und katholischen Klerikern, die zusammen die zwei bestgehassten Minderheiten des Landes sind. Dabei bleiben die ägiltsten Volksteile in den Städten ganz unvertreten und finden sich die bäuerlichen Massen ständig majorisiert. So überaus weise nach dem kombinierten Rezept magyarischer Junker und mährischer Rübenbarone eingerichtet, bleibt Bosnien ein Herd der Unruhen. Die wundeste Stelle hat also das Reich dort, wo sein Körper jeden leisesten Stoss vom Balkan her empfängt und empfindet.

Zweitens aber ist das Verhältnis Kroatiens zu Ungarn unhaltbar, der Riss zwischen Agram und Pest unheilbar geworden. Ein kroatischer Landtag, der sich Budapest unterwirft, ist nicht mit dem Aufgebot aller Militärgewalt zustandezubringen. Man übersieht in Oesterreich, dass die alte Wahlordnung (mit den Grundbesitzern und Beamten als Virilistenwählern) seit Tomašić ersetzt ist durch eine Art Fünfguldenzensus, der Kleinbürger und Kleinbauern zu Herren des Landes macht, also den unbedingten radikalen Nationalismus zum Siege bringt. Solange das staatsrechtliche Verhältnis des Jahres 1868 fortgefristet wird, bleibt ein Banus Rauch oder ein königlicher Kommissär Cuvai nicht blosser Missgriff in der Person, sondern notwendiger Ausdruck der Tatsache, dass Kroatien sich freiwillig nicht unterwirft. Wie soll es denn auch? Ein Blut und eine Sprache einen die Bewohner von Bosnien und Kroatien, ein Blut und eine Sprache sie und die Dalmatiner, Istrianer und einen Grosseil der Südungarn. Diese Einheit kommt staatsrechtlich nicht zum Ausdruck und kann nur gegenüber der Person des Herrschers und den Reichsinstitutionen zum Ausdruck kommen, also wird jede Reichsaffäre zum Ventil aller Klagen und Hoffnungen der Entrechteten; also wird in jedem Moment, wo der wirtschaftliche oder politische Ausgleich, wo Zollvertrag oder Wehrgesetz in den beiden Parlamenten oder auch der Tagesbedarf des Reiches in den Delegationen zur Erörterung kommen, jedesmal, wenn wir uns anschicken, diese Fragen als „Reichs“sache „technisch“ zu prüfen, die südslawische Demonstration oder Obstruktion sich uns in den Weg werfen und wenn sie zehnmal niedergerungen ist, das elftemal nur leidenschaftlicher und wirkungsvoller wiederkehren, bis eben der ganze Süden in Brand geraten ist!

Und Ungarn selbst? Das Budapester Parlament, einst das stolzeste neben dem englischen, ist zum lächerlichsten Misch- und Missgebilde von Grosssprecherei und Ohnmacht, von Kraftphrasen und Feigheit geworden. Es hat den Oberst Fabricius im Leibe und widerstandslos muss es sich demütigen lassen: Es verleugnet die Rekrutierungsresolutionen, findet keine Abwehr gegen Stürgkhs Einmischung, kein Rückgrat gegen die Militärkamarilla. Die Junkersippe wäre zufrieden, wenn man ihr gestatten würde, das Land weiter zu knebeln und auszubeuten, und würde dafür der Krone jede Militärforderung bewilligen. Dieses Parlament ist moralisch entwurzelt und kann nur leben, indem es sich an einen Mächtigeren verkauft, damit er es schütze und halte. Formell aber haben die magyarischen Parlamentsoligarchen die Mehrheit und können sie kraft des bestehenden Wahlsystems auch behaupten. Das neue, demokratische Ungarn befindet sich darum im Notstand der künstlich zur Minorität gemachten Volksmehrheit, es muss also obstruieren und rebellieren und muss dies gleichfalls gerade dort tun, wo die Interessen des Reiches berührt werden, also bei Wehrreform und Ausgleich.

Dieser politische Mechanismus muss endlich ganz begriffen werden, um die Tragweite der Dinge, die sich abspielen, zu messen. Im Grunde genommen ist die Wehrreform seit den Tagen Badenis fällig, sie ist von Jahr zu Jahr, von Ministerium zu Ministerium verschoben worden, sie spielt nun volle fünfzehn Jahre und kommt auch in absehbarer Zeit nicht zum Abschluss. Der wirtschaftliche Ausgleich aber — die andere Hälfte der Gemeinsamkeit oder des Reichsproblems — endet mit 1917 und schon jetzt müssen die Vorarbeiten für ihn in Angriff genommen werden. Wehrreform und Ausgleich also stossen in der Zeit hart aneinander und erfordern diesseits und jenseits der Leitha ein tragfähiges politisches System!

Bei dem Eintritt in diese Epoche aber ist Ungarn desorganisiert, sein Parlament unhaltbar gelähmt, seine Regierung nach innen und aussen ein Schatten; der ungarische Staat vom Aufruhr, von der ständigen, nicht zu beschwichtigenden und wohlberechtigten Revolte Kroatiens gequält! Angesichts dieser gewaltigen Aufgaben des Reiches aber sind die gemeinsamen Institutionen als das empfindliche Zünglein zwischen den zwei Wagebalken diesseits und jenseits der Leitha sofort von jeder Einzel- und Teilfrage Oesterreichs oder Ungarns auf das stärkste alteriert. Zu der ungarischen, kroatischen, böhmischen, galizischen, Tiroler und Triestiner Krise kommt noch die bosnische, und zum Schlusse ist auch die Verwirrung eines Thronwechsels nicht ausgeschlossen. Man sollte meinen, dass diese Umstände genügen müssten, um die Politik ernst und die Staatslenker bedächtig zu machen!

Aber im weiten Umkreis des öffentlichen Lebens spürt man keine Andeutung von verantwortungsvoller Selbstbesinnung, von gewissenhaftem Studium der Ereignisse, von aufkeimenden Ideen und gestaltendem Willen! Die vollendetste Gedankenlosigkeit thront auf den Stühlen der Staatslenker, spreizt sich staatsmännisch in der bürgerlichen Presse und auf der Tribüne der bürgerlichen Parteien, und die Führung des österreichischen Parlaments hält der Nationalverband inne, dessen Gedankenweite nicht über die Kirchtürme des jeweiligen Wahlkreises hinausreicht!

Immer klarer wird es: durch die Wahlreform haben wir dieses bürgerliche Oesterreich in den Sattel gehoben, aber reiten kann es nicht. Es treibt dahin, wo es der Zufall hinträgt, und inmitten der gewichtigsten Wandlungen der Umwelt vergnügt es sich damit, vom Sattelknauf die Fliegen wegzufangen.

* * *

Oesterreichs Leid und seiner herrschenden Klassen Unverstand ist nicht unsere nächste Sorge. Uns selbst gesund und stark, uns selbst für alles Kommende gerüstet zu halten, tut vor allem not. Wir müssen aus den Dingen lernen, wenn wir sie meistern wollen, wir dürfen uns nicht länger darauf beschränken, abzuwarten und sie an uns herankommen zu lassen.

Unsere Parteipresse, vor allem die „Arbeiterzeitung“ und „Der Kampf“, haben wiederholt die geschilderten Probleme erörtert. Es fehlt uns nicht an mühsam erarbeiteter Einsicht, aber nicht immer haben wir praktisch die Konsequenzen gezogen.

Unsere praktische Politik war bisher zu eng orientiert.

Es geziemt sich einer proletarischen Partei, die Aufgabe der Sozialpolitik voranzustellen. Wir haben uns darin keinen Vorwurf zu machen. Seit dem Jahre 1901 zum Beispiel laufen wir in- und ausserhalb des Parlaments Sturm, um die Altersversicherung zu erobern, stellen und verfechten wir sozialpolitische Anträge.

Die Sozialdemokratie ist nicht bloss eine soziale, sondern ebenso eine demokratische Partei. Unablässig kämpfen wir um Press-, Versammlungs-, Vereinsfreiheit u. s. w.

Und trotz alledem kommen wir nicht weiter. Allgemach nistet sich der Irrglaube ein, das Parlament taue an sich nichts, die Wahlreform habe enttäuscht, das Volkshaus bringe Oesterreich nicht vorwärts.

Wenn wir heute auf die letzten fünf Parlamentsjahre zurückblicken und die Ursachen vieler Misserfolge aufsuchen, so stossen wir immer auf einen und denselben Ausgangspunkt!

Heute steht das Haus vor der Wehrreform, es wartet auf Ungarn. Wir kommen nicht weiter, die ungelösten Reichsfragen sperren den Weg.

Seit den fünf Jahren des allgemeinen Wahlrechts war die politische Arbeit wiederholt im flotten Gange. Da kam die Annexionskrise von aussen, peitschte die Slawen im Süden und Norden, in Ungarn und Oesterreich auf, zerriss die Koalition Beck herüber, die serbokroatische Koalition drüber und verursachte wiederholte Parlamentsvertretungen.

Mit unsäglichen Mühen hat unsere Partei im Reichsrat die Sozialreform den Berg hinangeschleppt. Da rast aus dem Ungefähr und plötzlich uns ein Steinblock entgegen,

reißt unser Werk jäh zu Tale und begräbt es in einer Parlamentskrise. Wir stehen ohnmächtig vor dem anscheinend blinden, unabänderlichen Verhängnis, warten ab und fangen von vorne an.

Woher dieses Verhängnis? Warum kann sich Oesterreichs innere Politik nicht geradlinig fortentfalten? Warum auch nicht Ungarns? Warum auch nicht die gemeinsame?

Blättern wir in unserer Geschichte zurück, so offenbart sich rasch eine gewisse Gesetzmässigkeit. Das jeweilige österreichische Regime war gesetzt und bestimmt nicht nach inneren Gründen Zisleithaniens. Das liberale Regime 1867 bis 1870 hielt sich durch die Notwendigkeit des ersten Ausgleichs mit Ungarn. Derselbe Ausgleich schuf das ungarische Staatsrecht und erzeugte das Begehren nach dem böhmischen Staatsrecht, der unerwartete Erfolg der Magyaren machte die Tschechen unersättlich, der ungarische Ausgleich schuf die Fundamentalartikel und zerstörte sie wieder durch den Einspruch Andrassys. Die Okkupation Bosniens brachte die liberale Regierung zum Sturz und hob Taaffe empor. Um den Preis des dritten Ausgleichs hielt sich der eiserne Ring ins zweite Jahrzehnt. Der vierte Ausgleich erhob und stürzte Badeni und hatte die Badenischen Wirren zur Folge. Um der Ausgleichsfrage willen erhielten sich Koerber und Szell durch Jahre, die Armeefrage brachte erst Szell zum Sturz und mittelbar auch Koerber. Die Armeefrage brachte die Unabhängigkeitspartei empor, verursachte Tizzas Erhebung und Fall. Zolltarif und Armee stürzten die liberale Partei und Oberst Fabricius stürzte das ungarische Parlament im Namen der Armee.

Mehr noch. Die Notwendigkeiten des Reiches beschleunigten die Wahlreform in Oesterreich, gaben Beck die Kraft zur praktischen Einschulung des Volksparlaments und richteten die magyarische Koalition unter Weckerle auf, diese Notwendigkeiten sind heute der stärkste Vorspann für die Verfassungsänderung in Ungarn.

Notwendigkeiten des Reiches haben bei uns den Missbrauch des § 14 eingeleitet. Die wirtschaftliche Gemeinsamkeit bestimmt unsere Steuerverfassung, unsere Handelspolitik, setzt unserer Teuerungsaktion Grenzen und bindet unsere ganze Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Unsere innere Politik ist nicht auf Oesterreich allein eingestellt, nicht um Wien zentriert. Wir gehen solange irre, als wir uns bloss zisleithanisch orientieren.

Genau so falsch wäre es anzunehmen, wir gravitieren um Budapest, wir seien Ungarn hörig. Viel wahrer wäre es zu behaupten, das magyarische Oligarchenregime habe sich solange nur halten können, weil es durch Wien gedeckt war. Man geht nicht weit fehl mit der Feststellung: durch die Lieferung von Rekruten an das Reich haben sich die magyarischen Machthaber den Freibrief zur Ausbeutung und Knechtung Ungarns erkaufte. Wahr ist hievon jedenfalls soviel: Beide Staatsgebiete sind wechselseitig von einander abhängig. Diese wechselseitige Abhängigkeit ist eine durchgreifende, ist wirtschaftlich, finanziell, politisch, militärisch und in auswärtigen Angelegenheiten das entscheidende politische Faktum unserer ganzen Politik.

Und auch das ist erst die halbe Wahrheit. Denn es erweckt den Schein, als ob zwei Pole unsere Politik beherrschten, Wien und Budapest, Oesterreich und Ungarn. Das mag vor vierzig oder zwanzig Jahren annähernd richtig gewesen sein, ist es heute aber nicht mehr. Die Tatsachen reden eine zu laute Sprache.

Hat nicht die bosnische Verwicklung Wien und Budapest, Oesterreich und Ungarn, beide mit sichtlichem Widerstreben, beinahe willenlos mitgenommen? Hat nicht der ungarische königliche Kommissär Cuvai trotz aller staatsrechtlichen Abgrenzungslinien herüber gewirkt und unser Parlament unter das Damoklesschwert der südslawischen Obstruktion gestellt? Hat nicht seinerzeit der Agramer Hochverratsprozess mit allen vorangehenden und nachfolgenden Erscheinungen unser Volkshaus und unsere Delegation erfüllt? Und glaubt irgend jemand, dass die Wehrreform in Oesterreich der südslawischen Obstruktion entrinnt, solange Cuvai in Agram kommandiert?

Die ganze Wahrheit ist, dass das Konglomerat von Völkern um die mittlere Donau national, wirtschaftlich und sozial so eng verwachsen ist, dass diese Verwachsenheit für alle Glieder die primär bestimmende politische Tatsache ist, nach der auch wir uns

orientieren müssen. Diese Verwachsenheit sucht, sobald nur ein Glied gestört ist, nach Ausdruck und kann, wie die Dinge nun einmal liegen, sich am empfindlichsten auswirken gegen einen Angriffspunkt, gegen die gemeinsamen Institutionen.

Sinnfällig und sonnenklar wird dieser Zusammenhang gerade in der Wehrfrage. Das halbwegs demokratische Oesterreich soll Rekruten bewilligen. Wem? Wozu? Ueber sie verfügt auch der ungarische Ministerpräsident, der Banus Cuvai. Kann das Oesterreich, können das die österreichischen Slawen?

Der Wunsch, in alle die Affären der anderen nicht verwickelt zu werden, ist sehr verständlich und jeder hegt ihn; dennoch bleibt er ein frommer Wunsch.

Auf das innigste wünschen wir alle, dass endlich jede Störung dem Parlament fern und der Boden für unsere Klassenkämpfe frei bleibe.

Aber da kollert uns aus dem Ungefähr ein Felsblock entgegen, da legt sich uns ein Felsblock vor den Weg und alle politische Entwicklung stockt.

Mag der Felsblock nun Cuvai heissen oder auch Justh, Biankini oder Budzinowski oder Bugatto, wir wissen nun, dass er aus den zahlreichen ungelösten Reichsfragen stammt, dass uns das Bejammern dieses Unheils nicht weiterbringt. Wir verstehen unser Leid erst, wenn wir uns über die Enge der bisherigen politischen Orientierung erheben. Wir sind bisher gedrillt auf Zisleithanien, beschränken unser Denken auf diesen völlig unmöglichen Erdausschnitt und haben zu den Reichsfragen kein Verhältnis!

Dieser Zustand ist für eine Partei wie die Sozialdemokratie unhaltbar.

* * *

Das System Biennerth-Stürgkh ist gestrandet auf der ganzen Linie. Der böhmische Ausgleich, die galizische Wahlreform, die Tiroler Autonomie, die italienische Universität — auf der ganzen Linie liegen die Wracks auf der Sandbank. Keine Steuerreform und keine Sanierung der Landesfinanzen, die Ohnmacht des Staates und der Bankerott der Länder — damit schliesst Oesterreichs Bilanz seit dem Sturze Becks.

Bosnien annektiert, aber nicht eingegliedert, durch eine unhaltbare Verfassung verwirrt, zum Zankapfel zwischen Ungarn und Oesterreich, zwischen den Südslawen und der Monarchie geworden; Kroatien im Herzen von Ungarn abgefallen und bloss durch den Ausnahmzustand Cuvais an Ungarn geknebelt; das Königreich Ungarn ohne Wahlreform, durch eine Verschwörung von Oligarchen im Fortschreiten zur Demokratie aufgehalten, ohne sichtbaren Ausweg aus den Verfassungswirren, von der Empörung der betrogenen Arbeiter bedroht. Das die Bilanz Ungarns seit der Verabschiedung Kristoffys.

Sämtliche politische Aufgaben der Monarchie sind also ungelöst, aber alle zugleich gestellt und nur mühsam verdeckt; unheimlich nahe aber rückt das Schicksalsjahr 1917, an dem die allgemeine Zeche gemacht wird, wie seinerzeit in den Tagen Badenis und Banffys! Die Arbeiterklasse Oesterreichs tut gut, sich vor dem Wettersturm rechtzeitig zu rüsten und das Steuer mit fester Faust zu fassen. Das Kanapeebehagen bleibe der bürgerlichen Staatsweisheit vorbehalten.

Otto Bauer: Der Arbeiter und die Nation

Die Entwicklung des Reformismus auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie hat überall die Bildung einer äussersten Linken innerhalb der Arbeiterbewegung zur Folge. In Frankreich ist dem Millerandismus der Syndikalismus gefolgt. In Italien, auch in England beobachten wir ähnliche Erscheinungen. Auch die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie im Reiche treibt in dieser Richtung. Nachdem der Revisionismus die Partei nach rechts zu drängen versucht hat, scheint sich heute eine äusserste Linke innerhalb der Partei zu bilden, die Bebel und Kautsky, den Parteivorstand und den Berliner „Vorwärts“ des Opportunismus anklagt. Die Absage Rosa Luxemburgs an die „Neue Zeit“, die Kritik der „Leipziger Volkszeitung“ an dem Verhalten des Parteivorstandes während der Marokkokrise, die Spaltung der Radikalen auf dem letzten

Parteitag, die Opposition gegen das Stichwahlübereinkommen bei der letzten Reichstagswahl, schliesslich der jüngste Konflikt Mehrings mit Bebel und Kautsky sind Anzeichen dieser Entwicklung. Rangen bisher zwei Richtungen, Radikalismus und Revisionismus, um die Macht in der Partei, so scheint die Entwicklung jetzt zur Dreiteilung zu treiben: radikale Linke, marxistisches Zentrum, revisionistische Rechte.

Diese Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung wird auch uns nicht erspart bleiben. Auch hier scheint sich jetzt eine äusserste Linke zu bilden, die der Richtung Mehring-Luxemburg-„Leipziger Volkszeitung“ nahe steht. Nur ist hier nicht unser Verhältnis zum Staat, sondern unser Verhältnis zur Nation der Gegenstand des Streites. Das Organ dieser Richtung ist der Reichenberger „Vorwärts“. Ihr Manifest ist die soeben erschienene Broschüre: „Der Arbeiter und die Nation“ von Josef Strasser.

Strassers Broschüre dient nicht dem Kampfe gegen den bürgerlichen Nationalismus, nicht dem Kampfe gegen den Separatismus der tschechoslawischen Sozialdemokratie, sondern der Auseinandersetzung über die nationalen Probleme innerhalb der deutschen Partei. Sie richtet ihre Angriffe nicht nur gegen diejenigen Genossen, die innerhalb unserer Partei eine nationale Färbung des Sozialismus vertreten, nicht nur gegen Pernerstorfer, Hartmann, Leuthner; sie wendet sich vielmehr auch gegen die Politik unserer Reichsratsfraktion und unseres Zentralorgans, gegen die Theorien, die von Renner und von mir vertreten wurden. Es ist die Kritik einer äussersten Linken nicht nur gegen den nationalen Revisionismus, sondern auch gegen das marxistische Zentrum.

* * *

Der bürgerliche Nationalismus gebärdet sich als Sachwalter der ganzen Nation. Macht und Grösse wolle er der Nation erstreiten.

Wir haben ihm geantwortet: Wovon hängen Macht und Grösse der Nation ab? Davon, dass der Volkskörper gesund und dass das ganze Volk von der nationalen Kultur erfüllt ist. Die kapitalistische Ausbeutung zerstört die Kraft der Nation, indem sie der Klasse, die die Mehrheit der Nation bildet, die Gesundheit raubt und ihr den Zutritt zu den nationalen Kulturschätzen verwehrt. Trotzdem verteidigt ihr, die Nationalisten, die kapitalistische Ausbeutung. Damit beweist ihr, dass ihr nicht die Sachwalter der Nation, sondern nur die Sachwalter der besitzenden Klassen der Nation seid. Nur im Klassenkampf gegen Kapitalisten und Grundherren kann die Arbeiterklasse sich ein Dasein erringen, das sie, die Mehrheit der Nation, stark und gesund macht, das ihr, der Mehrheit unseres Volkes, das grosse Erbe der Nation zu eigen gibt. Nur die endliche Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, nur der Sozialismus, eint alle Volksgenossen zur vollen nationalen Kulturgemeinschaft. Aber der Klassenkampf gegen die Kapitalistenklasse kann nur in internationaler Gemeinschaft geführt werden. Denn die deutschen Arbeiter können nicht aufwärts ringen, solange die Arbeiter der anderen Nationen in Elend und Kulturlosigkeit verharren. Nur im internationalen Klassenkampf kann der Kapitalismus überwunden werden.

So haben wir die bürgerlichen Nationalisten beim Worte genommen. Wir haben bewiesen, dass ihre Politik nicht dem grossen dauernden Interesse der Nation, sondern nur den Klasseninteressen der besitzenden Klassen dient. Wir haben gezeigt, dass die wahre Grösse des deutschen Volkes — das heisst die Wohlfahrt der Volksmasse, die den Kern der deutschen Nation bildet, und die Durchdringung der deutschen Volksmassen mit den grossen Schätzen deutscher Wissenschaft und Kunst — nicht im nationalen Kampf gegen andere Völker erstritten werden kann, sondern nur im internationalen Klassenkampf der Arbeiter aller Nationen gegen das internationale Kapital.

Gegen diesen Gedankengang wendet sich Strasser. Er sagt: Wir sind Sozialdemokraten, weil wir den Klassenkampf des Proletariats führen. Der Berufung auf Macht und Grösse der Nation bedürfen wir nicht. Welches Interesse hat die deutsche Arbeiterklasse daran, dass die deutsche Nation gross und mächtig wird?

Strassers Argwohn gegen die Phrasen von der Macht und Grösse der Nation ist leicht zu begreifen. Allzuoft mussten diese Redewendungen Klasseninteressen decken,

die der Arbeiterklasse feindlich sind. Aber darum wäre es doch eine falsche und gefährliche Deutung des proletarischen Internationalismus, wenn wir seinen Sinn so auslegen wollten, dass er gleichgültig sei gegen Macht und Grösse der Nation. Wer recht verstehen will, was Macht und Grösse der Nation der Arbeiterklasse bedeuten, der muss erkennen, dass die Worte Macht und Grösse der Nation in verschiedenen Geschichtsepochen, im Munde verschiedener Klassen verschiedenes bedeuten.

In den Jahrzehnten von 1815 bis 1870 war das Ziel des deutschen Nationalismus die Bildung eines grossen deutschen Reiches. Ein grosses deutsches Reich — das war damals das Ziel derer, die von der Macht und Grösse des deutschen Volkes sprachen. An diesem Ziele hatte auch die Arbeiterklasse das stärkste Interesse. Denn die deutsche Kleinstaaterei hemmte die Entwicklung der Produktivkräfte. Die Zersplitterung Deutschlands machte den russischen Zarismus zum Herrn Europas. Damals standen Marx und Engels, Liebknecht und Bebel im ersten Treffen der Kämpfer für die grosse deutsche Republik. Auch sie sprachen damals von der Macht und Grösse der Nation.

Nach der Bildung des neuen deutschen Reiches gewannen die Redensarten von der Macht und Grösse der Nation einen anderen Sinn. Im Reich bedienen sich ihrer die Imperialisten. Die Erschliessung neuer Märkte und neuer Anlagegebiete für das deutsche Kapital, die Unterwerfung fremder Völker und Länder unter das Deutsche Reich — das ist ihnen heute die Bürgschaft der Macht und Grösse der Nation. An diesem Streben hat die Arbeiterklasse keinen Teil. Sie steht im Kampfe gegen den deutschen Imperialismus. Sie lässt sich von dem Gerede über Macht und Grösse der Nation nicht irreführen.

Wieder anderen Sinn hatten die Worte „Macht und Grösse der Nation“ in Oesterreich. Hier kämpfen die besitzenden Klassen von acht Nationen um den Anteil an der Macht. Jede von ihnen will die Volksmassen in ihren Dienst stellen, indem sie für ein Interesse der ganzen Nation ausgibt, was nur ein Interesse der nationalen Bourgeoisie ist. Darum antworten wir ihnen: Was ihr Macht und Grösse der Nation nennt, das ist nur eure, nur der Bourgeoisie Macht und Grösse. Wir suchen die Macht und die Grösse unseres Volkes nicht in der Macht des deutschen Kapitals, sondern in dem Wohlstand und der Kultur der Volksmasse, die das deutsche Volk bildet. Darum haben wir keinen Teil an euren Kämpfen um den Anteil an der Beute, die das Kapital der Arbeit abjagt; darum verbünden wir uns mit den Arbeitern der anderen Nationen, um uns vom Kapital keine Beute mehr abjagen zu lassen.

So sind die Worte „Macht und Grösse der Nation“ ein Werkzeug des Klassenkampfes geworden; wir haben sie nie anders gebraucht als um zu zeigen, dass das Proletariat Macht und Grösse der Nation an anderen Merkmalen werten, mit anderen Massen messen, mit anderen Mitteln erkämpfen müsse als die Bourgeoisie. Sie dienen uns als Mittel, die Allseitigkeit des Klassengegensatzes zu zeigen: zu beweisen, dass auch in den Dingen, die die Bourgeoisie als nationales Interesse, als gemeinsames Interesse aller Klassen der Nation hinstellt, die Politik des Proletariats entgegengesetzt ist der Politik der Bourgeoisie. Von Macht und Grösse der Nation sprachen wir, nicht um die Einheit der nationalen, sondern um die Gegensätzlichkeit der Klasseninteressen zu zeigen. In meiner Broschüre „Deutschum und Sozialdemokratie“ (Wien 1906), die diesen Gedankengang zuerst dargestellt hat, sagen schon die Ueberschriften, was wir meinen. Sie heissen: „Der Klassenkampf um die Grösse der Nation“ und „Der Klassenkampf um die Kultur der Nation“. Unsere Erörterung der Macht und Grösse der Nation ist Propaganda des internationalen Klassenkampfes!

* * *

Strasser gefällt unsere Propaganda des internationalen Klassenkampfes nicht. Wodurch will er sie ersetzen? Er sagt: Deutsche Fabrikanten ziehen tschechische Arbeiter ins Land. Deutsche Hausbesitzer verkaufen ihre Häuser Tschechen. Deutsche Bauern bevorzugen tschechische Dienstboten. Den besitzenden Klassen steht also ihr wirtschaftliches Interesse höher als ihr nationales Ideal. Warum sollte gerade die Arbeiterklasse die nationalen Interessen über ihre wirtschaftlichen Klasseninteressen stellen?

Ich fürchte, dass eine solche Beweisführung keinen deutschnationalen Arbeiter bekehren wird. Der redliche Deutschnationale wird ihr antworten: Wohlan, kämpfet mit mir gegen den nationalen Verrat der Bourgeoisie, der ihr Mammon teurer ist als das Wohl des deutschen Volkes! Aber der nationale Verrat der Bourgeoisie kann doch euch nicht entschuldigen, wenn auch euch die Sorge um Geld und Geldeswert höher steht als das grosse nationale Ideal, wenn auch ihr die Nation euren wirtschaftlichen Sonderinteressen opfert, wenn auch ihr die Zukunft eures Volkes um dreissig Silberlinge verkaufen wollt!

Strasser wird den Deutschnationalen antworten: Was kümmert mich die Nation? Das nationale Interesse bringt uns keine zehn Heller Lohnerhöhung! Aber dieses grob-materialistische „Wat koof ik mir davor?“ wird den nationalen Idealisten nicht überzeugen.

Die Nationen sind ein Produkt einer Jahrtausende alten Entwicklung. Seit einem Jahrhundert wecken die nationalen Kämpfe die stärksten Leidenschaften. Sie waren und sind Zehntausenden Lebensinhalt, Tausende sind für sie freudig in den Tod gegangen. Sie waren bald der Lebensquell, bald die Todesursache der gewaltigsten Revolutionen. Mit dem krämerhaften „Was habe ich davon?“ wird niemand von der mächtigen Wirkung dieser grossen Massenideologie befreit.

Wir können den Arbeiter gegen die Verführungen dieser Ideologie nur dadurch wappnen, dass wir in ihm eine Ideologie wecken und stärken, die noch stärker ist, noch grössere Begeisterung zu erwecken vermag als die Ideologie des Nationalismus.

Eine solche Ideologie war einmal die Ideologie der Menschheit, der Humanität. Sie schloss die Liebe zur eigenen Nation nicht aus; aber sie ordnete sie der Begeisterung für der Menschheit grosse Gegenstände unter. Ihr Gedanke war: höher als das Interesse des einzelnen steht das Interesse der Nation, höher als das Interesse der Nation die Sache der Menschheit. Jeder einzelne hat das Recht, für seine Interessen zu kämpfen; aber sein Egoismus soll eine Grenze finden am Interesse der Nation. Ihr muss er sein persönliches Sonderinteresse opfern. Ebenso hat jede Nation das Recht, für ihre Wohlfahrt zu sorgen; aber der Nationalismus soll eine Grenze finden an dem grossen gemeinsamen Interesse der Menschheit. Ihr muss jede Nation sich unterordnen, ihrem Gesamtinteresse ihr Sonderinteresse einfügen. Der Nationalismus verwehrt dem einzelnen nicht, für seine persönliche Wohlfahrt zu sorgen; er setzt nur diesem Rechte eine Grenze im Interesse der Nation. Ebenso verwehrt das Menschheitsideal der einzelnen Nation nicht, an ihrer Wohlfahrt zu arbeiten; es begrenzt dieses Recht nur, indem es jedem Volke auferlegt, seine besonderen nationalen Interessen unterzuordnen den Bedürfnissen der Entwicklung der Menschheit. Verwerflich wird der Egoismus nur, wo er den eigenen Gewinn über die Sache der Nation stellt; verwerflich wird der Nationalismus nur, wo er den Vorteil der einzelnen Nation über die Sache der Menschheit, über die Gebote der Menschlichkeit erhebt.

Aus dem alten bürgerlichen Humanitätsideal hat sich der proletarische Internationalismus entwickelt. Der Sozialismus hat uns gelehrt, dass der Klassenkampf der Hebel der Entwicklung der Menschheit ist. Wir haben erkannt, dass der Sieg des Proletariats die Voraussetzung ist zur Erhebung der Menschheit auf eine höhere Stufe der Entwicklung. Darum tritt nun an die Stelle des Ideals der Humanität das konkrete Klasseninteresse des Proletariats. Darum steht uns das Klasseninteresse des internationalen Proletariats über dem Sonderinteresse der einzelnen Nation, wie das Interesse der Nation über dem Sonderinteresse des einzelnen. Das Interesse der einzelnen Nation ist uns nicht gleichgültig, wir stehen ihrer Entwicklung nicht teilnahmslos gegenüber. Höher aber als das Interesse der einzelnen Nation steht uns das Klasseninteresse des gesamten Proletariats, weil nur der Sieg des Proletariats der Weg ist zu höherem Dasein der ganzen Menschheit, damit auch zu höherem Dasein der Nationen, in die sich die Menschheit gliedert.

Den Kapitalisten, der seinem Profit die Interessen der Nation preisgibt, darf uns Strasser nicht als leuchtendes Beispiel vorhalten. Wir bekämpfen den Mann, dem sein individuelles Interesse höher steht als das Interesse der Nation. Aber ganz ebenso be-

kämpfen wir auch die Nation, der ihr nationales Sonderinteresse höher steht als das Interesse der Entwicklung der ganzen Arbeiterklasse, deren Sieg allein zur Befreiung der ganzen leidenden Menschheit führt.

Dieser Internationalismus ist nicht Gleichgültigkeit für das Schicksal der Nation. Wie jeder einzelne das Recht hat, für seine eigene Wohlfahrt zu sorgen, soweit er nur innerhalb der Grenzen bleibt, die die gemeinsame Sache der ganzen Nation ihm setzt, so soll auch jede Nation an ihrer eigenen Entwicklung arbeiten, sofern sie nur die Grenzen nicht überschreitet, die allem nationalen Egoismus das Interesse der Menschheit setzt, das sich heute zum Klasseninteresse des Arbeitervolkes verdichtet.

Nicht aus der Krämerfrage, ob denn der Nationalismus dem lumpigen Individuum ein paar Heller mehr Lohn eintrage, schöpfen wir unsere internationale Ueberzeugung; wir schöpfen sie aus der Begeisterung für den grossen Weltenbund der Arbeiterklasse, der heute die Sache der Menschheit und darum die Sache aller Nationen führt.

Strasser will den Nationalismus bekämpfen, indem er vom heissen Gefühl an den kühl rechnenden Verstand appelliert. Aber der Macht ererbter Gefühle, die der Niederschlag eines Jahrhunderts weltgeschichtlicher Stürme sind, ist die Krämerweisheit, die nur mit Kronen und Hellern rechnet, nicht gewachsen. Die sieghafte Kraft des Internationalismus sprosst aus stärkeren Wurzeln. Sie treibt aus dem heiligen Glauben der Arbeiterklasse, dass ihre Befreiung die Befreiung der Menschheit, ihr Sonderinteresse das wahre Gemeininteresse aller einzelnen und aller Völker ist.

* * *

Strassers Kritik wendet sich gegen unsere theoretische Auffassung. Nur an zwei Stellen greift er die praktische Betätigung unserer Ansichten an.

Zunächst meint er, die Gliederung, die der Parteitag von 1897 der österreichischen Sozialdemokratie gegeben hat, sei verfehlt, sie sei die Wurzel des Separatismus. War die nationale Autonomie in der Partei notwendig, dann auch in den Gewerkschaften. Ein Schluss, den die Separatisten gerne unterschreiben werden.

Nehmen wir beispielsweise unsere polnischen Genossen. Wer entscheiden will über ihre Politik, muss die soziale Gliederung Galiziens, die Geschichte des polnischen Volkes, die Traditionen der polnischen Volksmassen, die Entwicklung der polnischen bürgerlichen Parteien genau kennen. Er muss seit Jahren polnische Zeitungen, bürgerliche und Arbeiterblätter, täglich lesen. Wer nicht so genaue Kenntnis erworben hat, kann nicht die Politik der polnischen Sozialdemokratie leiten. Er kann ja die Tragweite keiner Entschliessung, die Wirkung keines Zeitungsartikels und keines Flugblattes beurteilen, wenn er den Kampfboden nicht genau kennt. Wie viele deutsche und tschechische Genossen gibt es, die unsere polnischen Arbeiterblätter kontrollieren, den Einfluss unserer Politik auf die polnischen Arbeiter beobachten könnten? Wie viele, die auch nur der polnischen Sprache mächtig sind? Wie wäre es also möglich, dass die Leitung der polnischen Arbeiterpolitik in Wien von einer Parteivertretung, in der deutsche und tschechische Vertrauensmänner die Mehrheit bildeten, besorgt würde? Darum war es notwendig, den Polen innerhalb der Partei Autonomie zu gewähren.

Ganz anders in den Gewerkschaften. Sie haben nicht gegen Parteien, Ideologien, Traditionen zu kämpfen. Der Kampf um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit ist in Galizien derselbe wie in Tirol. Hier ist die nationale Autonomie nicht notwendig; hier schadet sie, ohne nützen zu können. Dass sie und warum sie hier viel mehr schadet als dort, ist oft genug gezeigt worden.

Gewiss wollen auch wir eine internationale Partei. Aber die nationale Autonomie innerhalb dieser Partei ist unentbehrlich.

Ebenso falsch ist Strassers Kritik an der Erklärung unserer Reichsratsfraktion, in der gefordert wurde, dass für das deutsche Gebiet deutsche, für das tschechische Gebiet tschechische Beamte ernannt werden sollen. Strasser sagt: Wir können den deutschen Handarbeitern nicht die Arbeitsstellen im deutschen Sprachgebiet vorbehalten; warum sollen wir für die deutschen Spracharbeiter fordern, was für die Handarbeiter zu fordern unmöglich ist?

Aber die Frage der Besetzung der Aemter darf nicht vom Standpunkt der Beamten, sie muss vom Standpunkt der Völker, deren Angelegenheiten die Behörden verwalten, beurteilt werden.

Nun ist es gewiss, dass jedes Volk in Oesterreich wünscht, dass seine Aemter seinen Volksgenossen vorbehalten werden. Ob man dies nun bedauert oder nicht: das Staatsbewusstsein ist in Oesterreich sehr schwach, das Nationalbewusstsein desto stärker. Die Deutschen sehen die Tschechen als Fremde an. Wie jeder Staat nur seine Staatsbürger zu seinen Aemtern zulässt, so wünscht in Oesterreich jede Nation, dass zu ihren Aemtern nur ihre Nationsbürger, ihre Volksgenossen zugelassen werden. Töricht oder nicht — das ist der Wunsch aller Nationen.

Diesem Interesse der Völker widersetzen sich die „Spracharbeiter“. Sie wollen ihren Arbeitsmarkt erweitern, ihre Beförderungsaussichten verbessern. Die tschechischen Beamten wollen auch zu den deutschen Aemtern, die deutschen Beamten auch zu den Beamtenstellen in slawischen Städten zugelassen werden.

Unsere Reichsratsfraktion hatte also zu entscheiden zwischen den Wünschen der Volksmasse nach konnationalen Beamten und den Sonderwünschen der Beamten nach Ausdehnung ihres Arbeitsmarktes. Konnte sie anders entscheiden, als sie entschieden hat?

Wir fordern die Umgestaltung Oesterreichs in einen Nationalitätenbundesstaat. Jede Nation soll innerhalb des Bundesstaates ihr besonderes staatliches Dasein führen — wie innerhalb des Deutschen Reiches Preussen, Bayern, Sachsen besondere Staaten sind. Wird dies verwirklicht, dann tritt neben die Staatsbürgerschaft die Nationsbürgerschaft — wie im Reich neben der deutschen Reichsbürgerschaft die preussische, bayerische, sächsische Staatsbürgerschaft besteht. Und wie im Reich jeder Staat seine Beamtenstellen seinen Staatsbürgern vorbehält, wird dann wohl auch hier jede organisierte Nation ihre Beamtenstellen ihren Nationsbürgern vorbehalten. Was natürlich nicht ausschliesst, dass sie ausnahmsweise Angehörige eines anderen Volkes zu einem Amt beruft, wie auch Staaten zuweilen Bürger anderer Staaten berufen, um ihnen Amtsstellen zu übertragen.

Strasser sagt: Was kümmert es dich, welcher Nationalität ein Beamter ist? So ähnlich sprachen die Bach und Schwarzenberg auch. Mit dieser Begründung schickten sie die deutschen Bach-Husaren nach Ungarn und Galizien. Man sollte den proletarischen Internationalismus nicht mit dem altösterreichischen absolutistisch-bureaukratischen Zentralismus verwechseln!

* * *

Strassers Broschüre ist gemeinverständlich und witzig geschrieben. [Sie fordert zum Widerspruch heraus; aber gerade dadurch regt sie zum Denken an. So wird auch sie zur Entwicklung und Vertiefung unserer Ansichten über die nationalen Fragen beitragen. Und dass sie im Kampf gegen den Nationalismus sehr oft über das Ziel schießt, ist uns immer noch lieber als feige Nachgiebigkeit an nationalistische Verlockungen.

Trotzdem halten wir die Tendenz, die sich in dieser Broschüre ankündigt, für nicht ungefährlich. Die Uebertreibung stösst ab; sie stösst ins Gegenteil. Der Internationalismus darf nicht der Verständnislosigkeit für die geschichtliche Bedeutung der Nationen und der nationalen Kämpfe schuldig werden, wenn er nicht so manchen dem Nationalismus in die Arme treiben will. Der historische Materialismus, der jede grosse Massenbewegung historisch begreift, darf nicht mit krämerhaftem Utilitarismus verwechselt werden.

Gerade jetzt ist der Kampf gegen den nationalen Separatismus eine unserer wichtigsten Aufgaben. Es ist unklug, unsere Kraft in diesem Kampfe zu zersplittern, indem man uns zwingt, nach zwei Fronten zugleich zu kämpfen. Manche Arbeiter werden verwirrt, wenn wir zugleich gegen die Ueberschätzung und gegen die Unterschätzung des Nationalen, gegen die Verwischung und gegen die Uebertreibung des Internationalismus Krieg führen müssen. Der nationale Revisionismus innerhalb der deutschen Partei ist heute ungefährlich; der Angriff des Separatismus hat allen deutschen Genossen die Notwendigkeit festen Beharrens auf der internationalen Grundlage unserer Partei anschaulich demonstriert. Der nationale Separatismus ist heute der Feind. Zum Kampf gegen ihn müssen heute alle Kräfte vereinigt werden.

Ignaz Daszynski: Galizische Parteifragen

Mit sehr gemischten Gefühlen greife ich zur Feder. Auf alle Ausfälle der ruthenischen Separatisten habe ich bisher mit Schweigen geantwortet, obwohl sie mich persönlich für das und jenes verantwortlich machten und die Wahrheit unbarmherzig verdrehten. Ich habe ein ganzes Jahr lang nicht zugelassen, dass von polnischer Seite auf die wilden Angriffe des Genossen Batschinskyj auf uns und auf die besten Leute aus der Ukrainischen Sozialdemokratie auch nur mit einem Worte geantwortet werde. Der letzte Ukrainische Kongress in Lemberg hat die Broschüre Batschinskyjs verurteilt. Darin sieht nun Batschinskyj die verschmutzteste „polnische Intrige“.... Dem Manne ist nicht zu helfen.

Jetzt aber beginnt sich diese ganze unleidliche Polemik in die deutsche Parteipresse zu verpflanzen und es werden dem deutschen Publikum Dinge erzählt, die in Galizien nur Gelächter auszulösen imstande sind, Dinge aber, die in den Gemütern der deutschen Genossen ein vollständig falsches Bild über die Verhältnisse in Ostgalizien hervorrufen könnten. Und die deutsche Parteipresse ist oft die einzige Quelle der Information für die Internationale. Da kann ich nicht länger schweigen.

Ich bin selbstverständlich weit entfernt davon, die internen ruthenischen Parteiverhältnisse hier zu besprechen; ich will mich auf das Verhältnis der ruthenischen Parteien zu der „Polnischen Sozialdemokratischen Partei“ (P. P. S. D.) und die allgemeinen Existenzbedingungen der sozialdemokratischen Parteibewegung in Ostgalizien beschränken. Ich will noch bemerken, dass ich die ruthenische und die russische Sprache beherrschte und jahrzehntelang in Ostgalizien wohnte.

Vor allem muss ich erklären, dass Genosse Otto Bauer im Streite mit den ruthenischen Genossen Lewinskyj und Batschinskyj über die sozialen Verhältnisse in Ostgalizien fast zur Gänze im Rechte ist und dass die ruthenischen Separatisten nicht imstande sind, sich über die Hauptbedingungen der Existenz und der Entwicklung ihrer Volksmasse klare Rechnung zu geben.

Genosse Bauer behauptet („Der Kampf“, Jänner 1912), dass unter den Ruthenen in Oesterreich „noch die Basis eines organisierbaren industriellen Proletariats“ fehle, und verweist auf die statistischen Zahlen aus der Volkszählung 1900. Und diese Zahlen sind klar genug. 93·3 Prozent der ruthenischen Bevölkerung ernährten sich von der Land- und Forstwirtschaft, 2·5 Prozent bloss waren im Gewerbe und in der Industrie, 1·7 Prozent im Handel und Verkehrswesen. „Das gesamte industrielle Proletariat der ruthenischen Nation zählt also nicht mehr als 30.000 Köpfe.“ Bauer weist dann hin auf die Zersplitterung dieses Proletariats, indem zum Beispiel den 13.198 Arbeitern im Gewerbe und in der Industrie nicht weniger als 11.784 Selbständige gegenüberstehen.

Es bleibt also nach Bauer den ruthenischen Sozialdemokraten die Bauernmasse als das einzige Gebiet für eine Arbeit in grösserem Stile. Der ruthenische Bauer führt noch eine Naturalwirtschaft, er produziert vor allem für seinen eigenen Konsum und das nötige Geld bekommt er als Lohnarbeiter auf dem fremdnationalen Gutshof, den er hasst und dem er misstraut. Dieser Kleinbauer und Lohnarbeiter zugleich ist dem polnischen Latifundium gegenüber im jahrhundertelangen Kampfe um „Wald und Wiese“, Weide und Wasser und deshalb der sozialdemokratischen Agitation zugänglich.

Dazu gesellt sich die ukrainische Intelligenz, die gegen das Vernichtungsregime der russischen Regierung revoltiert, und weil die Intelligenzler Revolutionäre sind, nennen sie sich gerne Sozialdemokraten.

Dies — nach Bauer — die Hauptzüge des ruthenischen Sozialismus. Gegen die Auffassung Bauers rücken beide Führer des ruthenischen Separatismus in heftigster Weise heraus.

Der eine, Batschinskyj, hat zu diesem Zwecke eine ganze Broschüre geschrieben, betitelt: „Ein Stück publizistischer Gewissenlosigkeit!“ Er beschimpft dort den Genossen Bauer so unflätig und so unsinnig zugleich, dass es sogar der Zeit-

schrift „Nasch Holos“ — wo Batschinskyj Mitredakteur ist — zu bunt war und seine Redaktionskollegen Lewinskyj und Temnitzkyj gegen die „Unkultur“ der Batschinskyjschen Schreibweise Protest einlegten und den Druck des Artikels verweigerten. Woraus dann die Broschüre wurde, die um so gemeiner ausschaut, da Batschinskyj die Zensurzeichen, die seine Kollegen im Manuskript machten, beibehält! Auf diese Weise lesen wir dort die ordinären Beschimpfungen in Klammern wiedergegeben, Beschimpfungen, welche Batschinskyj so teuer und wichtig waren, dass er sie — gegen den Rat seiner innigsten Freunde — wiedergibt. Da wird Genosse Bauer als ein einseitiger, naiver, beschränkter Monomane dargestellt, der phantastisch, unvorsichtig, oberflächlich und leichtsinnig genug sei, über etwas zu schreiben, wovon er keine Ahnung habe!

Wenn wir aber über diese kindischen Beschimpfungen zu den Gedankengängen Batschinskyjs übergehen, so ergibt sich ein so vollständiger Mangel an irgendwelchen Argumenten, die den Behauptungen des Genossen Bauer irgendwie standhalten könnten, dass man über die Unverfrorenheit des separatistischen Genossen staunen muss.

Batschinskyj bekämpft „die Unwissenheit und Blindheit“ Bauers damit, dass die Volkszählung vom Jahre 1900 gefälscht worden sei. Er bemüht sich aber nicht mit einem Federstrich darzulegen, in welchem Masse die Volkszählung gefälscht wurde, speziell die Zählung der ruthenischen industriellen Arbeiterschaft. Jetzt nach zwölf Jahren bleibt ihm nichts übrig, als zu schimpfen.

Die Behauptung Bauers, dass die ruthenische Arbeiterschaft zersplittert ist, nennt Batschinskyj eine „Naivetät“ und weist hin auf die Eisenbahnen, Tabakfabriken und Salinen, wo die ruthenischen Arbeiter angeblich in hellen Massen angestellt sein sollen. Wir werden noch sehen, was daran wahr ist.

Der zweite Bekämpfer Bauers, Lewinskyj, hat sich eine andere Methode zurechtgelegt. Er spricht mit keinem Worte von der gefälschten Volkszählung 1900, was ja charakteristisch für das Gewicht des Batschinskyjschen Arguments ist, ja, er gibt zu, dass noch „vor fünf Jahren man bei uns (das ist in Ostgalizien) von einer ukrainischen Arbeiterklasse als von einer bestimmten sozialen Schicht nicht sprechen konnte“. Aber seit dem Jahre 1907 ist diese Arbeiterklasse — nach Lewinskyj — entstanden! Nun muss man berücksichtigen, dass die Jahre nach 1907 bekanntermassen eine Zeit der wirtschaftlichen Depression waren, wo oft die bodenständige Arbeiterschaft ihre Arbeit verliert und teilweise auswandert, wo aber keinesfalls Tausende von Bauernsöhnen Platz in den Fabriken und Werkstätten finden können. Aber Lewinskyj kümmert sich um solche Kleinigkeiten gar nicht und gibt bloss an, dass das allgemeine Wahlrecht das ruthenische Kleinbürgertum auf die Füße gestellt hatte, was bei Lewinskyj das Entscheidende war, um auch die ruthenische Sozialdemokratie selbständig zu machen.

Es ist möglich, dass bei beiden ruthenischen Genossen die in dem letzten Jahrzehnt zunehmende Auswanderung der bäuerlichen Bevölkerung nach Amerika und Preussen (wo die Ruthenen gegen die Polen aus politischen Gründen bevorzugt werden) als Proletarisierung eingeschätzt wurde. Aber jeder Sachkenner wird zugestehen müssen, dass dieser Auswanderungsprozess eher geeignet ist, den bäuerlichen Besitz in Ostgalizien zu stärken, nicht aber ihn zu schwächen.

Wir überlassen der milden Einsicht eines jeden, zu beurteilen, ob in einem fast rein bäuerlichen Milieu in fünf Jahren einer ziemlich schwachen Konjunktur bei dem Fehlen irgendwelcher Industrie die Zahl der industriellen ruthenischen Arbeiterschaft irgendwie beträchtlich wachsen konnte, geschweige in einem Masse, dass die Behauptungen Bauers als „Blindheit“, „Unwissenheit“, „Naivetät“ erscheinen könnten!

Einer von den ruthenischen Polemisten nennt aber dabei eine Ziffer der organisierten ruthenischen Genossen; es sind das 124 organisierte Arbeiter der Tabakarbeiterbranche. Gleich hier will ich bemerken, dass für diese 124 Arbeiter ein ruthenisches Fachblatt von der Gewerkschaft herausgegeben wird! Bitte mir ein Land auf dem Erdenrund zu zeigen, wo für eine solche Zahl organisierter Arbeiter ein besonderes Blatt herausgegeben würde!

Genosse Batschinskyj spricht von Eisenbahnern und Salinenarbeitern. Nun, auch für etwa 300 ruthenische Eisenbahner wird ein ruthenisches Blatt herausgegeben!

Die Salinenarbeiter haben kein Blatt, weil auch die polnische überwiegende Majorität der Salinenarbeiter keines hat.

Ich erkläre aber sogleich, dass, wenn die Gewerkschaftskommission beschliessen sollte, auch für 50 ruthenische organisierte Arbeiter im gegebenen Falle ein Fachblatt herauszugeben, kein einziger polnischer Arbeiter etwas dagegen haben wird. Nur sollen solche Gründungen doch nicht auf die noch schwachen Schultern der polnischen Arbeiterschaft fallen!

Auf 20.000 gewerkschaftlich Organisierte in Galizien rechnet Genosse Lewinskyj 2500 Ruthenen, wobei aber nur die einzige Ziffer — 124 Tabakarbeiter — sicher ist! Ich will mit ihm darüber nicht feilschen und gebe hypothetisch diese Ziffer zu. Aber ich frage: Sind diese 2500 armen ruthenischen Arbeiter eine geeignete Grundlage, um zwei hadernde Parteien auf ihren Rücken zu tragen? Zwei feindliche ruthenische sozialdemokratische Parteien mit zwei Exekutivkomitees, mit besonderen Bezirksorganisationen und Lokalkomitees und zwei Pressorganen, von denen keines mehr als tausend Abnehmer haben kann?

Doch, kehren wir zu der weiteren Polemik der beiden Genossen gegen Bauer zurück.

Batschinskyj widerlegt die Behauptungen Bauers über die Naturalwirtschaft der ruthenischen Bauern als vollständig veraltet: „Vielleicht vor 30 bis 40 Jahren durfte man so schreiben“. Warum? Weil der ruthenische Bauer jetzt angeblich grossartig organisiert ist, weil überall Spar- und Kreditvereine, Wirtschaftsvereine, Viehverwertungsvereine und so weiter aus dem Boden wachsen, was wieder Lewinskyj den Anlass gibt, über die Machtstellung des ruthenischen Kleinbürgertums seine Betrachtungen zu machen.

Wer aber die ökonomische Struktur des ruthenischen Dorfes genauer kennt, der wird wissen, dass Bauer leider noch immer im Recht ist. Nur eine winzig kleine Minderheit der ruthenischen Bauern nimmt teil an allen diesen Herrlichkeiten des Aufschwunges, der, aus der verhältnismässig armseligen Genossenschaftsbewegung entstanden, die Augen der beiden ruthenischen Genossen blendete. Aber selbst Lewinskyj muss zugestehen, dass „das Landvolk, dieses Fundament des ukrainischen Volkes, einerseits immer stärkerer Proletarisierung unterliegt, anderseits eine Masse mittlerer und kleiner Schichten ausbildet“.

Die ökonomische Struktur des ruthenischen Dorfes weist kaum fünf Prozent Bauernwirtschaften auf, die überhaupt imstande sind, sich selbständig zu erhalten. Die übrigen Bauern sind Besitzer von so winzigen Landstücken, dass sie auf Lohnarbeit angewiesen sein müssen, um nicht Hungers zu sterben. Aber auch die „Reicheren“ sind vom Gutshofe sehr abhängig, da die Bauern keinen Wald und kein genügendes Weideland besitzen.

Von einer nennenswerten Industrie ist aber in Ostgalizien keine Rede. Bei der Petroleumindustrie sind zu vier Fünftel polnische Arbeiter beschäftigt. Die Ruthenen finden bloss bei Erdwachsgruben in grösserer Zahl Beschäftigung.

Der Bauer „pfeift auf den Gutshof“, glaubt Batschinskyj, aber dieses Pfeifen geschieht oft „auf dem letzten Loche“, weil der ruthenische Bauer noch immer in überwiegender Mehrheit in vollster Abhängigkeit von diesem Gutshofe ist, besonders in Ostgalizien, wo der Grossgrundbesitz am wenigsten von der Parzellierung heimgesucht wurde. Während es in Westgalizien Bezirke gibt, wo von den früheren hundert Grossgrundbesitzern nur noch 8 bis 10 geblieben sind und die übrigen von den Bauern und von den Latifundien ausgekauft wurden, behauptet sich der Grossgrundbesitz in Ostgalizien sehr fest und zähe.

Dieser teilweise Aufschwung der ruthenischen Bauernschaft war gerade in der Zeit des allgemeinen Wahlrechtes gekommen, er äusserte sich in einer nationalen Bewegung, die nun ganz anders geartet ist, als die armselige Bewegung unter dem Kurienwahlrechte. Die Intelligenzler, Advokaten, Priester und Redakteure bemächtigten sich dieser aufsteigenden Bewegung der besser gestellten Bauernschaft, der Nationalismus begann seine Orgien zu feiern. Die ruthenischen bürgerlichen Blätter wurden zu Kopien der polnischen und tschechischen Jingo-Blätter. Hier muss man auch die Entstehung des Separatismus suchen. Die Separatisten wollten sich nicht überschreien lassen und wenn sie selbst nicht

kandidierten, — oft wegen ihrer Jugend — so gingen sie wenigstens aufs Land, um für die „nationalen“ Bürgerlichen zu agitieren! Und was war da für eine Plattform? Natürlich: Nieder mit den Polen!

So sind sie in den letzten Jahren aufgewachsen und als ich in Lemberg den Genossen Lewinskyj fragte: — „Also sagen Sie mir einmal, was Sie von uns wollen?“ lachte er mich aus und schrieb nachher von dieser meiner Frage als von einer Verhöhnung. Er verlor sein ruhiges Blut schon bei der Stellung einer solchen Frage durch einen polnischen Sozialdemokraten.

Aber ich wiederhole diese Frage noch heute und bin bereit, alle Wünsche der ruthenischen Separatisten mit dem grössten Wohlwollen zu erörtern und sie zu erfüllen, wenn ihre Erfüllung in dem Bereiche der Möglichkeit liegt. Und alle polnischen Genossen werden in allen diesen Fragen dasselbe tun.

Nicht aus den Arbeiterkreisen stammen die Tollheiten der Separatisten, sondern aus den Kreisen der „Intelligenz“, die nach dem Schusse Siczynskis in eine Art nationalistischer Verzückung geraten ist. Nun, ich war der erste, der den Siczynski nicht blindlings verurteilte und unsere Partei, die P. P. S. D., war die erste, die den Antrag auf Gründung einer ruthenischen Universität im Parlamente stellte, noch bevor ihn der Ruthenenklub gestellt hatte. Was sollen wir denn mehr machen?

Was die Gründung der ruthenischen sozialdemokratischen Partei anbelangt, so muss ich feststellen, dass ich auf unserem Parteitag 1897 in Lemberg — wo auch die ruthenischen Genossen vertreten waren — den Antrag stellte, eine solche Partei zu gründen. Die Ruthenen beschworen mich aber damals, von meinem Antrag abzustehen, was ihnen nach langen Debatten endlich gelungen ist. Zwei Jahre nachher wurde sie gegründet und seit Jahren kamen die ruthenischen Genossen in Lemberg regelmässig zu den Sitzungen des Lokalkomitees der P. P. S. D., ja ein ruthenischer Genosse, ein Führer der Ruthenen, wurde Jahre lang immer wieder zum Obmann des polnischen Lokalkomitees gewählt! Das aber forderte bei den Separatisten Rache!... Unsere Versammlungen, Demonstrationen, 1. Mai-Versammlungen in Ostgalizien wählen immer auch einen ruthenischen Vorsitzenden und immer ist dort Platz für einen ruthenischen Referenten, wenn auch manchmal kein ruthenisches Publikum vorhanden ist. Wollen aber ruthenische Genossen separate Versammlungen abhalten, so haben wir auch dagegen gar nichts einzuwenden.

Feiern wir aber eine „Grunwaldfeier“ — beschlossen ausdrücklich als Protest gegen Junker- und Polizeiwirtschaft in Preussen, welches vier Millionen Polen entnationalisieren will — so ersuchen wir keinen ruthenischen Genossen, dass er mit uns demonstriere; wir werden ihn genau so achten, wenn er zu Hause bleibt. Melden sich aber die ruthenischen Genossen selbst, und wollen sie mit uns demonstrieren, so werden wir sie doch nicht wegzagen, sondern als beste Freunde willkommen heissen!

Auch wollen die polnischen Genossen keine Ukraina und kein Lithauen für den künftigen „polnischen Staat“ erobern. In der ganzen Geschichte und Literatur der P. P. S. D. wird niemand ein Wort finden können über die Aberkennung des vollsten Selbstbestimmungsrechtes für die Ruthenen dies- und jenseits der Grenze.

Was die ruthenischen Separatisten aber am meisten ärgert, ist der Umstand, dass die ruthenischen Sozialdemokraten eine „unabhängige Ukraina“ neben dem „unabhängigen Polen“ wollen, dass sie sich als Feinde des Zarentums zugleich auch als natürliche Freunde und Verbündete der polnischen Revolutionäre erklären. Sie bekämpfen deshalb unnachtsichtig jede Anwandlung des Russophilismus bei den bürgerlichen Chauvinisten.

Zu diesem Punkte möchte ich bemerken, dass Genosse Bauer die Bedeutung der ukrainischen Intelligenz — der Intelligenz aus der russischen Ukraina — für die ruthenische Bewegung in Galizien in den laufenden Jahren überschätzte. Es war früher einmal so und wird wahrscheinlich in der Zukunft so sein. Jetzt aber ist diese Intelligenz gar nicht zahlreich und übt fast gar keinen Einfluss aus. Ueberhaupt ist die politische Orientierung bei dieser ukrainischen Intelligenz sehr konfus. Nur die Genossen in Galizien, wie Nikolaus Hankiewycz und andere, sind entschiedene An-

hänger der unabhängigen Ukraina, die Separatisten sind bloss für eine Autonomie, deren Grenzen sie aber niemals festzulegen versuchten. In der Ukraina selbst ist die Fluktuation verschiedener Intelligenzschichten eine ständige. Vor nicht langer Zeit waren die meisten von ihnen Mitglieder der russischen Sozialdemokratie, jetzt sind sie in grösserer Zahl dort nicht zu finden, besonders in der Ukraina selbst. Aber in einigen Jahren, wenn die ruthenische Universität in Galizien gegründet sein wird, wird wahrscheinlich Bauer Recht behalten.

Es ist also im grossen und ganzen den beiden ruthenischen Genossen nicht gelungen, die Hauptausführungen Bauers zu entkräften. Tatsache bleibt es, dass der Prozentsatz der industriellen Arbeiterschaft im ruthenischen Volke ein äusserst geringer ist, dass aber das ruthenische Dorf ausgiebig „proletarisiert“ wird. Die „Proletarisierung“ der ruthenischen Bauern ist eigentlich ein Pauperisierungsprozess. Nach Professor Bujak hat Galizien über eine Million „der überflüssigen Arbeitshände“, wovon die Grosszahl auf Ostgalizien entfällt. Es ist ein Hinsiechen der Masse, die auf dem Lande keine genügende Beschäftigung findet, noch nicht auswanderte und in der Industrie nicht tätig sein kann, da keine Industrie im Lande vorhanden ist. Daraus folgt, dass vorläufig die Agitation und Organisation auf dem flachen Lande zu den Hauptaufgaben der ruthenischen Genossen gehören sollten. Diese Agitation ist aber ohne städtische Bewegungszentren nicht denkbar und so müssen ruthenische Genossen in den Städten „Sammelplätze“ haben. Eine Unterscheidung zwischen „Arbeiter-sozialismus“ der einen und „Bauernsozialismus“ der anderen hat keinen Sinn.

Die traurigen, niederschmetternden Zahlen der Stimmen, die auf die ruthenischen sozialdemokratischen Kandidaten bei den letzten Wahlen fielen, sollten doch alle zur Besinnung bringen!

Noch einmal, wir polnischen Sozialdemokraten sind gerne bereit, jede Forderung der ruthenischen Genossen mit den Gefühlen der Freundschaft und der internationalen Solidarität zu prüfen, nur möge man von uns nicht verlangen, dass wir diejenigen ruthenischen Freunde und Genossen, die mit uns seit Jahrzehnten arbeiteten und die schwersten Kämpfe in Galizien Schulter an Schulter mit uns auskämpften, dass wir diejenigen ruthenischen Sozialdemokraten, die der Internationale treu bleiben und keine nationale Hetze betreiben, im Stiche lassen.

Wir behandeln die Separatisten weder gut noch schlecht, weil wir meistens keine Notiz von ihnen nehmen. Wenn wir gezwungen sind, unsere eigenen Parteikreise über ihr Treiben zu informieren, tun wir das so selten wie es nur möglich ist. Wenn die Separatisten nicht imstande sind, irgendwelche positive Frage der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Lande mit uns gemeinsam zu besprechen, bringt es uns keinen Nutzen, mit ihnen zu diskutieren.

Mit der „Ukrainischen sozialdemokratischen Partei“ leben wir in freundschaftlicher Eintracht und wollen diese Eintracht und Solidarität weiter pflegen.

Herm. Diamand: Die Liebesgaben in Oesterreich

Im nächsten Jahre schliessen die Liebesgaben für die Spiritusbrenner ein Vierteljahrhundert ihres Bestehens. Die Geschenke, die der Staat den Grossgrundbesitzern im Laufe dieser Zeit gemacht hat, kosten den Steuerträgern eine Milliarde Kronen. Unsere Zinsenlast würde um 40 Millionen jährlich weniger betragen, hätte der „eiserne Ring“ im Jahre 1888 den Spiritusbrennern ihr Privileg auf Steuerentziehung einfach genommen, statt sie mit einer vom Staate an die Steuerhinterzieher zu leistenden Abgabe abzulösen. Trotz allen Wandlungen, die das politische Leben in Oesterreich durchgemacht hat, blieben die Spirituskontingentprämien, landwirtschaftlichen Bonifikationen, Exportprämien u. s. w. aufrecht, erst dem Parlamente des allgemeinen Wahlrechtes war es vorbehalten, einen ernsten Kampf gegen diese widersinnige Verschwendung von Staatsgeldern aufzunehmen. Unser erster Vorstoss im Jahre 1908 bei der Genehmigung eines neuen Kontingentverteilungsgesetzes begegnete allgemeiner Skepsis, während die

Debatte und Abstimmungen über die Vorschläge des Teuerungsausschusses in diesem Jahre zeigten, dass es den meisten Parteien bereits an Mut gebricht, sich für die schmarotzenden Grossgrundbesitzer einzusetzen.

Die breite Oeffentlichkeit hat wenig Einsicht in die Einzelheiten der Liebesgabenwirtschaft, deren Kenntniss als eine Art Geheimwissenschaft gilt, während die Regierung und die Interessenten das mystische Dunkel möglichst lange aufrecht zu erhalten suchen. Nur so kann es gelingen, der Legende von der unbedingten Abhängigkeit der Prosperität unserer Landwirtschaft von Kontingentprämie und Bonifikation Gläubige zu erhalten, die Bauern in der Suggestion der „agrarischen Interessengemeinschaft“ festzuhalten und ihre Führer in das Schlepptau junkerlicher Interessen zu spannen. Schon in der Debatte im Jahre 1888 suchte man durch Vorschützung der Förderung bäuerlicher Genossenschaften die Aufmerksamkeit von den Junkern abzulenken, der den Bauern hingeworfene Brosamen soll den Klassencharakter der Liebesgaben verhüllen und das Bauernaufgebot für die Sache der Grossgrundbesitzer gewinnen. Das gleiche Argument wird bis in die neueste Zeit erfolgreich angewendet. Tschechische Bauernführer stellten sich vor die in die Schutzmauer der Liebesgaben geschlagene Bresche und sicherten der Kontingentverteilung für das Jahr 1911 bis 1912 die sonst zweifelhafte Majorität.

Die hauptsächlichen Liebesgaben für die Spiritusproduzenten in Oesterreich werden in drei Formen gewährt: Als Kontingentprämie, als landwirtschaftliche Bonifikation und als Ausfuhrbonifikation. Die Steuerstundung und das an ihre Stelle tretende Skonto bleiben hier unbesprochen.

Vor dem Jahre 1888 wurde die Steuer pauschaliert, die Spiritusproduzenten suchten nun ihre Produktion auf ein Vielfaches des pauschalierten Quantum zu erhöhen, was eine sogenannte bedeutende Steuerersparnis, aber auch eine Verschleuderung des Rohproduktes infolge übereilter Erzeugung, wie auch eine Ueberproduktion verursachte. Der damalige Finanzminister Dunajewski sah sich genötigt, bei der durchgeführten grossen Steuererhöhung dem Pauschalierungssystem ein Ende zu bereiten und die Ueberproduktion einzuschränken. Zu diesem Ende wurde für ein dem Trinkkonsum entsprechendes, auf die einzelnen Brennereien nach der damaligen Produktion verteiltes Quantum eine Prämie in Form eines Steuernachlasses von 20 K für einen Hektoliter reinen Spiritus gewährt. Dies ist die Kontingentprämie. Die Grossgrundbesitzer fanden aber ihre Steuerhinterziehungen, die sogenannten „Ersparnisse“, nicht gehörig eingeschätzt; es wurde eine Kommission eingesetzt, welche den Mittelweg einschlug und die Steuerentziehung mit 100 Prozent der pauschalierten Steuer bemass.

Die landwirtschaftliche Bonifikation sollte den Grossgrundbesitzern den Unterschied zwischen ihren Produktionskosten und denen der Industriellen ersetzen. Es wurde eine Prämie für die zurückgebliebene Produktionsform statuiert, der Landwirtschaft der Sporn zur Verbesserung und Verbilligung ihrer Produktionsweise genommen. Da die grösseren landwirtschaftlichen Brennereien billiger arbeiten als die kleinen, wurde die Bonifikation dementsprechend abgestuft. Die landwirtschaftliche Bonifikation kam nur den Landwirten zugute, sie beschränkte sich aber nicht auf das kontingentierte Quantum, sie umfasst die ganze Produktion, auch das sogenannte Exkontingent. Die landwirtschaftliche Bonifikation beträgt $7\frac{1}{2}$ Millionen Kronen jährlich. Da die landwirtschaftlichen Brennereien im Durchschnitt eine Million Hektoliter Spiritus erzeugen, habe ich in den folgenden Berechnungen die durchschnittliche Höhe der Bonifikation mit K 7·50 für den Hektoliter angenommen.

Die Exportprämie hat den Zweck, die Ueberproduktion vom inländischen Markte abzustossen und auf diese Weise den Inlandspreis zu erhöhen. Sie betrug in Jahren grösseren Exportes die Höhe von beinahe 2 Millionen Kronen. Insgesamt zahlen wir jährlich 30 Millionen.

Landwirtschaftliche Brennereien gab es im Jahre 1888 zusammen 1075, im Jahre 1910 hingegen bereits 1434. Hievon im Jahre 1910 in ganz Oesterreich 32 genossenschaftliche: in Böhmen 10, in Mähren 15, in Schlesien 6 und in Galizien eine einzige. In den übrigen Ländern gibt es gar keine. Seit dem Jahre 1910 ist ein Zuwachs von 8 genossenschaftlichen Brennereien zu verzeichnen, zwei in Böhmen und je drei in Mähren und Schlesien.

Das bis zum Jahre 1910 den genossenschaftlichen Brennereien zugewiesene jährliche Kontingent betrug 14.386 Hektoliter, während das Kontingent der Grossgrundbesitzer 847.037 Hektoliter, somit mehr als das Sechzigfache ausmachte. Die Familie des Grafen Potocki hat 15.705 Hektoliter Kontingent, somit jährlich an Kontingentprämie und Bonifikation 441.887 K, die Güter der kaiserlichen Familie 15.230 Hektoliter und somit 418.825 K. Die Industriellen hatten 155.576 Hektoliter Kontingent, somit das Elffache des genossenschaftlichen bäuerlichen Kontingents zugewiesen.

Mit dem Kontingentverteilungsgesetz 1911 bis 1912 erhielten die neuentstandenen bäuerlichen Genossenschaften an Kontingent 2200 Hektoliter, während die neuerstandenen Brennereien der Grossgrundbesitzer 18.300 Hektoliter erhielten, somit neun Zehntel des verteilten Quantum.

Das höchste Kontingent unter den genossenschaftlichen Brennereien hat Haugsdorf in Schlesien mit 1180 Hektolitern bei 34 Genossenschaftern, somit 34 Hektoliter auf den Gesellschafter. Die Genossenschaft Triesch in Mähren besteht aus 3 Personen und bietet jedem Genossenschafter 179 Hektoliter, während Littau in Mähren nur 2 Hektoliter durchschnittlich für jedes seiner 172 Mitglieder zugewiesen erhält. Die Genossenschaften umfassen teils Wirtschaften, die ohne staatliche Hilfe nicht in der Lage wären, einen industriellen Betrieb zu führen, während andere ganz respektablen Besitz repräsentieren. Durchschnittlich erhalten die 1478 Genossenschaften je zirka 10 Hektoliter von dem Gesamtquantum von 14.386 Hektolitern ihres Kontingents.

Nachstehende Tafel soll einen Ueberblick über die Verhältnisse der genossenschaftlichen Brennereien geben.

| Im Durchschnitt auf den Teilnehmer | Zahl der Teilnehmer | Brennereien | Ihnen zufallendes Kontingent |
|------------------------------------|---------------------|-------------|------------------------------|
| 2 bis 5 Hektoliter | 739 | 8 | 3172 |
| 6 " 10 " | 362 | 8 | 2659 |
| 11 " 20 " | 289 | 10 | 4503 |
| 21 " 30 " | 66 | 3 | 1787 |
| 80 " | 15 | 1 | 547 |
| 130 " | 4 | 1 | 537 |
| 180 " | 3 | 1 | 1180 |

Ueber die Grösse des in Rechnung kommenden Grundbesitzes informiert uns die nachstehende Zusammenstellung, welche die anrechenbare Fläche zur Grundlage hat. Anrechenbar für die Bestimmung der Grösse des Kontingents sind Aecker, Wiesen und Weiden.

| Anrechenbare Grundfläche im Durchschnitt | Zahl der Genossenschafter | Zahl der Brennereien |
|--|---------------------------|----------------------|
| 8 bis 10 Hektar | 165 | 21 |
| 11 " 20 " | 1135 | 4 |
| 21 " 30 " | 126 | 1 |
| 31 " 40 " | 30 | |
| 51 " | 15 | 1 |
| 68 " | 4 | 1 |
| 70 " | 3 | 1 |

In 21 Brennereien vereinigen sich 165 Bauern mit einem Grundbesitz von 8 bis 10 Hektaren von Aeckern, Wiesen und Weiden.

Die grosse Majorität, drei Viertel der Mitglieder aller Genossenschaften, repräsentieren einen Durchschnittsbesitz von 11 bis 20 Hektar auf das Mitglied, ein Viertel der Genossenschaften mit 178 Mitgliedern den Besitz von 21 bis 70 Hektaren auf den Kopf.

Die Zahl der Mitglieder der in diesem Jahre mit einem Kontingent von 2200 Hektoliter beteiligten Genossenschaften bei einem anrechenbaren Areal in Mähren von 1496 Hektaren, in Böhmen von 2617 Hektaren und in Schlesien von 1445 Hektaren konnte ich nicht feststellen*.

Die anrechenbare Bodenfläche der neuerbauten genossenschaftlichen Brennereien beträgt 5500 Hektare, die Zahl der Genossenschafter dürfte im Verhältnis zu den

* Es wäre kaum glaublich, welche Schwierigkeiten von der Regierung dem Bestreben, verlässliche Daten betreffend die Verteilung von Spiritusbenefizien zu erhalten, in den Weg gelegt werden. Ein genaues Verzeichnis der beschenkten Grossgrundbesitzer wird als „Amtsgeheimnis“ mit aller Entschiedenheit verweigert. Als es mir im Finanzausschuss gelungen war, durch einen Beschluss

älteren Brennereien gegen 400 betragen, zusammen hätten wir eine Bodenfläche von 30.000 Hektaren und 1900 Genossenschafter, während die anrechenbare Fläche in Oesterreich (Ackerboden 106.000 Quadratkilometer, Wiesen und Weiden 71.000 Quadratkilometer) 177.000 Quadratkilometer, die Zahl der selbständigen Landwirte hingegen 2.000.000 beträgt. Ein Landwirt auf tausend erscheint an der Spiritusindustrie beteiligt.

Der Grossgrundbesitz gibt ein ganz anderes Bild. Von 1326 landwirtschaftlichen Brennereien sind 1284 in seinen Händen, von 862.785 Hektoliter landwirtschaftlichen Kontingents gehören ihm 846.200 Hektoliter. Während in der Genossenschaft die Zahl der Miteigentümer einer Brennerei auf 130 steigt und das ihm zugewiesene Kontingent auf 2 Hektar fällt, kommen zahlreiche Brennereien und Kontingente in eines Grossgrundbesitzers Hand zusammen. Im Durchschnitt fallen zwei Brennereien auf einen Grossgrundbesitzer, einzelne besitzen bis zwanzig Brennereien und über 15.000 Hektoliter Kontingent.

Man kann kein richtiges Bild von der Verteilung der Benefizien gewinnen, wenn man nicht die einzelnen Namen und die ihnen zugewiesenen Quoten miteinander und mit den genossenschaftlichen vergleicht. Wir veröffentlichen darum hier das Verzeichnis der Grossgrundbesitzer Böhmens, Mährens und Schlesiens, die persönlich oder familienweise über 1000 Hektoliter Kontingent besitzen*.

| Namen der Brennereibesitzer | Zahl der Brennereien | Kontingent in Hektolitern | Leistung des Staates an die Brenner | | Zusammen Kontingentprämie mit landwirtschaftlicher Bonifikation |
|--|----------------------|---------------------------|--|--|---|
| | | | je 20 K für jeden kontingentierten Hektoliter Spiritus, somit jährlich | landwirtschaftliche Bonifikationen in Kronen | |
| Böhmen. | | | | | |
| Fürstenberg Max Egon Fürst | 12 | 11.292 | 225.840 | 85.590 | 311.430 |
| Schwarzenberg Adolf Josef u. Karl, Fürsten | 10 | 5.193 | 103.860 | 40.847 | 144.700 |
| Auersperg Fürsten | 8 | 4.717 | 94.340 | 35.377 | 129.717 |
| Kaiserliche Familie | 5 | 4.622 | 92.440 | 34.684 | 127.124 |
| Bistümer, Orden, Stifte | 7 | 3.973 | 79.460 | 29.687 | 109.147 |
| Sternberg Grafen | 7 | 3.531 | 70.620 | 26.482 | 97.102 |
| Hohenzollern Wilhelm Fürst | 5 | 3.464 | 69.280 | 25.980 | 95.216 |
| Danek Vinzenz und Oskar Esse, Edler v. | 4 | 3.317 | 66.340 | 24.877 | 91.817 |
| Khevenhüller Fürstin | 3 | 2.977 | 59.540 | 22.327 | 81.867 |
| Schekel Adolf Edler v. | 3 | 2.752 | 55.040 | 20.639 | 75.679 |
| Kolovrat Krakovsky Grafen | 4 | 2.784 | 55.680 | 20.780 | 76.460 |
| Khuenburg Vinzenz Graf | 5 | 2.619 | 52.380 | 17.642 | 72.022 |
| Dobrzensky Anton Freiherr | 2 | 2.530 | 50.600 | 18.975 | 69.575 |
| Fiedler Erich und Franziska | 3 | 2.489 | 49.780 | 17.423 | 67.203 |
| Drasche v. Wartenburg R. Freiherr | 3 | 2.246 | 44.920 | 16.845 | 61.765 |
| Paar Karl Fürst | 3 | 2.137 | 42.740 | 16.027 | 58.767 |
| Turn-Taxis Fürsten | 3 | 2.092 | 41.840 | 15.690 | 57.530 |
| Daubek Josef und Eduard v. Ritter | 2 | 2.033 | 40.660 | 15.247 | 55.907 |
| Nadhorny Ottomar und Erwin, Freiherren | 3 | 1.947 | 38.940 | 14.512 | 53.452 |
| Czernin J. F. und E. Grafen | 4 | 1.907 | 38.140 | 14.302 | 52.442 |
| Croy Max und Rosa Prinzen | 2 | 1.892 | 37.840 | 14.190 | 52.030 |
| Goldschmidt Ottilie | 2 | 1.813 | 36.260 | 13.597 | 49.857 |
| Milner Anna | 2 | 1.784 | 35.680 | 13.380 | 49.060 |
| Pfeifer u. Komp. | 2 | 1.776 | 35.520 | 13.320 | 48.840 |
| Wratislowsche Erben Graf | 3 | 1.675 | 33.500 | 12.562 | 46.062 |
| Goldreich v. Bruck Alois Ritter | 1 | 1.536 | 30.720 | 11.520 | 42.240 |
| Fürtrag | 108 | 79.098 | 1.581.960 | 592.502 | 2.177.011 |

des Ausschusses die Vorlage der Brennereiverzeichnisse zu erzwingen, legte der damalige Finanzminister Bilinski ein Verzeichnis der Ortsnamen ohne Namen der Eigentümer vor, eine Reihe dieser Ortsnamen enthält kein Schematismus. Eine zweite günstige Konstellation zur Erzwingung der Ergänzung der Verzeichnisse hat sich bis heute nicht ergeben. Bei den nachfolgenden Zusammenstellungen sind infolgedessen unberücksichtigt in Böhmen 12, Mähren 11 und Schlesien 15 grossgrundbesitzerische Brennereien.

* Galizien erscheint summarisch. Wer sich hierfür besonders interessiert, kann das Namensverzeichnis in meiner in polnischer Sprache im Verlage „Zycie“, Krakau, erschienenen Broschüre finden.

| Namen der Brennereibesitzer | Zahl der Brennereien | Kontingent in Hektolitern | Leistung des Staates an die Brennereien | | Zusammen Kontingent-prämie mit landwirtschaftlicher Bonifikation |
|--|----------------------|---------------------------|--|------------------------------------|--|
| | | | je 20 K für jeden kontingentierten Hektoliter Spiritus, somit jährlich | landwirtschaftliche Bonifikationen | |
| | | | in Kronen | | |
| Uebertrag . . . | 108 | 79.098 | 1,581.960 | 592.502 | 2,177.011 |
| Harrach Otto Graf | 2 | 1.459 | 29.180 | 10.942 | 40.122 |
| Mettall v. Frievald Ritter | 2 | 1.488 | 29.760 | 11.160 | 40.920 |
| Collaredo-Mansfeld Josef Fürst | 1 | 1.404 | 28.080 | 10.530 | 39.616 |
| Ringhoffer Freiherr | 1 | 1.372 | 27.440 | 10.290 | 37.730 |
| Schönburg-Waldenburg Friedrich Prinz | 2 | 1.332 | 26.640 | 9.990 | 36.630 |
| Windischgrätz Adolf, Dr. Fürst | 3 | 1.257 | 25.140 | 9.427 | 34.567 |
| Palfy v. Erdödy Johann Graf | 2 | 1.266 | 25.320 | 9.495 | 34.815 |
| Hildebrandt Offenhausen Ferd. Freiherr | 2 | 1.228 | 24.560 | 9.210 | 33.770 |
| Weiss von Tressbach Adolf Ritter | 2 | 1.140 | 22.800 | 8.550 | 31.350 |
| Macenauer Emmerich | 2 | 1.135 | 22.700 | 8.512 | 31.212 |
| Deym Dr., Friedrich Graf | 2 | 1.038 | 20.760 | 7.785 | 28.545 |
| Quit v. Quentin August Ritter | 1 | 1.000 | 20.000 | 7.500 | 27.500 |
| Hamernik Laurenz | 1 | 1.000 | 20.000 | 7.500 | 27.500 |
| Hartenstein-Schönburg Graf | 1 | 1.000 | 20.000 | 7.500 | 27.500 |
| Schönborn Karl Graf | 2 | 1.000 | 20.000 | 7.500 | 27.500 |
| Taaffe, Dr. Heinrich Graf | 2 | 1.000 | 20.000 | 7.500 | 27.500 |
| Schwarz Richard und Eugenie | 2 | 1.000 | 20.000 | 7.500 | 27.500 |
| Waldstein Ernst Karl Graf | 2 | 1.000 | 20.000 | 7.500 | 27.500 |
| De Vaux Karl Bonaventura Baron | 1 | 1.000 | 20.000 | 7.500 | 27.500 |
| Mähren. | | | | | |
| Dreher Anton | 12 | 6.880 | 137.600 | 51.960 | 189.560 |
| Haugwitz Heinrich Graf | 4 | 4.114 | 82.280 | 30.865 | 113.145 |
| Liechtenstein Fürsten | 6 | 4.302 | 86.040 | 32.265 | 118.305 |
| Seilern-Aspang Franz Karl Graf | 4 | 2.474 | 49.480 | 18.555 | 68.035 |
| Löwenstein-Wertheim Pauline Prinzessin | 3 | 2.335 | 46.700 | 17.512 | 64.210 |
| Calatto et San Salvator Emanuel Fürst | 3 | 2.080 | 41.600 | 15.960 | 57.560 |
| Waldstein-Wartenberg Josef Graf | 3 | 2.277 | 45.540 | 17.077 | 62.617 |
| Wrbna-Questenburg Rudolf Graf | 2 | 2.078 | 41.560 | 15.850 | 57.410 |
| Pallavicini Alexander Markgraf | 4 | 1.912 | 38.240 | 14.346 | 52.586 |
| Mitrofski Wladimir Graf | 3 | 1.760 | 35.200 | 13.200 | 48.400 |
| Attems Anna Gräfin | 2 | 1.952 | 39.040 | 14.640 | 53.680 |
| Baratto-Dragone, Dr. Richard Freiherr | 2 | 1.739 | 34.780 | 13.012 | 47.792 |
| Kaiserliche Familie | 3 | 1.671 | 33.420 | 12.532 | 45.952 |
| Magnis Graf | 2 | 1.574 | 31.480 | 11.805 | 43.285 |
| Lobkowitz Rudolf Fürst | 2 | 1.329 | 26.580 | 10.067 | 36.647 |
| Wazda v. Kunerwald Alfred Freiherr | 1 | 1.320 | 26.400 | 9.997 | 36.397 |
| Podstatzky-Liechtenstein Graf | 2 | 1.284 | 25.680 | 9.630 | 35.310 |
| Kalnoky Alexander Graf | 2 | 1.272 | 25.440 | 9.540 | 34.980 |
| Biedermann v. Tureny Robert Ritter | 2 | 1.205 | 24.100 | 9.037 | 33.137 |
| Blankenstein Johann Graf | 1 | 1.100 | 22.000 | 8.250 | 30.250 |
| Chorinsky Friedrich Graf | 1 | 1.069 | 21.380 | 8.017 | 29.397 |
| Dalberg Friedrich Freiherr | 2 | 1.019 | 20.280 | 7.642 | 27.922 |
| Schlesien. | | | | | |
| Larisch-Mönnich Graf | 12 | 6.708 | 134.160 | 50.310 | 184.470 |
| Kaiserliche Familie | 12 | 5.214 | 104.280 | 39.105 | 143.385 |
| Wilczek Hans Graf | 6 | 4.294 | 85.880 | 32.205 | 118.085 |
| Bellegarde Franz Graf | 3 | 2.232 | 44.640 | 16.739 | 61.379 |
| Michler Albert | 2 | 1.917 | 38.340 | 14.363 | 52.703 |
| Thun-Hohenstein Gabriele Gräfin | 2 | 1.200 | 24.000 | 9.000 | 33.000 |
| Heisig Reinhold | 1 | 1.180 | 23.600 | 8.820 | 32.420 |
| Deutscher Ritterorden | 2 | 1.000 | 20.000 | 7.500 | 27.500 |
| Galizien. | | | | | |
| 55 Familien, respektive Personen, welche ein Kontingent von über 2000 Hektoliter besitzen | 321 | 240.492 | 4,809.840 | 1,816.229 | 6,626.069 |
| 83 Familien, respektive Personen, welche ein Kontingent zwischen 1000 und 2000 Hektoliter besitzen | 156 | 114.679 | 2,293.580 | 858.091 | 3,151.671 |
| Summe | 747 | 526.869 | 10,537.380 | 3,951.467 | 14,488.847 |

Eine Handvoll Leute, 215 an Zahl, besitzen 747 Brennereien und erhalten vom Staate ein Kontingent von 526.869 Hektoliter Spiritus und die damit verbundenen Benefizien im Betrage von:

| | |
|--|-------------------|
| Kontingentprämie | 10,537.380 Kronen |
| Landwirtschaftliche Bonifikationen | 3,951.467 „ |
| Zusammen | 14,488.847 Kronen |

Das Kontingent umfasst ebenso die landwirtschaftlichen wie auch die industriellen Brennereien. Das Verhältnis verschiebt sich zu ungunsten der industriellen Brennereien bei Gelegenheit von Neueinteilungen. Im Jahre 1910 gestalteten sich die Verhältnisse folgendermassen:

| L a n d | Landwirtschaftliche | | Industrielle | |
|----------------------------|---------------------|--------------------------|--------------|--------------------------|
| | Brennereien | Kontingent Hektoliter | Brennereien | Kontingent Hektoliter |
| Niederösterreich | 6 | 2.379 | 7 | 43.002 |
| Oberösterreich | 1 | 39 | 1 | 1.590 |
| Steiermark | 2 | 1.034 | 2 | 4.100 |
| Kärnten | 9 | 3.326 | 2 | 1.580 |
| Krain | 1 | 154 | — | — |
| Tirol | 1 | 96 | — | — |
| Böhmen | 248 | 154.105 | 16 | 71.648 |
| Mähren | 134 | 79.511 | 6 | 18.170 |
| Schlesien | 93 | 47.582 | 4 | 8.947 |
| Galizien | 775 | 526.715 | 6 | 4.029 |
| Bukowina | 56 | 47.840 | 1 | 1.144 |
| Zusammen | 1326 | 862.785 | 45 | 154.213 |

Das Kontingentverteilungsgesetz 1911/12 enthielt gewisse Kürzungen des industriellen Kontingents und weitere sind vor auszusehen.

Nach den Schlusszahlen der grossen Tabelle umfassen die 215 Personen, respektive Familien gehörigen Brennereien 52 Prozent des ganzen Kontingents und 61 Prozent des landwirtschaftlichen, von den 30 Millionen, welche aus der Staatskasse für die Förderung der Spiritusfabrikation verausgabt werden, fliessen 14'53 Millionen in die Taschen der reichsten Grossgrundbesitzer, 3'08 in die Taschen der Fabrikanten, das sind zusammen 17'61 Millionen. Hiezu kommen die Exportprämien von zirka 2 Millionen, somit rund 20 Millionen Kronen, durchaus an die kapitalistisch Kräftigsten, diejenigen, welche gewiss jeder Hilfe des Staates, ohne jeden Schaden für ihre wirtschaftliche Entwicklung, entbehren können. Jeder Kritik setzen die staatlichen Nutzniesser den einen Einwand entgegen, dass die Landwirtschaft ohne Spiritusproduktion nicht bestehen könne. Nun ist diese Behauptung nicht unbedingt richtig, zweifellos wahr aber ist und es lässt sich mit Leichtigkeit beweisen, dass die Spiritusfabrikation ohne die staatlichen Prämien glänzend bestehen kann.

Oesterreich produziert 146'5 Meterzentner Kartoffeln jährlich, während die ganze landwirtschaftliche Spiritusproduktion kaum 10 Millionen Meterzentner Kartoffeln neben Melasse und Kukuruz verbraucht, somit zirka 7 Prozent der Kartoffelernte. Die Erhöhung der Zuckerrübenproduktion (70 Millionen Meterzentner) kann den durch Unterlassung der Spirituserzeugung aus Kartoffeln entstandenen Konsumausfall wie auch den Ausfall von Futtermitteln ersetzen.

Ein Blick auf die Preisschwankungen auf dem Spiritusmarkte wird uns belehren, dass die Staatssubventionen für die Spirituserzeugung jeden wirtschaftlichen Sinn verloren haben. Sie haben einzig den Charakter einer Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln für die reichsten Menschen Oesterreichs.

| | 1894/95 | 1897/98 | 1900/01 | 1906/07 | 1907/08 | 1908/09 | 1909/10 | 1911/12 |
|------------------------|---------|---------------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | | P r e i s a b W i e n i n K r o n e n | | | | | | |
| Kontingent | 32 | 39 | 40 | 43 | 60 | 54 | 60 | 80 |
| Exkontingent | 22'5 | 31 | 21 | 31 | 42 | 36 | 40 | 60 |

Die bedeutenden Preissteigerungen wurden durch die Kartelle der Rohproduzenten hervorgerufen, die nicht nur die Preise erhöhten, sondern auch die Spannung (Unterschied zwischen Kontingent und Exkontingentpreis) voll ausnützten. Nun ist das ausge-

zeichnet organisierte Raffineurkartell hinzugekommen. Man beobachte nur die Zahlen aus dem vorigen Dezennium, wie die einstigen Kontingentpreise zu Exkontingentpreisen werden, so dass das Kartell die Staatsprämien gänzlich entbehrlich macht, ja diese überholt. Nun erfreuen sich die Produzenten der beiderseitigen Vorteile, das erklärt die unerhörte Preissteigerung der Spiritusfabriksaktien auf der Börse trotz der Gegenmanöver der Kartellisten, die am liebsten im Stillen gedeihen möchten. Einen weiteren Beweis bringt die Zahl der neu errichteten Brennereien. Trotz der mehrjährigen Arbeit ohne Kontingent und der in diesem Jahre erfolgten Beteiligung von höchstens 150 Hektoliter per Brennerei, schiessen die Brennereien wie die Pilze aus dem Boden. Nach Einführung des Gesetzes vom Jahre 1888 fällt die Zahl der Brennereien von 1075 auf 998 im Jahre in den Jahren 1891 und 1892, steigt dann langsam und in der fünften Verteilungsperiode sehen wir einen Zuwachs von 134 neuen Brennereien, trotzdem die Regierung beabsichtigt, das Kontingentquantum auf 987.000 Hektoliter zu verkleinern und die Kontingentsprämie von 20 auf 24 K zu erhöhen, somit die Lage der neuentstandenen nach zwei Richtungen hin zu verschlimmern.

Die glänzenden Ergebnisse der Spiritusindustrie für die Brennereibesitzer üben keine Rückwirkung auf die Lage der Arbeiterschaft. Die landwirtschaftliche Brennerei beschäftigt die Arbeiter nur durch 200 Arbeitstage im Jahre. Es ist eine Saisonarbeit, die die Organisation ausserordentlich erschwert. Sodann ist die Zahl der in einer Brennerei beschäftigten Arbeiter sehr gering. Nach den Ergebnissen einer von der k. k. landwirtschaftlichen Gesellschaft veranstalteten Enquete beschäftigt eine Brennerei:

| mit einer Tagesproduktion von Hektolitern | Arbeiter |
|--|----------|
| 2 | 3 |
| 4 | 4 |
| 7 | 5 |

Der Lohn beträgt nach denselben Erhebungen 30 K monatlich für den Arbeiter.

200 Arbeitstage bei einer Produktion von 7 Hektoliter täglich gibt in einem Jahre 1400 Hektoliter. Die Kontingentprämie beträgt 28.000 K, die landwirtschaftliche Bonifikation 7000 K, der Staat trägt zu den Kosten der Produktion 35.000 K aus den Taschen der Steuerzahler bei, der ganze Lohn der hiebei beschäftigten Arbeiter beträgt 1000 K. Ein Fünfunddreissigstel der Liebesgaben erhalten alle in der Brennerei beschäftigten Arbeiter als Lohn für je 200 Arbeitstage!

Adolf Braun: Gewerkschaftliche Forderungen

Wenn ein Mann, der in den Fachvereinen der ersten zwanzig Jahre unserer Arbeiterbewegung gewirkt hat, heute die Vorbereitungen und die Durchführung eines gewerkschaftlichen Kampfes als genauer Beobachter verfolgen würde, er würde einen gewaltigen Fortschritt beobachten. Aber es ginge wohl manchem, der heute innerhalb unserer sich trefflich entfaltenden Gewerkschaften tätig ist, nicht viel anders, wenn er seine Vorbereitung der Lohnkämpfe mit der Praxis der am besten geschulten reichsdeutschen oder englischen Organisationen vergleicht. Damit soll durchaus nicht die Leistung unserer Gewerkschaften heruntergesetzt werden, deren Entwicklung kräftig und gesund ist, die aber vielfach unter der wirtschaftlichen Rückständigkeit unseres Landes leidet. Die Gewerkschaften bleiben nur dann frisch und gesund, wenn sie sich der wirtschaftlichen Entwicklung wie den Produktionsvoraussetzungen der Betriebe anpassen, für deren Arbeiter sie vor allem bessere Löhne und kürzere Arbeitszeiten durchsetzen sollen.

Die Geschichte unserer Gewerkschaftsbewegung ist in so mancher Erscheinung zu erklären durch die Rückständigkeit unserer gewerblichen Verfassung. Unsere meisten Gewerkschaftskämpfe wurden und werden noch immer gegen kleingewerbliche Betriebe geführt, die Methoden, die man vor dreissig und vierzig Jahren gegen diese anwandte, glauben viele auch heute noch als die allein Erfolg versprechenden ansehen zu dürfen.

Den kleinen Handwerksmeister zu schrecken, ihn zu überrumpeln, ihn mit der Furcht zu erfüllen, dass er seine Kundschaft verlieren könnte, ihn zu Ueberzeugen, dass jede Unterbrechung seines Geschäftsbetriebes für ihn zur Existenzfrage wird, war sicherlich vor einem Menschenalter ein sehr praktisches Vorgehen. Die isolierten Kleinmeister, deren Werkstätten man verliess und die verhindert wurden, Arbeitswillige zu erhalten, werden leicht zur Nachgiebigkeit gedrängt. Die Forderungen, die meist recht formlos überreicht wurden, zeichneten sich sehr häufig nicht durch besondere Klarheit aus, oft waren es nur ganz allgemeine Wünsche, die dem Unternehmer zur Kenntnis gebracht wurden. Wenn der Husarenritt gegen den Meister gelungen war, setzten sich Unternehmer und Arbeiter zusammen, der Unternehmer gab etwas zu, die Arbeiter waren froh über ihren Erfolg, der ihnen freilich oft schon nach wenigen Wochen entrissen war. Zu den gegen kleingewerbliche Meister als wirkungsvoll angesehenen, heute aber Aktiengesellschaften gegenüber recht naiv anmutenden Mitteln im Lohnkampf gehört die Beratung der Unternehmer durch die streikenden Arbeiter, vermittelt durch die Arbeiterpresse. So einfach wie vor einem Menschenalter kann und wird in der Regel der Kampf heute natürlich nicht mehr geführt. Die Zentralstellen der gewerkschaftlichen Organisationen bemühen sich nun, die Forderungen der Arbeiter zu prüfen, es sind wohlüberlegte Streikreglements ausgearbeitet worden, vielfach freilich finden sie noch nicht die ernste Beachtung, die man unbedingt wünschen müsste. Der kleine Unternehmer von heute ist nicht mehr der der 1880er Jahre, seine Isolierung hat fast vollkommen aufgehört. Die Ueberrumpelung ist heute zwar noch immer das Ideal vieler Arbeiter, aber immer seltener ist diese Kriegslist anwendbar. Heute ist die Vorbereitung einer ernsthaften und umfangreichen Lohnbewegung nur sehr schwer zu verheimlichen. Die Unternehmer und ihre Organisationen wissen oft Monate vorher, dass die Arbeiter Forderungen vorbereiten, es hängt das mit der steigenden Verbreitung der Tarifverträge zusammen. Die Unternehmer können sich auf die vorausgesehenen Kämpfe einrichten. Der gewerkschaftliche Kampf wird schon in seinem Vorbereitungsstadium ein Messen zweier Gegner. Manchmal wird man an ein Schachspiel erinnert, bei dem zahlreiche sachkundige Freunde der beiden Spieler die interessierten und kritischen Zuschauer bilden, jeden Zug genau beachten, aber jedes unnötige und dem Freund schädliche Wort zu vermeiden suchen.

Ueber Art und Höhe der Forderungen ist Einigkeit oft nicht leicht herbeizuführen. Es ist selbstverständlich, dass sich das Wünschen, wenn man nur unter Wünschenden ist, leicht ins Nebelhafte verlieren kann. Freilich ist es sehr traurig, dass man viele Forderungen als nebelhaft bezeichnen muss, sie sind oft sehr bescheiden, wenn man die erstrebte Lebenshaltung misst an den Lebensgewohnheiten der ökonomisch besser gestellten Gesellschaftschichten. Aber nebelhaft können diese Forderungen doch sein, weil sie — bei aller tatsächlichen Bescheidenheit — zu weit entfernt sind von den bisherigen Arbeitsbedingungen, so dass sie, so wünschenswert dies wäre, doch vorerst nicht durchgesetzt werden können, bevor nicht einige weitere Errungenschaften vorangegangen sind. Bei der Feststellung der Forderungen wird nur zu häufig — was psychologisch und auch moralisch durchaus begreiflich ist — festgestellt, was die Arbeiter wünschen; es werden aber die leider in erster Reihe notwendigen Machtfragen und die ökonomische Erwägung unterlassen oder in den Hintergrund gedrängt, ob die Forderungen auch im Augenblick schon durchgesetzt werden können. Nur zu oft wird unterlassen die Prüfung der Machtverhältnisse, der Entfernung vom gesetzten Ziel und der Erfolgsmöglichkeit, oft wird auch unterlassen die Unterscheidung von friedlich oder bloss im Kampf Erreichbarem und auch des im gegenwärtigen Augenblick auch nach der zähesten Anstrengung nicht Erreichbarem. Hie und da wird beim Aufstellen der Forderungen unterlassen, die Schwierigkeiten zu berücksichtigen, die der Verwirklichung der Forderungen entgegenstehen. Bei dieser die tatsächlichen Machtverhältnisse ausser acht lassenden Methode spielt die Absicht mit, mit schärferen agitatorischen Mitteln auf die Arbeiter, die zur Arbeitseinstellung veranlasst werden sollen, zu wirken. Man geht hier und dort von der nicht allzu glücklichen Erwägung aus, dass man die Arbeiter, die man zum Kampf führen will, auf das theoretisch Wünschbare und nicht auf das unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch nur mit aller Kraft Erreichbare verpflichten soll. So mancher denkt eben da bloss an das, was der heutige Tag zu leisten hat und überlegt nicht, dass diese Taktik unbedingt zu Enttäuschungen und zu einer zu geringen

Wertung künftig zu stellender Forderungen führen muss. Diese Methode kann zu einer Schädigung des Ansehens der gewerkschaftlichen Organisation überhaupt führen, sie hat vielleicht — glücklicherweise bisher nur in geringem Masse — diese Folge schon gezeitigt. Vielleicht hängt die Fluktuation der Gewerkschaften damit auch etwas zusammen. Die Arbeiter können missmutig werden, weil das, was ihnen in den ersten Tagen des Kampfes als das unbedingt Notwendige bezeichnet wurde, nach Wochen schweren Kampfes als nicht durchsetzbar nachgewiesen wird. Mit aller Energie muss den streikenden Arbeitern dann nahegelegt werden, dass sie sich mit weniger zufriedengestellt erklären sollen, als ihnen bei Aufstellung der Forderung als das unbedingt zu Erzwingende bezeichnet wurde.

Nicht selten werden auch im Einverständnis mit den beteiligten Arbeitern für den Augenblick überspannte Forderungen gestellt, weil die Unternehmer gewohnt sind, immer weniger zu bieten als die Arbeiter fordern. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, dass die Methode des Handelns und Feilschens, die die Unternehmer pflegen, die Arbeiter und ihre Vertreter nötigt, ihre Forderungen höher zu schrauben, als dies ernstlich beabsichtigt wird. So kommt ein ungesundes, sagen wir es offen, ein unsolides Moment — vor allem durch die Unternehmer und durch die Sekretäre ihrer Organisationen — in den gewerkschaftlichen Kampf, das in gleicher Weise Unternehmer wie Arbeiter stört, die Dauer der Kämpfe ausdehnt und sie verbittert, die Kosten der Kämpfe werden erhöht, während leider das Gefühl des Triumphes über die Errungenschaften nicht in ungetrübter Reinheit in Erscheinung treten kann. Deshalb wirken die erfolgreichen Kämpfe der Gewerkschaften nicht mit der vollen agitatorischen Kraft, ihre Erfolge wirkten viel zu wenig begeisternd. So manche überaus bedeutungsvolle Errungenschaft hat die Organisation nicht, wie man erwarten musste, gewaltig gestärkt, sondern nicht selten einen gewissen Missmut bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern hervorgerufen. Die Arbeiter messen nur zu oft nach abgeschlossenem Kampf ihre Triumphe nicht an den bisherigen Arbeitsbedingungen, sondern an den Forderungen, die an die Verbandsleitung geleitet wurden und von dieser beschnitten werden mussten und die dann den Unternehmern schon verringert überreicht wurden, aber noch immer bei den augenblicklichen Machtverhältnissen nicht vollkommen durchgesetzt werden konnten.

Um so ungünstiger werden die Errungenschaften — gemessen an den Forderungen — erscheinen, je länger der Kampf gedauert hat, nicht selten steht aber die Länge des Kampfes in einem ursächlichen Verhältnis mit der Unmöglichkeit, die aufgestellten Forderungen restlos durchzusetzen. Die lange Dauer des Kampfes erschwert die Verhandlungen, steigert die Kriegskosten der Verbände und ausserdem noch die schwer empfundenen Opfer, die jeder im Kampf Stehende bringen muss. Die steigende Erbitterung lässt häufig Unternehmer wie Arbeiter den Augenblick verpassen, der eine Einigung möglich machen würde. Forderungen, die an sich zwar durchaus gerecht sind, zum Zeitpunkt des Kampfes aber noch nicht durchsetzbar sind, verlängern oft die Dauer des Kampfes weit über das notwendige Mass, machen hie und da den Friedensschluss unmöglich und schaffen oft nachhaltige Einbussen an gewerkschaftlicher Macht und Ansehen, sie führen dann zur Minderung des Vertrauens der Arbeiter in die gewerkschaftlichen Organisationen. Das nicht genügende Ueberlegen bei der Aufstellung der Forderungen hat in vereinzelt Fällen die unerwartete und für unmöglich gehaltene Folge gehabt, dass manche Betriebe und ihre Arbeiter dem Einfluss der gewerkschaftlichen Organisation auch lange Zeit völlig entzogen wurden.

Der gewerkschaftliche Kampf muss schon bei den ersten Erwägungen, die zu einer Aktion führen können, in seinen letzten Konsequenzen vorbedacht werden. Diese Erwägungen dürfen nicht allein durch den Enthusiasmus bestimmt, durch die Phantasie beflügelt, durch agitatorische Erwägungen gerichtet oder gar durch die falsche Rechnung veranlasst werden, dass man durch den Lohnkampf die Organisation schafft, statt die Verbandszugehörigkeit zur Voraussetzung des Lohnkampfes zu machen. Die Forderungen müssen kühl und nüchtern, unter Berücksichtigung aller Machtverhältnisse nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer aufgestellt werden. Die Erkenntnis muss Platz greifen, dass Ueberrumpelungen der Unternehmer heute fast unmöglich sind.

Wir müssen uns klar sein, dass der Unternehmer nüchtern rechnet, nicht nur indem er sich bemüht, möglichst wenig zu bewilligen, sondern indem er prüft, was ihm billiger zu stehen kommt, rasche Zugeständnisse und Fortdauer des Betriebes oder Unterbrechung der Produktion und Abwehr der Arbeiter. Der Unternehmer rechnet heute stets nicht nur mit seinen eigenen Machtfaktoren, sondern auch mit denen der Arbeiter. Er, oder für ihn das Bureau des Arbeitgeberverbandes, kennen genau, oder bemühen sich wenigstens zu kennen, die Machtverhältnisse der Arbeiterorganisationen, und zwar nicht bloss die rein finanziellen Machtverhältnisse, sondern auch das Verhältnis der Zahl von organisierten und bezugsberechtigten zu den unorganisierten Arbeitern, auch die Stimmung und Kampfesfreude der Arbeiter suchen sie zu werten und in Rechnung zu stellen. Diese kaufmännische, über alle Massen nüchterne Erwägung der Unternehmer ist unzweifelhaft auch ein Machtfaktor unserer Gegner, dessen Bedeutung viel zu wenig eingeschätzt wird. Sicherlich ist nicht gering das Gut zu schätzen, das wir dagegen stellen können: Begeisterung, Opferfreude, Kampfesstimmung. Aber die Gewichte, die die Unternehmer in die Wagschale werfen, können nur gehoben werden, wenn wir zu unseren Stimmungsfaktoren auch etwas von der Nüchternheit und kaufmännischen Berechnung beibringen, die die Unternehmer zwar nicht besonders sympathisch, aber sehr stark beim Verhandeln und sehr sicher beim Entscheiden machen. Es liegt gänzlich ausserhalb des Rahmens dieser Erwägungen, die Schuld festzustellen für die Art, wie heute beim Abschluss von Lohnbewegungen verhandelt wird. Würden wir dieses Problem nicht ausser Betracht lassen, so würden wir noch vieles über die Unternehmer zu sagen haben, deren Methoden bei den Verhandlungen alle Mängel des Kleinkrämertums zurückgebliebener Wirtschaftsperioden oder östlicher Gebiete tragen. Die Unternehmer erklären fast stets alles für unmöglich, was die Arbeiter fordern. Mögen sich die Arbeiter auch, so wie wir es für richtig erachten, ausschliesslich darauf beschränken, zu fordern, was sie im gegebenen Augenblick durchsetzen wollen und durchzusetzen die Kraft in sich fühlen, und was die Unternehmer zugestehen können, so werden die österreichischen Unternehmer trotzdem mit aller Schroffheit erklären, dass sie ohnedies schon mehr leisten als sie vermögen, dass im Ausland noch lange nicht das bewilligt wird, was heute die Unternehmer schon gewähren — man müsste einmal die gleichen Aeusserungen französischer, englischer, belgischer, reichsdeutscher und anderer Unternehmer auf einem Blatt zusammenstellen — die Unternehmer erklären weiter, dass ihre Industrie um die Existenzbedingung gebracht werde durch die nie zur Ruhe kommenden Forderungen der Arbeiter. Vielfach lassen es die Unternehmer an jedem Eingehen auf die Forderungen der Arbeiter fehlen und schaffen schwere, oft sogar nachhaltige Schädigungen ihrer Betriebe, weil sie sich so lange auf den Justamentstandpunkt stellen, bis sie durch die Grösse ihrer Verluste und durch die Konsequenz des Arbeiterausstandes veranlasst werden zu verhandeln, um sich dann zur Nachgiebigkeit und damit zum Eingehen auf die Forderungen der Arbeiter genötigt zu sehen.

Wenn wir in rückhaltloser Kritik auf die Fehler der Arbeiter beim Aufstellen und Betonen ihrer Forderungen aufmerksam machen, so haben die Unternehmer keinen Anspruch darauf, sich als die Klügeren, Besseren, Weitsichtigeren hinzustellen. Sie haben sicherlich ein Grossteil schuld an den gerügten Methoden der Arbeiter bei der Aufstellung ihrer Forderungen. Es wird da alles auf das Handeln, das Wort im hässlichsten Sinne genommen, eingerichtet. Schachern und Feilschen ist heute oft genug eine Begleiterscheinung der Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern. Sonst hören mit der Entwicklung zum Grossbetrieb in Industrie wie im Handel — Friedrich Engels hat das einmal auseinandergesetzt — die Methoden kleinlichen Schachers, des Uebervorteilwollens, der kleinen Schliche und Künste im Kampf um den Preis auf; im Interesse der Entwicklung zu höheren Formen sollte sich auch in den Auseinandersetzungen der Unternehmerverbände mit den Gewerkschaften eine mehr nüchterne, geschäftsmässige, von phantastischen Hoffnungen freie, aber das erreichbare Ziel fest im Auge haltende Verhandlungsmethode einbürgern. Freilich können gute Verhandlungssitten nicht von einer Streitpartei allein durchgesetzt werden, der gute Willen der Arbeiter allein genügt hier leider nicht. Solange die Unternehmer an ihren, längst als unhaltbar erwiesenen Kampfmethoden festhalten, ist die nüchterne Aufstellung der Arbeiterforderungen erschwert.

Und doch muss es dazu kommen, das lehren uns vor allem die Verhandlungsmethoden in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Grossbritannien und im Deutschen Reiche. Wo dort gewerkschaftlich festgefügte Arbeitermassen mit den Unternehmerorganisationen verhandeln, sehen wir immer häufiger eine genaue Vorprüfung der Forderungen, ein kühles Abschätzen der wirtschaftlichen Möglichkeiten, ein nüchternes Erwägen der richtigen Wahl des Zeitpunktes des gewerkschaftlichen Eingreifens, ein Abschätzen der Konjunktur in der eigenen Industrie, aber auch des Beschäftigungsgrades in den benachbarten Industriebezirken und in den Industriegruppen, die als Abnehmer der Waren in Betracht kommen.

Es liegt uns übrigens ferne, an eine Schablone zu denken oder sie gar zu empfehlen, die bei jedem Streik und bei jedem Plan einer Lohnbewegung in Anwendung zu bringen wäre. Sicherlich tut das Schablonisieren der Gewerkschaftsbewegung nicht gut. Ihr Wesen bedingt eine Anpassungsmöglichkeit an den Gegner und seine Kampfmethoden wie an die wirtschaftliche Entwicklung. Nichts wäre unglücklicher als der Gedanke, dass man immer in gleicher Weise vorgehen soll. Die Methoden des Lohnkampfes sind in erster Linie durch das Vorherrschen fortgeschrittener oder zurückgebliebener gewerblicher Betriebsformen bedingt. Die Tendenz, zu höchst entwickelten Betrieben zu gelangen, ist auch bei uns zu beobachten, vor allem sollte die für die gewerkschaftlichen Unterhändler wichtige Beobachtung nicht aus dem Auge verloren werden, dass selbst beim Vorherrschen des Kleinbetriebes — so zum Beispiel in der Wiener Tischlerei — die grossen Unternehmer entscheidend die Unterhandlungen sowie die Führung des Streiks wie die abschliessenden Vertragsabmachungen bestimmen, dass also vielfach nicht die grosse Menge von Kleinmeistern für die Kampfarm den Ausschlag geben kann. Für die gewerkschaftliche Taktik ist aber trotzdem die Methode noch vielfach massgebend, die sich zur Zeit der Bekämpfung des allein vorherrschenden Kleinbetriebes bewährt haben soll. Diese Methode hat die gewerkschaftliche Tradition für sich. In Oesterreich sind die meisten gewerkschaftlichen Kämpfe zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den kleingewerblichen Betrieben geführt worden; grosse Erfolge waren bei der Durchsetzung kollektiver Verträge in diesen Kleinbetrieben zu verzeichnen. Die Arbeiter selbst sind oft in der Tradition des Kleinbetriebes befangen. Der grösste Teil der gelernten Arbeiter hat seine Lehrzeit und auch seine ersten Gehilfenjahre im Kleinbetrieb verbracht. Dort hat sich sein Bild von dem Unternehmer und von der Art seiner Bekämpfung festgesetzt. Den kleingewerblichen Meister hat der Arbeiter vor seinem geistigen Auge, auch wenn er in der Fabrik arbeitet, das ist für ihn die Persönlichkeit, die Wirtschaftsindividualität, die er studiert hat, die er kennt, über deren Widerstand er sich klar ist, die er psychologisch und ethisch, aber auch ökonomisch und sozial zu werten gewohnt ist. Er kennt des „Meisters“ Kleinlichkeit, Kurzsichtigkeit, Aengstlichkeit, seine Furcht, zugrunde zu gehen, seine Angst vor jeder Unterbrechung des Betriebes, aber auch die einfachen Mittel, ihn zu schrecken und in Angst zu versetzen. Dieser Unternehmer ist vielen Arbeitern, selbst denen des Grossbetriebes, der Massstab für die Unternehmung selbst. Deshalb werden nicht selten noch die Methoden, die gegen die kleingewerblichen Unternehmer — freilich nur, bevor sie sich organisierten — erfolgreich waren, nun, wenn auch nicht bewusst, als allgemeine Regel gegen die Unternehmer überhaupt angewandt. Der Husarenritt, die Uebertöpelung des Feindes, die Kunst, ihn durch die Grösse der Forderungen in Schrecken zu setzen, ihn so zur Nachgiebigkeit zu nötigen, diese Methoden von ehemals erscheinen vielen Arbeitern noch am Platz, auch dann, wenn nicht eine Handvoll kleiner Meister, sondern grosse Fabrikanten, eine Arbeitgebervereinigung, oder gar ein Kartell ihnen entgegensteht. Der Feind ist ein anderer geworden, er kennt nur kühle, nüchterne Erwägungen, er prüft seine eigenen Machtbedingungen, wie die der Arbeiterorganisation, er hat wohlgeschulte, für den Kampf gegen die Arbeiterorganisation spezialisierte Methoden und Einrichtungen. Die organisatorische Entwicklung des Gegners zeigt vollständig neue Kräftezusammenfassungen bei absolutem Zurücktreten der einzelnen Persönlichkeit, damit aber auch ihrer Menschlichkeiten, ihrer Schwächen und Befürchtungen, ihrer psychologischen Elemente und ethischen Maximen. Dieser vollständigen Umwertung des Unternehmertums müssen sich die Arbeiter und ihre Organisationen anpassen.

Bloss dann werden unsere Gewerkschaften und ihre Mitglieder den immer kräftiger werdenden, den zu immer höheren Entwicklungsstufen gelangenden Unternehmern ebenbürtig werden, wenn sie ihre Kampfvorbereitungen, ihre Kampfmittel und Kampfmethoden, aber auch ihre nächsten Ziele und ihre Forderungen den tatsächlichen Verhältnissen und den sichtbaren Entwicklungstendenzen anpassen. Krieg im Frieden, das kennzeichnet unsere Zeit, auch für das Streben der Arbeiterklasse nach besseren Arbeitsbedingungen. Die Staaten sind in übernervöser Eifersucht darauf bedacht, keinem möglichen Feinde naher oder ferner Zukunft einen Vorsprung in der Bewaffnung zu lassen; immer neue Gewehre, neue Kanonen, neue Kriegsschiffe, neue Panzer und neue Munition lösen die bisherigen ab. Kleine und grosse Staaten, die Schweiz wie das Deutsche Reich bringen ununterbrochen die höchsten Opfer, um ihre Armee einem zu fürchtenden Feinde der Zukunft in der besten Bewaffnung entgegenstellen zu können. Auch die Arbeiter müssen liebgewohnte Kampfmethoden den Archiven einverleiben und die bestmögliche Rüstung schaffen. Die französische Armee kann heute nicht die Schiessgewehre und Kanonen anwenden, auf die ihre Generale so stolz waren, bevor die deutschen Armeen Sedan entgegenstrebten. Ebenso wenig können unsere Gewerkschaften heute, wo der Grossbetrieb zum Siege kommt und wo er auch dort die sozialen Kampfbedingungen umformt und beherrscht, wo das Handwerk noch stark verbreitet ist, die früheren Kampfgewohnheiten konservieren. Sie müssen nüchtern und kühl überlegend ihre Forderungen aufstellen, neue Kampfmethoden und Kampfziele ins Auge fassen im Interesse einer erfolgreichen Kampfführung um unnötige Kraftverschwendung und Kampfverlängerung zu ersparen, um immer grössere Siege den Gewerkschaften zu erringen, um immer mehr Arbeitern die Errungenschaften gewerkschaftlicher Organisation zukommen zu lassen.

Otto Wittner: Ein österreichischer Satiriker*

Zum fünfzigsten Todestage Nestroys

Kein Künstler und keine Kunstgattung ist so sehr abhängig von dem allgemeinen Zustand der Gesellschaft, in der und auf die sie wirken, wie der Satiriker und die Satire. Wie ihnen die Gesellschaft als Ganzes und in ihren Gliedern als Material zum Aufbau ihrer Leistung dient, so gewinnt die Satire nur Leben mit ihrer Aufnahme durch die Gesellschaft.

War das Oesterreich des Vormärz günstiger Boden einer solchen Satire? Die Entfaltung öffentlichen Lebens war sehr gering damals. Politik machte nur die Regierung. Die kümmerlichen Reste ständischer Vertretungen, welche der Absolutismus stehen gelassen, hatten nicht die geringste Autorität, ihre Sessionen waren ein leeres Schaugepränge, und regte sich in ihnen einmal — wie etwa in Prag — ein oppositionelles Gelüsten, so fand es in fast kindlichen Demonstrationen volle Befriedigung. Strenge Zensur verhinderte die Entwicklung einer ernsten Presse. Die sehr zahlreiche Geheimpolizei, in deren Dienst sogar Männer von angesehener gesellschaftlicher Position im Verborgenen tätig zu sein sich nicht schämten, drang selbst in die privaten Zirkel, es konnte geschehen, dass jemand, der eine freiere Aeusserung unter Freunden getan zu haben glaubte, nach wenigen Tagen eine polizeiliche Verwarnung erhielt. Eine öffentliche Meinung konnte unter solchen Umständen nicht entstehen. L. A. Frankl erzählt, in Wien sei das Interesse für den polnischen Aufstand von 1830 sehr stark

* Bei diesem Anlass sei auch auf die vortreffliche Nestroy-Auswahl hingewiesen, die Otto Rommel in der „Goldenen Klassikerbibliothek“ (Leipzig, Bong u. Co., Preis gebunden 3 K) herausgegeben hat. Nach einer sehr gut orientierenden Einleitung, die besonders Nestroys Beziehungen zur Tradition der Wiener Volksbühne schön entwickelt und durch Erklärungen zu den einzelnen Stücken ergänzt wird, bringt der stattliche Band die folgenden elf Komödien: „Lumpazivagabundus“; „Zu ebener Erde und erster Stock“; „Das Mädcl aus der Vorstadt“; „Einen Jux will er sich machen“; „Liebesgeschichten und Heiratssachen“; „Der Zerrissene“; „Judith und Holofernes“; „Freiheit in Krähwinkel“; „Der Unbedeutende“; „Der alte Mann mit der jungen Frau“; „Kampl“.

und allgemein gewesen: trotzdem habe niemand gewagt, über dieses europäische Ereignis zu reden. Dass die Journale davon nicht Notiz nehmen durften, verstand sich von selbst. Brachte doch noch bei den Unruhen des Jahres 1846 der offizielle „Beobachter“ in dieser Form Mitteilung von den Fortschritten der Insurrektion: der Kommandant der kaiserlichen Truppen habe aus militärischen Rücksichten sein Hauptquartier von Krakau nach Podgórze verlegt!

Theater und Vergnügungen — das war das einzige gemeinsame Interesse, welches in Wien die einzelnen und ihre Kreise zum Publikum verband. Wenn Sperl und Stalehner ihre Säle neu dekoriert hatten oder gar der Glanz einer neuen Unternehmung den ihrigen zu überstrahlen versprach, wenn der junge Strauss einen neuen Walzer dirigierte, wenn eine Schauspielerin eine Rolle bekam, auf die eine andere begründeten Anspruch zu haben glaubte, so waren das Themen, die allgemein erörtert wurden, und zwar lange und gründlich. Die Schauspielerin Therese Krones etwa, deren Beliebtheit nach dem Zeugnis Castells, der in diesen Dingen Kenner und Schmecker war, zum grossen Teil in der graziösen Ungeniertheit bestand, mit der sie die unzweideutigsten Laszivitäten zum Ausdruck zu bringen wusste, war durch ihr Komödiantentum, durch ihre Liebschaften, endlich durch eine peinliche Kriminalaffäre, in die sie wenige Jahre vor ihrem Tode verwickelt war, ein so haltbares Objekt dieser gespannten Neugier, dass sie noch nach Jahrzehnten zur Heldin eines vielgelesenen Romans und eines Bühnenstückes werden konnte.

Einer Welt also, der jedes grosse Interesse ins Kleinliche abgelenkt war, erstand der Satiriker in Johann Nestroy. Bezeichnend schon, dass er mit jedem Muskel seines Leibes und jedem Nerv seiner Seele dem Theater angehörte, das im Mittelpunkt des Wiener Daseins stand und dem naiv-lustigen Volke nicht nur Amüsieranstalt war, sondern geradezu als ein Symbol alles geheimnisvoll Lockenden im Leben empfunden ward. Das Theater — das erschien den damaligen Wienern immer als die grosse Verheissung. Also dient auch bei Nestroy die Satire dem Theater, nicht das Theater der Satire. Das Bedürfnis des Schauspielers war es, welches alle diese Gestalten schuf, diese Handlungen zurechtlegte. Und man kann fast sagen, dass Nestroys dichterische Leistung dort am höchsten steht, wo sie den Intentionen des Schauspielers am genauesten entsprach, natürlich nur dann, wenn sie sich der einseitigen Forderung allzu bequem gewordener Routine entzog.

Nestroys Satire will also zunächst ganz aus der Theaterperspektive gesehen sein. Vom Theater empfing sie die ersten entscheidenden Anregungen. Die Bühne, an der Nestroy in Wien auftrat — nach langen Fahrten und Abenteuern, die ihn in der ganzen Provinz herum, ja bis nach Amsterdam und dort in eine höchst unglückliche Ehe hineinführten — war die volkstümlichste unter allen. Hier herrschte noch unumschränkt jene naiv-fröhliche Schaulust, die sich am bunten Schein des Bühnenwesens ergötzt und ihn zu immer neuen Wundergipfeln der Ausstattungs- und Ueberraschungsmaschinerie emportrieb. Dieses Theaterpublikum sah und suchte nichts als den Spektakel, hatte seine Herzensfreude am urwüchsigen Spass und wollte mit überflüssigen Denkanforderungen nicht behelligt sein. Es war noch ganz so, wie es fünfzig Jahre früher an den Lazzi und Bocksprüngen seines Hanswurstes sich geweidet hatte, und es hatte eigentlich immer Sehnsucht nach ihm. Die grossen Wiener Komiker haben deshalb, recht betrachtet, manchen Zug des alten Hanswurstes in ihr Wesen aufgenommen und man darf sagen, dass seine Tradition, mit gewissen, durch die Zeit gebotenen Variationen und Beimengungen, durch sie noch bis zum heutigen Tage sich fortsetzt. Diese Wiener Komiker sind mehr als alle anderen im Goetheschen Sinne „lustige Personen“ gewesen.

Die Art des Repertoires, das Nestroy vorfand, ist hiemit gegeben. Das Zauberstück mit seinem angestaunten und nie ohne eine gewisse Feierlichkeit aufgenommenen Glanz von Feen und Hexenmeistern aller Grade und Fähigkeiten, dieser unter dem Einfluss der prunkvoll höfischen Barockoper toll gewordene Sprössling des deutschen Volksmärchens, herrschte unumschränkt, für das Publikum dieser Vorstadttheater durch allerlei lokale Einschübel und Anzüglichkeiten, die zumeist der „lustigen Person“ zufielen, pikanter gemacht. Dem Eindruck dieses Genres konnten sich aber auch die gebildeten Schichten Wiens nicht entziehen, seine Spuren sind in ihrer nach höheren Zielen

strebenden Literatur deutlich wahrnehmbar, besonders klar selbst bei Grillparzer („Der Traum ein Leben“, „Libussa“). Die Dichter, welche für diese Volksbühne arbeiteten, bemühten sich, ihr Stoffgebiet nach der einen oder anderen Richtung auszubauen, indem sie, etwa wie Meisl, die Gespensterromantik ins Humoristische übersetzten oder, wie Bäuerle, der unermüdliche Preiser der Kaiserstadt und ihres gemütlichen Lebens, Zeit und Ort noch mehr als bisher in diesen weitgespannten Rahmen aufnahmen. Immer aber blieb die Hauptsache, dass es „a Hetz“ gäbe, Stoff zur Befriedigung der naiven Schau- und Lachlust. Höhere Ansprüche als Dichter stellte erst Raimund, der diese Freude am Spektakel, welcher auch seine Dramen Nahrung bieten, zu adeln suchte dadurch, dass er sein Werk zu einem Gleichnis alles Menschlichen erhob, ja die Elemente dieser Volksbühne gleichsam in einem tragischen Feuer läuterte. Auch Nestroy wuchs über dieses rohe Bedürfnis hinaus. Aber der Weg, den er schritt, führte weitab von den purpurnen Märchenländern Raimunds. Er rückte den ganzen Feenspektakel in ironische Beleuchtung. Mitten hinein schnatterte all sein Widersinn in tollen Wendungen durcheinander. Er schärfte die verstreuten lokalen Anspielungen. Er drang über die Tradition hinaus fort zur Schöpfung eines volkstümlichen Sittenstückes.

Die Wendung im Zauberstück vollzog sich schon durch frühere dramatische Arbeiten, etwa das Faschingsstück des Jahres 1832, wo diese obere Welt hauptsächlich durch den Zauberer „Semmelschmarren“ repräsentiert wird, der, um einen „falschen Zauber“ wieder gutzumachen, nachdem er eine gehörige Dosis Schläge erhalten, gezwungen wird, als Balletteuse aufzutreten. Am drastischsten aber wird sie in dem berühmtesten und meist gespielten aller Nestroyschen Stücke, im „Lumpazivagabundus“. Dieser „böse Geist“, der Schutzpatron aller Liederlichkeit, hat den Genien des beliebten Wiener Feenhimmels offenen Krieg angesagt. Wenn es sonst Lebenszweck dieser Wiener Vorsehung war, bessernd, richtend, klärend in die Existenz der geplagten Menschheit einzugreifen, so bewährt sich „Lumpazi“ gerade als Grossmeister aller Saufbrüder, Spieler und Liederjahne. Wenn die drei Subjekte, deren Schicksal den Krieg zwischen dem „guten“ und dem „bösen“ Prinzip entscheiden soll, zuletzt wirklich gebessert, das heisst der Ordnung, der Arbeit, dem Familienglück zugeführt werden, so ist es nicht ihr eigenes Verdienst: der eine versäuft die Gaben des Glücks, der andere verschleudert sie in Spiel und albernem Luxus. Nur der Tischler versteht es, sich festeren Boden unter die Füße zu legen. Aber der Dichter glaubt selbst nicht, dass so gewonnenes Heil dauernden Bestand habe. Im Wesen der drei hat sich ja nichts geändert, die Schicksalswandlung ist und bleibt rein äusserlich. Es war deshalb durchaus kein Widerspruch, wenn Nestroy, um seinen grossen Erfolg auszunützen, dem „Lumpazi“ eine Fortsetzung gab und hier alles von neuem beginnen liess: Dem Tischler ist sein mühelos erworbener Reichtum zu Kopfe gestiegen, er verachtet sein früheres Handwerk und die Arbeitsgenossen, durch die Verbindung mit einer herabgekommenen Adelsfamilie will er den seinem Vermögen gebührenden gesellschaftlichen Glanz erwerben. Knieriem ist wieder derselbe Saufaus, der nur jetzt noch Frau und Kinder zu drangsalieren hat. Die Schwerenötere Zwirns wirkt jetzt bei dem Gealterten als widerliche Geilheit: kurz alle Motive des ersten Stückes erscheinen hier verschärft, aus dem Most ist Essig geworden. Wenn Nestroy trotzdem noch Ende gut, alles gut werden lässt (unter anderem durch den alten Theatercoup aufgefangener Briefe), so war das eine der ärgsten Konzessionen, die der beifallslüsterne Schauspieler und einnahmsfrohe Dichter an den Geschmack und die Sentimentalität seines Publikums gemacht hat.

Dies war also unter Nestroys Händen aus dem harmlosen Zauberstück Altwiens geworden. Kein Wunder, dass der schärfere Wind, der von der Bühne herab in den Zuschauerraum wehte, manchen Zopf zu einer Wackelbewegung veranlasste. Aber es war so ernst nicht gemeint, wie schon „Lumpazis“ Ausgang bewies. Nestroy war nicht der Mann, seine Wiener mit Skorpionen zu züchtigen. Und schon die doppelte Abhängigkeit von diesem Publikum — als Schauspieler, der ganz an seine Laune gewiesen war und es also bei Laune erhalten musste; als Dichter, der dem Theaterdirektor mit Haut und Haar verschrieben war — musste ihn davon zurückhalten, weiter zu gehen, als es gehen wollte. Er trug da, wie es Grillparzer von sich gesagt hat, einen Zensor in seiner Brust, der sicherer funktionierte als der äussere. Dieses Publikum scheute auch

vor den rücksichtslosesten Eingriffen in das Privatleben seiner Lieblinge nicht zurück: es zeigte ihnen den Herrn, der über seine Spassmacher ganz souverän verfügt. So hatte es Raimund, dessen „Verhältnis“ stadtkundig geworden war, in seine unglückliche Ehe mit Luise Gleich hineingezwungen, so die Therese Krones zu einer Art Kirchenbusse auf dem Theater verurteilt. Es war nicht mit ihm zu spassen. Und es fehlte Nestroy auch durchaus jener innere Fonds an Gesinnung, der allein für solches Risiko Grund und Kraft geben kann. Der Wille, entschieden und entscheidend auf sein Publikum einzuwirken, welcher in jedem bewussten Satiriker vorhanden ist — dieser Wille konnte sich unter den geschilderten Umständen in Nestroy nur zu Rudimenten entwickeln. Das grosse Wiener Schlagwort „Unterhaltung“ gab auch für Nestroy die Richtung an. In diesem echtsten Wiener Sinn hat er einmal den Witz definiert: „Ein G'spass soll niemals witzig sein, sondern so gewiss sentimental gutmütig, dass man mit'm halben G'sicht lachen und mit der anderen Hälfte weinen kann. Ein gemütlicher Mensch will überall Rührung und was fürs Herz.“ Und das „Wiener Herz“ spielt eine grosse Rolle bei Nestroy wie bei allen volkstümlichen Dramatikern der Zeit, eine Tradition, die sich in den Coupletrefrains unserer Volkssänger bis heute fortgepflanzt hat: das Publikum hörte eben immer gern den Ruhm seines „G'müats“ verkünden. Nur selten hat es Nestroy gewagt, diesen rein äusserlichen Gefühlsüberfluss von der ironischen Seite zu nehmen. Sein „Mädel aus der Vorstadt“ und ebenso der „Alte Mann mit der jungen Frau“ treiben hiermit besondere Verschwendung, was sie in der Gunst des Publikums nicht wenig gefördert hat.

Für diese Reverenz vor seiner Schosstugend liess es sich dann gern einiges Zausen bei seinen lässlicheren Sünden gefallen. Dieses hat Nestroy während seiner langen Theaterlaufbahn redlich getan. Sein ganzer, so stark forcierter satirischer Ruf ruht auf den recht harmlosen Fastenpredigten, die er seinen Wienern vor, während und nach dem Fasching von der Bühne herab alljährlich gehalten hat. Und die Wiener waren stolz auf ihren „österreichischen Aristophanes“, der so klug für ihre Bedürfnisse zu sorgen wusste und auch das Tröpfchen Gift beizumischen verstand, wenn es verlangt wurde. In Wirklichkeit fehlte dem Manne, der nach dem Zeugnis des Burgtheatermitgliedes Costenoble selbst für einen Schauspieler ungewöhnlich beifallslüstern war — so pflegte er nach jeder Strophe seiner Couplets abzugehen, um möglichst viele Hervorrufe zu erzielen — zu einem Aristophanes so viel wie einem Schnürlregen zur Sündflut. Was Nestroy seinem Wiener Publikum ganz besonders häufig vor Augen und zu Gemüte führte, das ist seine Freude am Schein in allen seinen Formen, jenes naive Behagen an allem äusserlichen Wohlbestelltein, welches ein so wesentliches Element der Altwiener Lebensstimmung ist. Nirgends hatte der Reichtum eine so kritiklose Geltung wie hier. Nirgends war das Bürgertum in allen seinen Schichten so sehr bereit, für die Präntensionen eines prachtliebenden Adels dankbar und stumm die Folie zu machen. Der Geldprotz, vor dessen Beutel alles in Verehrung sich neigt, ist denn eine der typischen Nestroyfiguren. Sein Selbstbewusstsein steht im genauen Verhältnis zur Höhe seines Besitzes und im umgekehrten zum Wert seiner Persönlichkeit. „Wenn sich 's Unglück über einen Millionär trauen will,“ sagt zu „Herrn von Goldfuchs“ sein aller-submissester Speichellecker, „das kommt mir grad so vor, als wie wenn ein Stallpummerl auf einen Elefanten bellt.“ Und der erwidert in der entsprechenden pompösen Haltung: „Eine Million ist eine schussfeste Brustwehr, über welche man stolz hinabblickt, wenn die Truppen des Schicksals heranstürmen wollen.“ Am unerträglichsten sind aber die reich gewordenen Kleinbürger, deren ganze persönliche Kultur in ihrem Portemonnaie steckt. Der Leim im zweiten Teil des „Lumpazi“, der Selcher „Fett“ besonders, ist ein solcher mit glücklichster Drastik auf die Beine gestellter Narr seines Geldes. In jedem Augenblick bestätigt er sich selber die eigene Vornehmheit, an irgendeinem imaginären Vorbild seine Handlungen messend: „Mein Haus is ein nobles Haus, da darf nix empfunden werden . . . es is ein Skandal vor der Populace“, sagt er, einer Liebelei seiner Tochter entgegentretend: „Ich liebe die Liebe nicht, ich find' nichts Nobles darin.“ Seine Manieren sind dabei von einer Pöbelhaftigkeit, die jedes feinere Gefühl beleidigt, er brüllt in seinem Schloss herum, wie ehemals mit seinen Metzgerburschen, verletzt einen fremden Adligen durch seine gemeine Vertraulichkeit, den

verarmten Hausfreund durch seine hochmütige Herablassung: aber gerade dieser Gegensatz der Prätension und des unverstellten Benehmens erhebt die satirische Absicht zu voller Kraft. Sein Wienertum bewahrte Nestroy schon davor, allzu radikal zu werden. Echt wienerisch ist die Argumentation, die er in einem „politischen“ Couplet aus dem Bewegungsjahr der „öden Gleichmacherei“ entgegensetzte; sie zeigt gleich, dass er sich, mochte er immerhin gegen diese „falsche“ Vornehmheit seinen despektierlichen Witz richten, mit Wiener Höflichkeit vor der „wahren“ in Ehrfurcht und Bewunderung neigte. Es heisst da:

„Mit zehn Fürsten und Grafen red't man leichter ganz g'wiss
 Als mit einem Flecksieder, der Millionär word'n is.
 Auch Aufwand, Luxus, Verkehr fällt all's mit d' grossen Herr'n,
 So dass d' Gewerbsleut vor Gleichheit noch betteln gehn wer'n.“

Ebenso wie gegen dieses gemeine materielle Protzertum erhebt sich Nestroys Satire auch gegen die Uebertreibung aus weniger niedrigen Motiven. Titelsucht, Bildungshochmut, Adelsstolz geben mit jenem Parvenüdümel ein edles Quartett menschlicher Schwachheit. Die Titelsucht konnte im vormärzlichen Wien leicht zur Groteske werden, in einer Gesellschaft, die sich im Markieren von Standesunterschieden nicht genug tun konnte und hier in den willkürlichen Prädikaten, die man sich beilegte, sich für die fehlende Gleichheit befriedigt fand. So darf Nestroy einen Wirt zeichnen, der den Titel „Sättigungsrat“ aspiriert, ganz selbstverständlich, „da doch Bandelkramer Kommerzienräte und Schneider Ankleidungsräte werden“. Und die höhere Bildung mit ihren Ansprüchen schien ihm gar zu leicht zur Verbildung zu entarten, die sich gleichfalls hochmütig von dem „gemeinen Wesen“ des einfachen Volkes isoliert. Besonders die Bildungsbestrebungen der Frau betrachtete Nestroy in diesem Sinne skeptisch: die Ehe des ehemaligen Hausknechts und reichen Holzhändlers mit der Professorstochter in den „Früheren Verhältnissen“ ist nach seiner Auffassung typisch. Und trotz der scherzhaften Form ist die ernsthafte Meinung nicht zu verkennen in jener Lobrede, die er in einer seiner weniger bekannten Possen „Heimliches Geld und heimliche Liebe“ von 1853 auf die ungebildete Frau halten lässt: „Es kann nichts Interessanteres als eine ungebildete Geliebte geben. Bei einer gebildeten weiss man in kurzer Zeit akkurat, wie viel sie gelernt hat, nachher wird s' ein' fad; bei einer ungebildeten hingegen kann man gar nie wissen, was sie vielleicht noch all's lernen kann; da is der Phantasie ein marchfeldweiter Spielraum gegönnt.“

Den Adelsstolz hat Nestroy in komischster Verzerrung dargestellt als Gegenstück zu jenem geistlosen Protzertum des Selchers Fett (in „Liebesgeschichten und Heiratsachen“). Da tritt in dem Marchese Vincelli, um dessen Namen natürlich allerlei echt Nestroysches Wortgeklingel mit „Pintscher“ und „Tschinellen“ spielt, der gedanken- und bedenkenlose Aristokratendümel selber auf die Bühne, der nur versöhnt durch seine ebenso grenzenlose Dummheit. Die Roheiten Fetts verletzen seine zarten Nerven in jedem Moment. Um sich zu erholen, möchte er sich „ein Stündchen in die Gruft seiner Ahnen setzen, um von edlem Moder umgeben die pöbelhafte Luft zu verschmerzen, die er hier geatmet“. Es ist nur verwunderlich und auch als Satire wenig konsequent, dass dieser Narr seines Standes einen so bürgerlich und vernünftig denkenden Sohn in die Welt gesetzt hat. Freilich folgte Nestroy hier alter deutscher Lustspieltradition. Seinem Publikum freilich war diese Satire doch noch zu keck. Eine der angesehensten Wiener Zeitschriften, die den Dichter sonst immer protegierte, erhob diesmal gegen ihn den furchtbaren Vorwurf, er verspottete den Adel, „eine Institution, welche so alt ist als die Gesittung der Menschheit“. Das regte in dem Satiriker alle Bedenken seines polizeifrommen Wiener Gemüts auf. Er liess sich zurückpfeifen wie ein guter Vorstehhund von seinem „Herrl“. Die meisten seiner an die Adresse eines hohen Adels gerichteten Invektiven hat Nestroy für die späteren Aufführungen ausgemerzt.

Hiemit ist aber der Kreis echter Satire im Werke des Satirikers Nestroy — mindestens so weit die Hauptphase seiner Entwicklung und das alte Wien im Zusammenhang mit ihr betrachtet wird — bereits durchmessen. Was ausserhalb dieses Horizonts seine Szenen füllt, das ist altbewährtes Gut aus dem komischen Schatze des deutschen Lustspiels. Im Lustspiel ist ja die Macht der Tradition stärker als in der Tragödie

und besonders stark hat sie sich immer in der Schauspielerdichtung erwiesen, von den Tagen Schröders und Ifflands über die der älteren Generation noch lebendige Zeit Benedix' bis zur Gegenwart Kadelburgs. Ein ganzer Vorrat von stehenden Figuren und Wendungen, von „immer noch brauchbaren“ Theatereffekten und Kniffen wurde da von Hand zu Hand weitergereicht, und auch Nestroy hat manchen Griff in diesen allen Eingeweihten zugänglichen Tresor getan. Sein Verdienst — von einer dichterischen Leistung wird ja da kaum noch gesprochen werden können — bei der Sache war, dass er es verstand, diese Masken und Szenen mit Wiener Geist zu erfüllen, sie aus dem Gemeindeförmigen ins Wienerische zu übersetzen.

Auch hier knüpft er wieder an die Lebensfreude des Wiener Phäakentums an. Er zeigt den Mangel an Solidität so mancher solcher „auf den Glanz“ hergerichteten Häuslichkeit. So lässt er einer Dienstmagd den Rat erteilen, „nur zu keine reichen Leut' in Dienst gehen. In Häusern, wo s' lustig leben, aber dabei drin stecken bis über die Ohren, wo der Dienstbot' in der Früh Gläubiger abweisen, vormittag ins Versatzamt laufen und nachmittag auf'm Tandelmarkt was verkümmeln muss, da ist ja der Dienstbot' viel mehr geachtet“. Ein solches Haus ist etwa das des Herrn von Maxenpfutsch, und der liederliche Nichtstuer Nebel, der die „Heiratssachen“ der anderen in Verwirrung und dann zu glücklichem Ende führt, schildert in einem zynischen Couplet eine über jedes Mass üppig lebende Familie, die mit vollen Händen Gold ausstreut, über dessen Herkunft keine Zweifel bestehen können. Die Mädchen sind putzsüchtig und heiratstoll, solange sie jung sind, verliebt, sowie sie in den Jahren vorrücken. Besonders das Altjungferntema, welches im deutschen Lustspiel mit ebensolcher Geistlosigkeit als mangelndem Verständnis immer wieder variiert worden ist, hat Nestroy häufig aufgenommen und mit allen möglichen „komischen“ Effekten beladen. Die Verheiratung mit einer alten Jungfer ist für seine leichten Gesellen, die mit List und Frivolität die Handlung fördern und gewöhnlich in sein eigenes schauspielerisches Ressort fielen, Lohn und Strafe zugleich. Schon hierin zeigt sich, dass Nestroy der bewährten Tradition durchaus folgt und das Uebernommene nur noch in seiner Weise verstärkt und pointiert. Wenn er gelegentlich, nach Kotzebuescher Art, die Lebermannssucht des Alternden, der natürlich immer geprellt wird, als Gegenbild aufrichtet, so ist der komische Effekt verdoppelt. Die zum eisernen Bestand der Lustspielmotive gehörende Klatschsucht der Weiber ist auch bei Nestroy der komische Behelf vieler Verwicklungen und ausserhalb dieses technischen Zweckes stets ihrer Wirkung auf die Lachlust der Hörer sicher. So im ersten Aufzug des „Unbedeutenden“, wo alles aufatmet, dass die Reinheit eines städtischen Tugendmusters endlich die ersten Flecken bekommen, und übrigens die Männer ihren Gesponsinnen den Rang streitig machen. Oder wenn er die Verhältnisse einer Kleinstadt schildert, „wo die Kuglischen nicht zu die Blumlischen gehn, weil dort die Spulischen hinkommen, und die Spulischen gut Freund mit den Scheffelbergischen sind, welche zu den Kelchmüllerschen halten, die schuld an der Spannung sind, die zwischen die Schopfischen und die Strudelhuberischen herrscht“.

Auch gewisse geistige Moden, die bei aller sonstigen Absperrung in Wien ebensogut Nachahmer fanden als anderswo, hat Nestroy zum Gegenstand seiner komischen karikierenden Darstellung gemacht. Da ist vor allem der „Zerrissene“, sicherlich eines seiner gelungensten Werke. Die jungdeutsche „Zerrissenheit“, die er treffen wollte, hat er freilich in aller Tiefe nicht erfasst. Sie ist eine tiefe Zerfallenheit mit der herrschenden sozialen Konvention, welche durch das Gefühl der Machtlosigkeit des einzelnen in diesem Bereich noch dunkler beschattet wird. Hiefür hat Wien dem Satiriker natürlich keine Modelle geboten. Sein Lips ist ganz einfach ein Lebensüberdrüssiger aus Uebersättigung, denn nichts ist seinem Reichtum versagt. „Segeln wir in einen Weltteil,“ erwidert er auf die Tröstungsversuche der schmarotzenden Freunde, „wo das Waldesgrün lilafarb, wo die Morgenröte paperlgrün is. Lasst mich aus, die Natur kränkelt auch an einer unerträglichen Stereotypigkeit.“ Reizend ist es nun, wie der Lebensmüde den Genuss und Wert des Lebens gerade dadurch wieder findet, dass er sich von ernster Gefahr bedroht wähnt. Da hat denn die Heilung des Scheinkranken auch keine Schwierigkeit.

Wie gegen diese Blasiertheit, so wendet — ganz im Einklang mit den Tendenzen des zeitgenössischen Lustspiels — Nestroy sich auch gegen andere Affektiertheiten des geistigen und geselligen Lebens, gegen die Exaltationen der modisch verseichteten Romantik und Empfindsamkeit, gegen das Wunderkinder- und Genieunwesen: Frau v. Cypressenburg fragt den durch die Macht der Perücke so rasch in ihrer Gunst avancierten Rotkopf Titus, welch literarische Bildung er genossen habe. „Eine Art Millefleursbildung“, ist die Antwort. „Ich besitze einen Anflug von Geographie, einen Schimmer von Geschichte, eine Ahnung von Philosophie, einen Schein von Jurisprudenz, einen Anstrich von Chirurgie und einen Vorgeschmack von Medizin.“ „Charmant, er hat sehr viel, aber nichts gründlich gelernt — darin besteht die Genialität.“ „Jetzt kann ich mir erklären, warum's so viele Genies gibt.“ Eine Salonszene parodiert aufs ergötzlichste das gespreizte Wesen der Wiener literarischen Tees mit ihrem geistreichen Getu. Und Knieriem, der „die romantischen Sachen gern hat“, bearbeitet nach einer Rittergeschichte sein köstliches Lied von „Eduard und Kunigunde“. Neben dieser Bildungsziererei kann sich ziemlich unangefochten der dickste Aberglaube breitmachen, mag er sich in dem pseudowissenschaftlichen Gallimathias Knieriems äussern oder in den sympathetischen Kuren Zwirns. Knieriem beweist „aus'm Büchel“, dass der Weltuntergang unvermeidlich sei. „Das Astralfeuer des Sonnenzirkels ist in der goldenen Zahl des Orions von dem Sternbild des Planetensystems in das Universum der Parallaxe mittels des Fixsternquadranten in die Ellipse der Ekliptik geraten; folglich muss durch die Diagonale der Approximation der perpendicularen Zirkel der nächste Komet die Welt zusammenstossen.“ Und Zwirn, der ein gar so verliebtes Gemüt ist, weiss genau, wie er sich Gegenliebe sichert: „Ich schnipf' ihr einen Faden Zwirn, wickel'n um den linken Zeigefinger, trag' ihn sieben Stund' lang, dann leg' ich ihn aufs Dach, grad über ihrem Fenster, und wie der Regen den Faden herunterschwabt, so ist sie mir mit Liebe zugetan. Es kann gar nicht fehlschlagen.“ Und ein anderer Nestroyscher Schuster — diese sind immer besonders tiefsinnig — macht gar ein Prinzip daraus und trumpft mit dem Gstanzl auf:

Ich lass' mir mein' Aberglaub'n
Durch ka Aufklärung raub'n.
's is jetzt schön überhaupt,
Wenn m'r an etwas noch glaubt...

Als eine der gewaltigsten Leidenschaften seiner sinnenfrohen Spiessbürger erscheint dem Dichter aber ihre Esslust — kein Wunder in einer Zeit, die den Ruhm der Wiener Küche recht eigentlich begründet hat. Vor ihr muss alles andere schweigen. „Wenn das Volk nur fressen kann! Wie s' den Speisenduft wittern, da erwacht die Esslust, und wie die erwacht, legen sich alle anderen Leidenschaften schlafen. Sie haben keinen Zorn, keine Rührung, keine Wut, keinen Gram, keine Lieb', keinen Hass, nicht einmal eine Seel' haben s'. Nichts haben s' als einen Appetit.“

Erst das Freiheitsjahr gab dem Satiriker wieder einen grossen Gegenstand: er schildert den Einzug der „Freiheit in Krähwinkel“. Und hier weiss sich Nestroy wirklich über den Parteien zu halten; die besiegte Reaktion und die plötzlich zu erfolgreichen Politikern avancierten Spiessbürger nimmt er gleichmässig unter seine Fuchtel. Sein Krähwinkel verdankt die Freiheit weniger eigener Kraft und Aufklärung als der Geschicklichkeit eines genialen Komödianten. Als Jesuit, als Metternich, als russischer Fürst in besonderer Mission, als europäischer Freiheits- und Gleichheitskommissarius kommandiert Ultra den Krähwinkler Behörden die Abschaffung der alten Ordnung. Auf offenem Markt, hoch zu Ross, mit allen Farben des Regenbogens geschmückt — „das wird die kosmopolitische Farbe sein“ — verkündet er „für Krähwinkel Rede-, Press- und sonstige Freiheit, Gleichgültigkeit aller Stände, offene Mündlichkeit, freie Wahlen nach vorhergegangener Stimmung, eine unendlich breite Basis, welche sich nach und nach auch in die Länge ziehen wird, und zur Vermeidung aller diesfälligen Streitigkeiten gar kein System“. So verspottet Nestroy die unkritische Phrasenmacherei, für welche das politischen Denkens durch seine Regierer systematisch entwöhnte Wien im Sturmjahr so manches betrüblich erheiternde Beispiel gab. Endlich haben sich die Krähwinkler zum Widerstand ermannt. Ihr erster Gang aber ist — ins Kaffeehaus. Viele der aufgeregten

Patrioten begeistern sich für den neuen Zustand nur, wenn für sie ein tüchtiger Privatvorteil abfällt. „Mir wär' d' Freiheit schon recht,“ sagt der Kürschner, „wenn ich nur wusst', ob dann die hiesige Nationalgarde Grenadiermützen kriegt.“ Und dieser erleuchtete Kopf hat Gesinnungsgenossen, die um jeden Preis ihre wichtige Person in den Vordergrund bringen. Der politische Schneider Hyginus Heugeigen in Nestroys zweitem Revolutionsstück, worin die Reaktion schon einen kräftigen Walzerbass zu dem Wahn der Freiheitstrunkenen markiert, kennt nur ein Programm: „Sie müssen mich noch wo an die Spitze stellen, sei's Bewegung oder Klub, liberal, legitim, konservativ, radikal, oligarchisch, anarchisch oder gar kanarchisch, das is mir alleseins, nur Spitze.“ Eine Aristokratin nimmt seine Schneiderkunst in Anspruch und sofort spielt ihm seine Phantasie vor, der Hochadel suche auf diesem Wege seinen Einfluss für sich zu gewinnen!

Aber nun, unter dem Schutz des neuen öffentlichen Geistes, wagt Nestroy auch zum erstenmal ein kräftiges Wort über die Bureaukratie, welche früher in seinem Repertoire keine Stelle hat, während das gleichzeitige Lustspiel — Bauernfeld — das heikle Thema schon öfter angegriffen hatte. So kommt die „Freiheit in Krähwinkel“ auch in die kaiserlichen Schreibstuben. Es wird Klage geführt über die Unzahl überflüssiger Beamter — im Exedit, in der Registratur, in der Buchhaltung, bei der Regierung. „Wirklich, es ist auch in Krähwinkel alles mögliche getan, um durch übertriebenen Status die Finanzen zu schwächen.“ Dafür bekommen die Subalternen sehr kleine Gehalte bei sehr vieler, wenn auch unnötiger Arbeit: „Aber die, die nichts tun, die ziehen die enormen Besoldungen. Das is wo anders auch so, und damit das Enorme ins Himmelschreiende geht, kriegen s' noch Tafelgelder auch dazu.“ Diese Oberbeamten werden vortrefflich repräsentiert durch den regierenden Bürgermeister und seinen Adlatus „Reakzerl v. Zopfen“, die Typen der durchtriebenen und boshaften und der dummen und anmassenden Reaktion. Der Bürgermeister gebraucht sein Amt dazu, ein Testament zu unterschlagen und andere derartige Regierungsmassregeln durchzuführen.

Mit seinen Kleinbürgern erwachte auch Nestroy wieder unsanft aus seinen Freiheits träumen. Nicht dass er ein „Umsattler“ gewesen wäre, über die er scharf genug zu spotten weiss. Aber bei der erörterten Abhängigkeit von seinem Publikum, durch die Wiener Zustände vervielfacht, konnte er sich natürlich so entscheidenden Wendungen der öffentlichen Stimmung nicht dauernd entziehen. Und die Ereignisse mussten auch seine immer rege Skepsis bewaffnen gegen die Götter, denen er früher gehuldigt hatte. Bedenklich ist nur, dass der Standpunkt, von dem aus er jetzt Kritik übt, nicht höher ist, dass Nestroy sich über das übliche Wald- und Wiesengeräunze des Wiener Spiessers nicht erhebt. Er klagt, dass die Barrikaden das Spaziergehen behinderten. Die Politik habe die Wiener Gemütlichkeit zerstört. Die Bildung von Parteien — „die Schusterbub'n radikal, die Fiaker konservativ“ — hat auch die bewährte Eintracht im Vergnügen aufgehoben:

„Es sitzt keiner in ein'm Wirtshaus, der nicht in sein'm Hirn
Sich denkt, wie das schön wär, wenn er tät regier'n.“

Und wenn dann sogar der Fasching leidet, dann muss doch jeder „echte Weaner“ und mit ihnen ihr Satiriker die unpolitische Zeit aus tiefstem Herzen zurückwünschen, der Vormärz ist ihr seliges Weltalter:

„So weit is's jetzt kommen, für Wien is's a Schand,
Wir sind noch fader als Berlin mit sein'm Sand und Verstand.
Fallt d' Umgestaltung so aus, sag' ich: Nein,
Da hört es auf, ein Vergnügen zu sein.“

Und erleichtert seufzt er, als der nach der Eroberung über Wien verhängte Belagerungszustand zu Ende geht, auf: „s wird wieder fidel werd'n in Wien.“ Die wienerische Gemütlichkeit seiner politischen Auffassung zeigt auch eines seiner folgenden Stücke, welches wegen seiner zu freien Gesinnung von der wieder zu Kräften gekommenen Zensur verboten wurde. Hier tritt Nestroy gegen die schonungslosen Verfolgungen auf, mit denen das neue Gewaltregiment sich seiner früheren Gegner zu entledigen suchte. „Wer kann bei der jetzigen Krisis in Europa sagen: Ich war nicht dabei!? Die Revolution war in der Luft, jeder hat sie eingeatmet, und folglich was er aus-

g'haucht hat, war wieder Revolution . . . Nach Revolutionen kann's kein ganz richtiges (!) Strafausmass geben. Dem Gesetz zufolge verdienen so viele Hunderttausende den Tod — natürlich, das geht nicht; also wird halt einer auf lebenslänglich erschossen, der andere auf fünfzehn Jahr eingesperrt, der auf sechs Wochen, noch ein anderer kriegt a Medaille — und im Grunde haben s' alle das nämliche getan.“ Im ganzen kam er aber zu seiner politischen Skepsis zurück, wie er sie kurz vor der Revolution ausgesprochen hatte: „Der Fortschritt is halt wie ein neuentdecktes Land; ein blühendes Kolonialsystem an der Küste, das Innere noch Wildnis, Steppe, Prärie. Ueberhaupt hat der Fortschritt das an sich, dass er viel grösser ausschaut, als er wirklich is.“

In der letzten Phase seiner dramatischen Produktion liess Nestroy in seinen bestgelungenen Arbeiten nicht mehr um jeden Preis dem komischen Effekt freies Feld. Er suchte Motive aus dem Volksleben selbst szenisch zu verwerten. Die Komödie wandelt sich zum Volksstück, der Komödiant wird hier einer der bedeutendsten Vorläufer Anzengrubers. Er stand hier unter dem Einfluss jener „Haus- und Wirtschaftspoese“, die er noch im „Talisman“ von 1840 als seine unbequemste Konkurrenz nicht genug hatte schmähen können. „Wenn in einem Stück“, sagt er da, „drei G'spass und sonst nichts als Tote, Sterbende, Gräber und Totengräber vorkommen, das heisst man jetzt ein Lebensbild.“ Der Wandel des Zeitgeistes, der den Roman in Frankreich, in England, in Deutschland in den Dienst der sozialen Interessen gestellt hatte, musste eben auch auf der Bühne die Herrschaft des harm- und gedankenlosen „G'spases“ brechen. Aber es ist selbstverständlich, dass der bekehrte Saulus die sozialen Anschauungen, die doch auch seinen Komödien zugrunde lagen, in das neue Genre mit hineinrug. Er erhebt sich kaum über die kleinbürgerliche Enge seiner Welt. Schon Titel wie „Das Mädchen mit Millionen und die Nähterin“ (Kampl) und „Heimliches Geld und heimliche Liebe“ bezeichnen diese Grenze deutlich genug. Genauere Betrachtung der Stücke bestätigt diese Meinung. Es handelt sich in den meisten Fällen um den bekannten Gegensatz des adeligen und kleinbürgerlichen Milieus, die durch allerlei romanhafte Voraussetzungen miteinander in Verbindung gebracht werden, romanhaft in jedem Sinne, denn die Quellen dieser Wiener Sittenbilder sind meist französische Romane. Schwächere Naturen, wie Regina, die „junge Frau“ des „alten Mannes“, und ihre alberne Mutter lassen sich wohl durch den aristokratischen Schein und Schimmer verführen. Aber überall siegt die ehrenhafte Tüchtigkeit dieses Kleinbürgertums, diese Zimmerleute und Schlosser zerstören durch ihr gerades Wesen und ihren unverbildeten Verstand die gegen sie gerichtete Intrige. Gerade diese menschlich sehr schätzbare Tendenz, welche, wenn man sich die früheren Stücke Nestroys und die Stellung seines Publikums zum Adel ins Gedächtnis ruft, beweist, dass die fortschreitende Entwicklung auch vor den Wiener Basteien nicht halt machte, muss freilich die künstlerische Wirkung dieser Stücke beeinträchtigen, je mehr sie bei allem im Detail oft recht feinen Realismus als Ganzes der Realität widersprechen. Auch hier waren es Bedürfnis und Routine des Schauspielers, welche dem Dichter ihre Vorschrift auferlegten.

Nur mit den beiden Figuren des Kampl und Kern hat Nestroy sich über sein Niveau erhoben. Bei dem Tier- und Menschenarzt, dem Vermittler und Räsoneur seines letzten gelungenen Volksstücks, ist freilich noch viel Theater in üblerem Sinn eingemengt. Der Ziegelbrenner Kern aber, die Hauptfigur seines verbotenen Sittenstücks, in seinem menschlichen ungekünstelten Wesen ragt schon fast in die Sphäre jener Anzengruberschen Figuren hinein, die über den Verwirrungen des Lebens stehen, weil sie es ganz verstanden haben. Aber erst dem Jüngeren war es vorbehalten, das Volksstück aus der kleinbürgerlichen Enge herauszuführen auf die freien Höhen seiner nichts Menschlichem fremden Kunst.

Ein guter Teil der dichterischen Leistung Nestroys hielt nur stand durch die Kunst des Schauspielers. Auch seinen Ruf als „österreichischer Aristophanes“ muss er wohl mehr dem Schauspieler als dem Dichter verdanken. Die Zeitgenossen vermochten nicht so genau zu unterscheiden, wieviel von dem empfangenen Eindruck sie dem einen oder dem anderen schuldeten. Von dem berühmigten Zynismus Nestroys — gesprochene Asaoetida nennt Saphir, der dem Komiker freilich aus irgendeinem Grunde gehässig

war, einmal eine Rolle Nestroys — ist mindestens in den gedruckten Ausgaben seiner Schriften kaum etwas zu merken. Sein Spiel dagegen muss an Frivolität unvergleichlich gewesen sein, und wenn wir uns die frühere Bemerkung über den Wiener Liebling Therese Krones ins Gedächtnis rufen, müssen wir in der Vermutung bestärkt werden, dass dies nicht wenig auch zu seiner Beliebtheit und Wirkung beigetragen habe. Die Geschichte der „Ludlamshöhle“, eines geselligen Vereines von Künstlern und Intellektuellen, dem der Spürsinn der Metternichschen Polizei ein tragikomisches Schicksal bereitete, beweist zur Genüge, wie sehr selbst in der geistigen Oberschicht diese Art des Witzes die Unterhaltung beherrschte. Kam dann ein „Ausländer aus dem Reich“ nach Wien, dem diese Wiener Art fremd war, so musste ihm das besonders empfindbar werden. Friedrich Theodor Vischer zum Beispiel wirft Nestroy mit dem ganzen sittlichen Pathos, das nicht seine schlechteste Eigenschaft war, vor, er habe durch sein Spiel das Publikum gegen das tiefer und tiefer gehende Versinken ins Gemeine abgestumpft. „Er verfügt über ein Gebiet von Tönen und Bewegungen, wo für ein richtiges Gefühl der Ekel, das Erbrechen beginnt.“ Und der bereits zitierte Costenoble, welcher sich doch nicht so ganz assimiliert zu haben scheint in den zwanzig Jahren seiner Wiener Tätigkeit, bemerkt in seinem Tagebuch: „Wie komisch Nestroy zuweilen auch wird — er kann das Unheimliche nicht verdrängen, welches den Zuhörer beschleicht.“ Den echten Wienern ist bei Nestroys Spiel durchaus nicht unheimlich geworden.

Wir haben die Hauptzüge im literarischen Bilde des „österreichischen Satirikers“ nachzuzeichnen versucht. Wir haben gefunden, dass die satirische Anlage Nestroys zweifellos sehr bedeutend war, dass sie aber immer in einzelne Momente und Einfälle sich verzettelte, nie zum grossen satirischen Kunstwerk sich zusammenschloss. Wohl musste die Ungunst der Verhältnisse, unter denen er in Altwien und Altösterreich arbeitete, seine Entwicklung hemmen. Aber das Entscheidende war doch auch, dass ihm eine eigene Weltanschauung völlig gebrach. So gab er sich allen Einflüssen seines Milieus widerstandslos hin. Ueber den Lebens- und Gesellschaftsbegriff des kleinbürgerlichen Spiessers ist er nie wesentlich hinausgekommen, wie Inhalt und geistiger Horizont seiner Possen und selbst noch seiner reifsten Werke, der Volksstücke, deutlich genug verraten. Den Mangel an Einsicht in die sozialen Zusammenhänge teilte er mit seiner Zeit und seiner Stadt. In einer Replik der Posse „Zu ebener Erd' und erster Stock“ ist die ganze soziale Weisheit Altwiens enthalten. Es heisst da auf die Bemerkung, dass oben wieder grosse Tafel gehalten würde, der aber nur reiche Leute beigezogen wären: „Das ist eben das Dumme und höchst Ungerechte. Wenn die reichen Leut' nit wieder reiche einladeten, sondern arme Leut', dann hätten alle genug zu essen.“ Mag später, etwa in dem Volksstück „Der Schützling“, der Einfluss der neuen, industriellen Zeit hie und da zu spüren sein, im wesentlichen verharrte Nestroy doch in den Anschauungen, in denen er jung gewesen und alt geworden war.

Aber es fehlte ihm nicht nur die Lebensanschauung, es fehlten ihm auch Wille und Charakter zur Satire. Nur mit einem war es ihm ganz und jederzeit Ernst: mit seinem äusseren Erfolg. Dem strebte er um jeden Preis nach. An eine innere und nachhaltige Wirkung dachte er kaum. Er wollte in erster Linie amüsieren, die anderen und sich selber. Seine Begabung liess ihm die Wahl zwischen dem Satiriker und dem Amüseur. Und er entschied sich. In der Parodie „Weder Lorbeerbaum noch Bettelstab“ hat er, vielleicht mit bewusster Selbstironie, ein Bild seines eigenen Wesens gegeben: „Bis zum Lorbeer versteig' ich mich nicht. G'fallen sollen meine Sachen, unterhalten, lachen sollen d' Leut', und mir soll die G'schicht a Geld tragen, dass ich auch lach'. Das is der ganze Zweck. G'spassige Sachen schreiben und damit nach dem Lorbeer trachten wollen, das ist g'rad so, als wenn einer ein' Zwetschkenkrampus macht und gibt sich für einen Rivalen von Canova aus.“ So wurde Nestroy der „österreichische Aristophanes“.

Bücherschau

Parteiliteratur

Partei und Gewerkschaft, ein Vortrag von Fr. Austerlitz. (Wien 1912 16 Seiten, Preis 6 Heller.) — Der Vortrag ist vor den Vertrauensleuten der organisierten Wiener Metallarbeiter gehalten worden. Diese Herkunft verleiht der kleinen Schrift den grossen Vorzug einer erfrischenden Lebendigkeit und Anschaulichkeit. Die unlösbaren Zusammenhänge zwischen den Aktionen der Proletarier als Lohnarbeiter und als Staatsbürger sind hier aufgezeigt nicht mit trockener Gelehrtenlogik, sondern in der fesselnden und überzeugenden Argumentation, die ein Vortrag vor einem grösseren Personenkreise sozusagen von selbst erhält. Wer die Einheit eines proletarischen Strebens dartun will, muss, wie es Austerlitz hier tut, von dem Gedanken des Klassenkampfes ausgehen. Der Kampf des Proletariats richtet sich gegen die wirtschaftliche Ausbeutung und staatsbürgerliche Unterdrückung und Bevormundung; beide Uebel wurzeln in der gleichen Tatsache, im Besitzmonopol der Kapitalistenklasse. Der Klassenkampf ist, empirisch betrachtet, ein Kampf für bessere Lebensbedingungen und vermehrte staatsbürgerliche Rechte; historisch aufgefasst ein Kampf für die Eroberung der politischen Macht, um das Besitzmonopol der Kapitalistenklasse als Quelle der Klassenherrschaft und Klassenunterdrückung zu beseitigen. Da aber das Proletariat seine politische Macht nur in dem Masse steigern kann, wie es sich wirtschaftliche Macht erwirbt und sich in ihrem Gebrauch übt, so ist damit der Zusammenhang zwischen Partei und Gewerkschaft als feste und unzerstörbare Tatsache gegeben. Von diesem Standpunkt aus geht Genosse Austerlitz seine Wege und man geht sie gerne mit; nicht nur, um zu hören, was er sagt, sondern auch, wie er es sagt. Und er sagt es immer frisch und klar. Auf Seite 7 wendet er sich gegen parteigenössische Schriftsteller, die behaupten, dass sich der Klassengegensatz immer mehr abstumpfe und dass es unerspriesslich und überflüssig sei, den Kampf mit aller Kraft fortzusetzen. Es ist möglich, dass Genosse Austerlitz dabei einen Artikel im Auge hat, den ich im siebenten Heft des vorigen Jahrganges dieser Zeitschrift über die Entwicklung der Arbeitskämpfe veröffentlicht habe. Aber dann tut er es zu unrecht; denn ich führte dort aus, dass die Entwicklung der Arbeitskämpfe zu kompliziert sei, als dass man sie einfach als Verschärfung bezeichnen könne. Aber das hat mit diesem Thema auch nichts zu tun. Worauf es in diesem Zusammenhang ankommt, spricht Genosse Austerlitz sehr deutlich aus, und das ist Gemeingut aller Sozialdemokraten. Nämlich,

dass der wirtschaftliche Kampf zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum immer mehr Massen auf beiden Seiten mobilisiert und dass sich in seinem Verlaufe die Organisationen, die Erkenntnis und die Machtmittel der Arbeiterklasse immer mehr steigern. Darin liegt die Bürgschaft unseres Sieges. Die Schrift ist als Bereicherung unserer populären Broschürenliteratur bestens willkommen zu heissen; sie enthält viel mehr als ihr Titel ankündigt, wenigstens für uns Reichsdeutsche, die wir bei dem Titel leicht an weniger erhebende Dinge denken.

August Winnig-Hamburg.

Soziale Hygiene

Als eine der Schriften des Instituts für Gewerbehygiene in Frankfurt am Main ist soeben von dem Wiener Privatdozenten Dr. Ludwig Telleky eine wichtige, sich vielfach auf österreichisches Material stützende Untersuchung Die gewerbliche Quecksilbervergiftung, dargestellt auf Grund von Untersuchungen in Oesterreich, (Berlin 1912, Polytechnische Buchhandlung, 8 K 16 h) erschienen. Das Buch enthält erheblich mehr als der Titel sagt, es ist eine erschöpfende Darstellung der Quecksilbervergiftung in verschiedenen Gewerben, auch in denen, die die Quecksilberverwendung aufgegeben haben, es untersucht also die Berufsgefahr durch Quecksilber nicht bloss für die Gegenwart, sondern auch historisch, es dehnt die Untersuchungen weit über Oesterreich hinaus. Mit grossem Fleisse hat der Verfasser sehr viel ausländisches Material zum Vergleiche herangezogen. Wohl auf lange Zeit wird dieses Buch einen hohen Rang in der Literatur der sozialen Hygiene behalten. Sowohl das technische wie das medizinische wie auch das soziale Moment sind in dem Werke berücksichtigt. Zahlreiche Tabellen zeigen das Bemühen, die Tatsachen statistisch zu erfassen und möglichst viele Beziehungen zahlenmässig festzustellen. Den grössten Teil des Buches nimmt eine Darstellung der Verhältnisse in dem österreichischen Quecksilberbergwerk Idria ein. Neben der Quecksilbergewinnung und der Zinnoberfabrikation wird noch die Hasenhaarschneiderei und die Huterzeugung, die Spiegelherzeugung und das Feuervergolden, die Gewinnung von Gold und Silber, die Erzeugung von Glühlampen, Röntgenlampen, Barometern und Thermometern, elektrischen Elementen etc. etc. geschildert und sozialhygienisch geprüft.

Die ausgezeichnete Arbeit erweckt den Wunsch, über alle die Gesundheit der Arbeiter gefährdenden Rohstoffe ähnliche selbständige Untersuchungen zu erhalten. ad. br.